

VOLLER ENERGIE FÜR NIEDERSACHSEN

Beschlussbuch

ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG DER SPD NIEDERSACHSEN

24. JUNI 2023 | AURICH



1	Beschlussübersicht	
2	Leitantrag	4
3	Voller Energie für Niedersachsen.....	4
4	Änderungsanträge	10
5	Ä1 - Änderungsantrag zum Leitantrag.....	10
6	Ä2 - Änderungsantrag zum Antrag GL 1.....	11
7	Initiativanträge	11
8	IN1 - Nachhaltiges Rahmenkonzept für inklusive Ganztagschulen in Niedersachsen.....	11
9	IN2 - ABLEHNUNG DER EUROPÄISCHEN BÜRGERINITIATIVE „SAVE CRUELTY FREE COSMETICS“	12
10	IN3 - Unsere Grundsätze bleiben unverhandelbar - Solidarität ist unsere Antwort	12
11	Satzungsändernde Anträge	13
12	SÄ1 - Antragsrecht für Bezirks-Arbeitsgemeinschaften	13
13	Arbeit & Wirtschaft	14
14	AW1 - Erweiterung Landesparteitagsbeschluss New Blue Deal: Natur & Wirtschaft im selben Boot	
15	14
16	AW 2 - Recht auf kürzere Vollzeit-Erwerbstätigkeit für erziehende Eltern - solidarisch	
17	abgesichert!	14
18	AW 3 - Ein Ehrenamt ist Arbeit - Berücksichtigung für die Rente jetzt!	16
19	AW 4 - Gemeinsam gegen den Fachkräftemangel	16
20	AW 5 - Niedersachsen zum Wasserstoffland Nr.1 machen	16
21	AW 6 - Bundesratsinitiative zur Vermögensteuer und zur Geltendmachung der Einnahmeausfälle	
22	17	
23	AW 7 - Faire Strompreise - Preiszonen einführen!.....	18
24	AW 8 - Hightech-Jobs durch Qualifizierung in Niedersachsen halten	18
25	Bauen & Wohnen	20
26	BA1 - Anpassung des Niedersächsisches Wohnraumfördergesetz (NWoFG) Richtlinie zur	
27	Durchführung der sozialen Wohnraumförderung in Niedersachsen	20
28	BA2 - Abschaffung der Zulässigkeit von Indexmieten	21
29	BA3 - Beschränkung von Modernisierungsmieterhöhungen	21
30	BA4 - Mietenstopp.....	22
31	BA5 - Förderung der Kreislaufwirtschaft im Bausektor in Niedersachsen	23
32	BA6 - Stärkerer Schutz vor Eigenbedarfskündigungen	25
33	Bildungspolitik	25
34	B1 - Bauliche und digitale Schulausstattung.....	25
35	B2 - Erhalt von Sprachlernklassen	27
36	B3 UB Oldenburg-Land - Pflichtkurse zur Ersten Hilfe ab der weiterführenden Schule für alle	
37	Jahrgänge.....	27
38	B4 - Queere Bildung fördern	28
39	B5 - Homeschooling und Onlinekonferenzen als Ausbildungsinhalt der Lehrer*innen-Ausbildung	
40	28
41	B6 - Zukunftstag - dein Crashkurs fürs Leben	29
42	B7 - Stärkung der Kompetenzzentren für Fortbildung.....	29

1	B8 - Verbesserung der Erzieher:innenausbildung.....	29
2	B9 - Verstetigung des Beratungs- und Bildungsangebotes für Migrant:innen.....	30
3	B10 - Klassenassistenten für alle niedersächsischen Grundschulklassen	31
4	B11 - Klassenassistenten an Grundschulen	31
5	B12 - Einzügige Lehrerausbildung in Niedersachsen.....	32
6	B13 - Zusätzliche Studienplätze in den Lehramtsstudiengängen.....	32
7	B14 - Lehrkräftebildung auf die Füße stellen - neue Stufenlehrausbildung auf den Weg bringen	
8	32
9	B15 - Lernmittelfreiheit bedeutet Kostenfreiheit!.....	33
10	B16 - Berufsorientierung ab der 8. Klasse	34
11	B17 - Mehr Erzieherinnen und Erzieher braucht das Land	35
12	B18 - Befristete Weiterführung der Förderschule „Lernen“	36
13	B19 - Änderung des Niedersächsischen Klassenbildungserlasses nach der Corona-Pandemie	37
14	B20 - Überarbeitung der Lehrpläne in Schulen.....	38
15	B21 - Digitalisierung in Bildungseinrichtungen	39
16	B22 - Direkter Quereinstieg in den niedersächsischen Schuldienst: Verbesserung der	
17	berufsbegleitenden pädagogisch-didaktischen Qualifizierung.....	41
18	B23 - Schnelle Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen.....	42
19	B24 - Quereinstieg in den Lehrerberuf attraktiver machen.....	43
20	Gleichstellungspolitik.....	45
21	GL1 - Änderung des § 20 NGG sowie Anpassung der übrigen §§ des NGG	45
22	GL2- Unser Parlament wird weiblich! Frauen endlich nachhaltig empowernt!.....	45
23	Innenpolitik.....	47
24	I1- Unabhängige Polizeibeswerdestelle im Land Niedersachsen	47
25	I2 - Kampfmittelbeseitigung - Kostenübernahme von Vor- und Nebenarbeiten durch das Land	
26	Niedersachsen	48
27	I3 - Stellenausbau der Betroffenenberatung Niedersachsen	49
28	I4 - Humanitärer Fonds in Niedersachsen - Ehrenamtlichen Einsatz in humanitären	
29	Krisengebieten stärken.....	49
30	I5 - Krieg' ich deine Nummer?! - Vertrauen in die Polizeiarbeit stärken!.....	50
31	I6 - Vollständige Aufhebung der Verjährung für sexuellen Missbrauch von Kindern und	
32	Jugendlichen	52
33	I7 - NKomVG novellieren, Fraktionsstärke staffeln	53
34	I8 - Sicherung des kommunalen Grundvermögens.....	54
35	I9- Bürgernahe Behörden sind Teil einer gelebten Demokratie	54
36	I10- Lehrgangsangebot für Führungskräfte der Freiwilligen Feuerwehren ausbauen und stärken ...	
37	55
38	I11- Änderung der Niedersächsischen Kommunalverfassung: Nebeneinander von Ortsräten und	
39	Stadtbezirksräten ermöglichen.....	56
40	I12- Lokale Berichterstattung fördern.....	57
41	I13- Hilfsfonds für notleidende gemeinnützige soziale Organisationen	58
42	I14- Den 8. Mai als Feiertag anerkennen.....	58
43		

1	Partei.....	59
2	P1- Beschlussmonitoring für Parteitagsbeschlüsse.....	59
3	P2 - Historische Kommission für die niedersächsische SPD einsetzen.....	60
4	Soziales & Gesundheit	60
5	SG 1 - Umsetzung der Kindergrundsicherung.....	60
6	SG 2 - Rentenerhöhungen mind. auf dem Niveau des Inflationsausgleichs.....	61
7	SG 3 - Förderung eines Teleneurologie-Netzwerk-Projektes.....	61
8	SG 4 - Patientensicherheit gemeinsam systematisch implementieren und kontinuierlich in	
9	Niedersachsen verbessern	62
10	SG 5 - Medizin-Studienplätze erhöhen	64
11	Umweltpolitik	64
12	U 1 - Möglichkeiten für Kostenbeteiligung von Arzneimittelherstellern für notwendige	
13	Reinigungsstufen in Kläranlagen prüfen.....	64
14	Verkehrspolitik.....	65
15	VP 1 - Straßenausbaubeiträge abschaffen!.....	65
16	VP 2 - Verpflichtende regelmäßige Erste-Hilfe-Kurse für alle Autofahrenden	66
17	VP 3 - Das Land in vollen Zügen genießen: für ein 29 Euro Ticket, das inkludiert!.....	67
18	VP 4 Jusos Niedersachsen - Außen grün, innen rot - die SPD kann die Verkehrswende schaffen! 68	
19	VP 5 - Besteuerung hochklimaschädlicher Privatflüge	70
20	VP 6 - Kommunales Förderprogramm für den Ausbau der schnellen Ladeinfrastruktur im	
21	kommunalen Bereich.....	70
22	VP 7- Kommunale Selbstverwaltung - Das Recht auf Anordnung von Verkehrsregelungen	71
23		
24		
25		
26		
27		
28		
29		
30		
31		
32		
33		
34		
35		
36		
37		
38		

1 **Leitantrag**

2 **Antragsteller:** Landesvorstand

3 **Beschluss:** Annahme

4

5 **Voller Energie für Niedersachsen**

6 Das Ergebnis der Landtagswahl im vergangenen Jahr war ein großer Vertrauensbeweis der nieder-
7 sächsischen Bürgerinnen und Bürger. Mitten in einer Inflations- und Energiepreiskrise erneut einen
8 klaren Regierungsauftrag zu erhalten, war nach zehn Jahren an der Spitze der Landesregierung
9 keine Selbstverständlichkeit.

10 Das Wahlergebnis hat gezeigt, dass die niedersächsische SPD heute fest verwurzelt ist in allen Re-
11 gionen Niedersachsens. In 69 von 87 Wahlkreisen – im Norden, Osten, Süden und im Westen unse-
12 res Landes – hat die SPD die Mehrheit der Zweitstimmen gewonnen. 57 Kandidatinnen und Kandi-
13 daten der SPD haben ihre Wahlkreise direkt gewonnen. Genau wie unsere Oberbürgermeister/innen,
14 Landrät/innen, haupt- und ehrenamtlichen Bürgermeister/innen sowie unsere Abgeordneten in
15 Bundestag und den kommunalen Parlamenten stehen sie dafür, dass die SPD in Niedersachsen
16 nah an den Menschen und in der Mitte der Gesellschaft verankert ist.

17 Uns ist es gelungen, im ländlichen Raum Wahlkreise zu gewinnen, die früher fest in der Hand der
18 CDU waren. Wir sind aber auch stärkste Kraft geworden in vielen städtischen Wahlkreisen mit ho-
19 cher Bevölkerungsdichte. Zudem ist die SPD sowohl bei den Menschen mit niedriger als auch denen
20 mit hoher Bildung stärkste Kraft geworden.

21 Während andere Parteien sich bei der Landtagswahl nur auf ihr Kernklientel auf dem Land oder in
22 der Großstadt verlassen konnten, bleiben wir also die „Niedersachsenpartei“ für das ganze Land.

23

24 **Wir halten unser Versprechen: Wir führen Niedersachsen aus der Krise.**

25 Wir haben immer gesagt: In der Krise braucht das Land einen starken und handlungsfähigen Staat,
26 der an der Seite der Menschen steht. Eines unserer zentralen Versprechen im Wahlkampf war ein
27 Hilfsprogramm gegen die Auswirkungen der Inflation und der steigenden Energiepreise in Höhe von
28 einer Milliarde Euro.

29 Bereits 21 Tage nach der konstituierenden Sitzung des neuen Landtages und damit der Wahl der
30 neuen Landesregierung durch den Landtag haben wir dieses Versprechen eingelöst: Das Sofortpro-
31 gramm umfasst z.B. einen Härtefallfonds in Höhe von 55 Millionen Euro, der Strom- oder Gassper-
32 ren bei Bürgerinnen und Bürgern verhindern soll, die besonders hart getroffen sind. 200 Millionen
33 Euro werden für Kitas und Schulen bereitgestellt, um die Verpflegung bei steigenden Preisen zu fi-
34 nanzieren und die Energiekosten aufzufangen. Weitere 200 Millionen Euro werden für kleine und
35 mittlere Unternehmen, fast 80 Millionen Euro für die Veranstaltungsbranche und Kultur in Nieder-
36 sachsen zur Verfügung gestellt. Außerdem werden je 30 Millionen Euro für die Studierendenwerke
37 und die Sportvereine, 60 Millionen Euro für Beratungsstrukturen und soziale Einrichtungen, zwei
38 Millionen für den Aufbau von Verteilzentren durch die Tafeln, eine Million für Mehrbelastungen bei
39 Tierheimen sowie 160 Millionen Euro für den Finanzierungsanteil des bundesweiten Deutschland-
40 Tickets bereitgestellt.

41 Gleichzeitig haben wir beschlossen, dass auch den Pensionärinnen und Pensionären des Landes
42 und der Kommunen eine Energiepauschale in Höhe von 300 Euro ausgezahlt wird, und so Gerech-
43 tigkeit hergestellt.

44 Ohne zu zögern und wie versprochen haben wir denen unter die Arme gegriffen, die besonders unter
45 den hohen Preisen leiden.

1 **„Sicher in Zeiten des Wandels“: Partnerschaft für die Zukunft.**

2 „Wir werden eine Koalition bilden, die das große Ganze sieht, das Land handlungsfähig durch die
3 Krise führt und nicht in kleinteiligen Diskussionen verharrt.“ So steht es im Koalitionsvertrag der
4 Rot-Grünen Landesregierung – und so gestalten wir unser Land.

5 Am 9. Oktober haben die Niedersächsinnen und Niedersachsen die CDU aus der Regierung gewählt
6 und den Weg frei gemacht für eine neue Rot-Grüne Koalition. Gemeinsam ist es uns gelungen, ei-
7 nen ambitionierten Koalitionsvertrag auszuhandeln, den wir nun Schritt für Schritt umsetzen:

8 Wir haben bereits das Deutschlandticket eingeführt, was für die meisten ÖPNV-Nutzerinnen und
9 Nutzer eine deutliche finanzielle Entlastung bedeutet. Die noch regionalen Tickets für junge Men-
10 schen werden wir perspektivisch in ein verbilligtes Deutschlandticket überführen.

11 Wir haben die Schulgeldfreiheit für die Gesundheitsfachberufe und sozialen Berufe rückwirkend ab
12 dem 1. Januar 2023 umgesetzt.

13 Wir bleiben Vorreiter bei der Energiewende. Dazu haben wir bereits eine „Task Force Energiewende“
14 geschaffen. Und wir haben ein Windenergiebeschleunigungsgesetz auf den Weg gebracht, das au-
15 ßerdem Standortkommunen ebenso wie Bürgerinnen und Bürger finanzielle Vorteile bringen wird.

16 Wir werden noch in diesem Jahr eine Landeswohnungsgesellschaft gründen, im Baurecht Vereinfachungen
17 auf den Weg bringen und bei der Wohnraumförderung die Einkommensgrenzen erhöhen.

18 Wir werden 2024 beginnen, A13 für alle Lehrkräfte einzuführen. Für Polizei, Feuerwehr und Justiz-
19 vollzug haben wir bereits Verbesserungen umgesetzt und zahlen jetzt im Ländervergleich die
20 höchste Zulage.

21 Wir werden die Investitionen in Krankenhäuser massiv steigern, damit der vorhandene Investiti-
22 onsstau in einem überschaubaren Zeitraum abgebaut werden kann.

23 Wir werden mit einer Landesinvestitionsgesellschaft die Landesliegenschaften sanieren. Davon
24 werden die Hochschulen entsprechend ihres Anteils profitieren.

25 Wir setzen unsere Fachkräfteinitiative ressortübergreifend neu auf, um dem in nahezu allen Bran-
26 chen und Berufsgruppen drängenden Arbeits- und Fachkräftebedarf gemeinsam mit den Arbeits-
27 marktakteuren wirkungsvoll zu begegnen.

28

29 **Entschlossen an der Seite der Ukrainerinnen und Ukrainer.**

30 Seit über einem Jahr führt Russland einen brutalen, völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die
31 Ukraine. Zu Beginn des Krieges haben wir in der Bundesregierung mit dem langjährigen Grundsatz
32 gebrochen, keine Waffen in Kriegsgebiete zu liefern. Heute gehört Deutschland zu den größten und
33 verlässlichsten Unterstützern der Ukraine – militärisch, finanziell und humanitär.

34 Die niedersächsische SPD steht hinter diesem Kurs unserer Bundesregierung und unseres Verteidi-
35 gungsministers Boris Pistorius. Und natürlich stehen wir zu unseren humanitären Verpflichtungen:
36 Wir werden die Ukrainerinnen und Ukrainer aufnehmen, die bei uns Zuflucht suchen. Dabei stehen
37 wir an der Seite der Kommunen, die die Hauptlast bei der Aufnahme und Integration der Geflüchte-
38 ten aus der Ukraine und anderen Ländern tragen, und dafür eine verlässliche finanzielle Unterstüt-
39 zung des Bundes brauchen.

40 Auch wenn die Stimmen derer, die die militärische Unterstützung der Ukraine kritisieren, lauter
41 werden: Allein Russland hat diesen Krieg begonnen und kann ihn jederzeit sofort beenden. Deswe-
42 gen setzen wir die Unterstützung der Ukraine fort und richten unsere Appelle, diesen furchtbaren
43 Krieg endlich zu beenden, ausschließlich an die russische Regierung.

44

1 Es war ein Fehler, den mit uns fast alle demokratischen Parteien gemacht haben, zu lange zu glau-
2 ben, dass eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Russland das Land stabilisieren und de-
3 demokratisieren könnte. Heute ist das Vertrauen in die russischen Machthaber unwiederbringlich
4 zerstört. Eine einseitige Abhängigkeit der Energieversorgung von Russland oder einem anderen
5 Staat darf uns nie wieder passieren. Daher arbeiten wir weiter an der Unabhängigkeit von Energie-
6 importen durch den massiven Ausbau von Windkraft und Solarenergie bei uns in Niedersachsen.

7

8 **Niedersachsen norddeutsch zukunftsfähig machen.**

9 Die Energiekrise in Folge des russischen Angriffs auf die Ukraine hat gezeigt, wie wichtig eine si-
10 chere, unabhängige und resiliente Energieversorgung ist. Die Umstellung auf Erneuerbare Energien
11 ist für die Zukunft Niedersachsens daher entscheidend. Unser Ziel ist: Niedersachsen soll Erneuer-
12 bare-Energien-Land Nr. 1 werden.

13 Mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien und den Importkapazitäten für grüne Moleküle werden
14 wir künftig Verantwortung für die Energieversorgung in ganz Deutschland übernehmen. Die großen
15 Mengen klimaneutraler Energien bietet große Chancen für unsere Betriebe und deren Arbeitsplätze.
16 Und dies bietet Chancen für die Ansiedlung neuer Unternehmen. Beim massiven Ausbau der Erneuer-
17 baren Energien wie Wind, Sonne und Biomasse sollen die Standorte künftig finanziell profitieren
18 und zwar sowohl die Kommune selbst als auch die Bürgerinnen und Bürger. Und wir werden Verfah-
19 ren zum Ausbau vereinfachen und beschleunigen. Dazu haben wir eine „Task Force Energiewende“
20 geschaffen, die bereits erste Vorschläge gemacht hat.

21 Wir haben begonnen, die Infrastruktur für die weiter notwendigen Energieimporte zu realisieren.
22 Damit werden wir die maßgebliche deutsche Drehscheibe für Wasserstoffimporte. Wir werden als
23 Land die Anpassung der Infrastruktur von Häfen, Leitungen und Speicher unterstützen. Mit den ers-
24 ten deutschen LNG-Terminals und ihrer wasserstofffähigen Weiterentwicklung ist dazu ein erster
25 wichtiger Schritt getan.

26 Und wir haben die innovativen Unternehmen, damit der Standortvorteil auch für Wertschöpfung
27 und Arbeitsplätze bei uns in Niedersachsen genutzt wird. Wir haben starke Unternehmen, die sich
28 jetzt schon in der Transformation befinden. Grüne Industrie ist keine Zukunftsmusik mehr, son-
29 dern der Umbau hat bereits begonnen – mit Niedersachsen als Vorreiter, wie die Beispiele grüner
30 Stahl, grüne Chemie oder grüne Mobilität zeigt. Wir wollen der Standort sein, in dem sich neue zu-
31 kunftsträchtige Industrien ansiedeln. Dazu werden wir das Ansiedlungsmanagement neu aufstel-
32 len und vorausschauend Flächen entwickeln. Dazu gehört auch, dass wir vorbereitend auch die not-
33 wendigen Naturschutzflächen für die notwendige Kohärenz entwickeln.

34 Klimaneutralität bis 2040 ist unser Ziel. Den Weg dahin werden wir norddeutsch und konsequent
35 gehen. Das gelingt nur, wenn der soziale und ökologische Umbau zusammengedacht, gemeinsam
36 mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, ihren Gewerkschaften und Betriebsräten sowie
37 den Unternehmen realisiert und mit aktiver Industrie- und Ansiedlungspolitik eng begleitet wer-
38 den. Ziel muss die Aufrechterhaltung unserer industriellen Basis bleiben. Zentraler Punkt ist hier-
39 bei aktuell die Energieversorgung und die damit verbundenen Energiepreise. Wir brauchen an die-
40 ser Stelle eine Entlastung für die betroffenen Unternehmen. Wir setzen uns daher dafür ein, für eine
41 Übergangszeit einen Transformationsstrompreis für energieintensive Unternehmen und entspre-
42 chende Investitionshilfen einzuführen. Und dazu gehört auch, dass wir uns offener gegenüber
43 Techniken zeigen, die einzelnen Branchen überhaupt erst eine CO2-Neutralität ermöglichen. Dazu
44 gehört der übergangsweise Einsatz von klimaneutralen Gasen wie blauer Wasserstoff und die Prü-
45 fung von CO2-Speicherung im Offshore-Bereich.

46 Auch im privaten Bereich werden Veränderungen unumgänglich sein. Denn das Heizen mit Öl und
47 Gas wird perspektivisch für die meisten nicht mehr bezahlbar sein. In den Kommunen werden wir
48 unseren Einfluss nutzen, um schnellstmöglich kommunale Wärmepläne zu erarbeiten. Denn Quar-
49 tierslösungen sind kostengünstiger und sozialverträglicher als wenn jede Hausbesitzerin und jeder

1 Hausbesitzer alleine agiert. Wir wollen eine staatliche Unterstützung für Eigentümerinnen und Ei-
2 gentümer, die der Einbau einer neuen Heizung überfordert. Und es braucht für Mieterinnen und
3 Mieter Sicherheit, dass Investitionen durch die Vermieterinnen und Vermieter getätigt und die Ne-
4 benkosten nicht ins Unermessliche steigen. Unsere Leitplanke bei der Wärmewende ist: Wohnen
5 muss bezahlbar bleiben in Niedersachsen.

6 Niedersachsen ist ein Flächenland. Daher gehört zur Mobilität neben den öffentlichen Verkehrsmit-
7 teln auch weiterhin das private Auto. Wir werden weiter die notwendige Straßen- und Schieneninf-
8 rastruktur planen und bauen. Gerade der Erhalt der Infrastruktur wie unserer Brücken, Straßen und
9 Radwege hat eine zentrale Bedeutung. Wir werden aber auch dafür sorgen, dass die notwendige Inf-
10 frastruktur für emissionsfreie Mobilität vorhanden ist. Dazu gehört eine ausreichende Ladesäu-
11 leninfrastruktur. Wir werden Bahnstrecken reaktivieren und im ländlichen Raum Angebote wie Ruf-
12 busse, Bürgerbusse und anderer On-Demand-Angebote fördern. Wir starten Modellprojekte für eine
13 Mobilitätsgarantie in den Flächenregionen. Mit dem Deutschlandticket ist für viele Nutzerinnen
14 und Nutzer der ÖPNV schon deutlich billiger geworden, die zusätzliche Vergünstigung für junge
15 Menschen soll folgen.

16

17 **Eine hochwertige Gesundheitsversorgung in ganz Niedersachsen.**

18 Das niedersächsische Gesundheitssystem, einschließlich der Krankenhäuser, Spezialkliniken und
19 Gesundheitszentren, steht vor großen Herausforderungen. Die Gründe dafür sind vielfältig: Die Fol-
20 gen der Corona-Pandemie, die gestiegenen Betriebs- und Energiekosten, eine sinkende Anzahl sta-
21 tionärer Behandlungen, Personalmangel und ökonomische Zwänge setzen die Krankenhäuser und
22 das gesamte System unter Druck.

23 Mit der Neufassung des Niedersächsischen Krankenhausgesetzes begegnen wir diesen Herausfor-
24 derungen. Unser Ziel ist die Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen und wohnortnahen Ge-
25 sundheitsversorgung im ganzen Land.

26 Die Neustrukturierung der Krankenhauslandschaft in Versorgungsstufen und die flächendeckende
27 Versorgung mit Regionalen Gesundheitszentren ermöglicht zielgerichtete Investitionen. Sie führt
28 zu einer besseren Planbarkeit und mehr Qualität in der Gesundheitslandschaft und stellt die Ver-
29 sorgungsstruktur sowohl in den Ballungsräumen als auch in der Fläche sicher. Gemeinsam mit ei-
30 ner Reform des Rettungsdienstes wird so die Rund-um-die-Uhr-Versorgung überall in Niedersach-
31 sen sichergestellt.

32 Ganz in diesem Sinne werden wir auch die von der Bundesregierung angekündigte Krankenhausre-
33 form begleiten: Wir denken die Umsetzung der Krankenhausreform von den Patientinnen und Pati-
34 enten her. Um ein leistungsstarkes Gesundheitssystem zu haben, brauchen wir zudem qualifizierte
35 und motivierte Fachkräfte, die sich täglich um Patientinnen und Patienten kümmern. Deswegen
36 haben wir bei allen Veränderungen auch die Beschäftigten im Blick, die sichere Arbeitsplätze, ver-
37 lässliche Arbeitszeiten und eine gerechte Bezahlung verdienen, um ihre Aufgabe zu erfüllen. Einer
38 weiteren Kommerzialisierung des Gesundheitswesens treten wir entschieden entgegen.

39

40 **Niedersachsen – ein modernes Zuwanderungsland.**

41 Niedersachsen ist ein Zuwanderungsland. Zuwanderung gehört seit Generationen zu diesem Land –
42 und Niedersachsen hat in der Vergangenheit immens von Zuwanderung profitiert. Und auch für die
43 Zukunft ist Zuwanderung wichtig, denn angesichts des Fachkräftemangels in Industrie, Handwerk,
44 Öffentlichem Dienst sowie im sozialen Bereich sind wir angewiesen auf Arbeits- und Fachkräfte
45 aus dem Ausland. Für die Bewältigung dieses Fachkräftemangels – und damit einer langfristigen
46 Sicherung der deutschen Sozialsysteme – sind wir auf die nachhaltige Integration von Menschen
47 aus dem Ausland in unseren Arbeitsmarkt angewiesen. Daher wollen wir Menschen legale Wege zur
48 Arbeitsmigration ermöglichen.

1 Gleichzeitig stehen wir zu unserer humanitären Verantwortung, einerseits Fluchtursachen lang-
2 fristig und strukturell zu bekämpfen, und andererseits denjenigen Menschen zu helfen, die auf-
3 grund von Krieg, Hunger, Vertreibung und Verfolgung zu uns kommen. Das Asylrecht ist die elemen-
4 tare Grundlage, um diesen Schutz zu garantieren. Das im Grundgesetz verankerte Recht auf Asyl ist
5 unantastbar. Allen Versuchen, dieses Grundrecht einzuschränken, werden wir uns entschlossen
6 entgegenstellen.

7 Unterbringung, Integration und Bildungsangebote für Geflüchtete sicherzustellen, stellt Land und
8 Kommunen vor Herausforderungen. Das wird in diesen Zeiten, die von hohem Fluchtgeschehen
9 nach Europa und Deutschland bestimmt sind, besonders deutlich.

10 Deswegen stehen wir an der Seite der Kommunen, die die Hauptlast bei der Aufnahme und Integra-
11 tion der Geflüchteten aus der Ukraine und anderen Ländern tragen, und dafür eine verlässliche fi-
12 nanzielle Unterstützung brauchen. Wir sehen hier vor allem den Bund in der Pflicht, ausreichend
13 finanzielle Mittel für Aufnahme und Integration zur Verfügung zu stellen.

14 Darüber hinaus müssen wir besser werden in der Organisation von Verwaltung rund um die Auf-
15 nahme und Integration von Geflüchteten und Menschen, die auf dem Weg der Arbeitsmigration zu
16 uns kommen. Wir setzen uns ein für die Bündelung von Kompetenzen und Ressourcen in einem
17 niedersächsischen „Kompetenzzentrum Integration“ bzw. in einem „Willkommenszentrum“. Hier
18 sollen alle relevanten Akteure im Bereich Asyl und Zuwanderung (Ausländerbehörden, BAMF, Migra-
19 tionsberatungen, Anerkennungsstellen, Bundesagentur für Arbeit etc.) zusammenarbeiten. Wir wol-
20 len so eine deutliche Beschleunigung von Verfahrensabläufen erreichen.

21 Wir unterstützen die Bundesregierung in ihrem Bemühen, die Arbeitsmigration zu erleichtern. Mit
22 dem Chancen-Aufenthaltsrecht wurde ein wichtiges Instrument geschaffen, so genannte Ketten-
23 duldungen zu beenden und Menschen, die schon längst Teil unserer Gesellschaft sind und deren
24 Heimat schon lange Deutschland heißt, Sicherheit und Heimat zu geben.

25 Mit der Weiterentwicklung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes machen wir unser Land attrakti-
26 ver für die dringend benötigten Fachkräfte und geben gut ausgebildeten Menschen aus Drittstaa-
27 ten nach kanadischem Vorbild die Möglichkeit, bereits zur Suche eines Arbeitsplatzes nach
28 Deutschland zu kommen.

29 Des Weiteren setzen wir uns als SPD Niedersachsen dafür ein, den sogenannten „Spurwechsel“ zu
30 ermöglichen. Wir wollen, dass ausgebildete, berufstätige und gut integrierte Menschen, die bisher
31 asylrechtliche Verfahren durchlaufen, aber so kaum eine Bleibeperspektive haben, vom Einwande-
32 rungsrecht für Fachkräfte profitieren können, ohne vorher ausreisen zu müssen. So beenden wir die
33 Abschiebungen gut integrierter, berufstätiger und auch dringend gebrauchter Menschen aus
34 Deutschland.

35 Zuwanderung und Asyl sind auf die Unterstützung der Mehrheit der Bevölkerung angewiesen. Das
36 erreichen wir durch eine gute und angemessene Steuerung von Flucht und Migration. Diejenigen,
37 die weder Asyl erhalten noch eine Chance auf Migration auf dem Arbeitsmarkt haben, führen wir
38 zurück ins jeweilige Herkunftsland.

39

40 **Wir stellen uns den Herausforderungen der Partei.**

41 Das starke Wahlergebnis und der klare Regierungsauftrag geben uns die Kraft und das Selbstver-
42 trauen, auch die Herausforderungen, vor der die SPD Niedersachsen steht, klar zu benennen. Wir
43 müssen jetzt die Weichen für viele weitere erfolgreiche Jahre der SPD Niedersachsen stellen. Diese
44 Herausforderung packen wir gemeinsam an!

45 Wir schauen uns genau an, warum wir die letzten Wahlen in Niedersachsen so erfolgreich bestrei-
46 ten konnten. Mit Beteiligung von Landesvorstand, den Bezirken, den Ortsvereinen, unseren Arbeits-

1 gemeinschaften und der Hauptamtlichkeit gilt es, die richtigen Schlüsse zu ziehen. Im Rahmen ei-
2 ner Wahlanalyse werden wir wichtige Themen wie Stadt/Land-Gefälle, Kommunikation, Hauptamtli-
3 chenstrukturen und Jungwähler/innen ansehen und Handlungsempfehlungen ableiten. Die Ergeb-
4 nisse wird der Landesvorstand vorstellen.

5 Die Partei hat auch in Niedersachsen viele Mitglieder verloren. Eine Umkehr dieses Trends ist weder
6 durch die Kampagne zur Landtagswahl noch durch andere Kampagnen bisher erreicht worden.
7 Gleichzeitig ist im Wahljahr besonders im ländlichen Raum deutlich geworden, dass es immer we-
8 niger Ehrenamtliche und Mitglieder gibt, die sich aktiv einbringen, Plakate aufhängen und Veran-
9 staltungen organisieren. Die Mitgliedschaft in der SPD muss sich lohnen. Zugang zu wichtigen In-
10 formationen, Mandatsträger/innen oder aktuellen Veranstaltungen sind wichtig. Gleichzeitig gilt
11 es, eine Beteiligung der Mitglieder zu ermöglichen. Hier gilt es, die Hochburgen zu stabilisieren und
12 gemeinsam hier schwächelnde Strukturen zu stärken. Motivierte und gut aufgestellte Mitglieder
13 können einfacher „gegenhalten“ und unsere Politik verteidigen – gegen politische Mitbewerber,
14 aber auch gegen populistische Parolen, Fake-News oder Querdenker.

15 Das aggressive Auftreten der sogenannten Querdenker und anderer Rechtsextremer, die sich ge-
16 zielt verabredet haben, um unsere Veranstaltungen zu stören, hat die engagierten Mitglieder zu-
17 sätzlich belastet. Auf diese Entwicklung müssen und werden wir reagieren.

18 In den Großstädten stehen wir vor einer wachsenden Konkurrenz durch die Grünen, die sich schon
19 bei den Kommunalwahlen im Jahr 2021 abzeichnete. Gleichzeitig ist die SPD die starke Partei im
20 ländlichen Raum. Wir müssen anerkennen, dass sich Themen, Herausforderungen und Personen
21 zwischen Stadt und Land immer mehr und stärker unterscheiden. Auf diesen Trend werden wir uns
22 einstellen. Hierbei gilt es, die Herausforderungen zu erkennen und Lösungen für die Stadt und den
23 ländlichen Raum anzubieten. Ein Entweder-Oder wird es mit der SPD in Niedersachsen nicht geben.

24 Das gleiche gilt für die Ergebnisse bei Erst- und Jungwähler/innen. Während wir bei den Wähler/in-
25 nen über 60 mehr als 40 Prozent der Stimmen bekommen haben, waren es bei den 18- bis 24-Jähri-
26 gen nur rund halb soviel. Gleichzeitig müssen uns aber auch die Wahlergebnisse der AfD Sorge be-
27 reiten. Insbesondere in Wahlkreisen, in denen die SPD traditionell stark ist, hat die AfD an Zustim-
28 mung gewinnen können.

29 Schließlich ist es uns nicht gelungen, die Frauenquote in unserer Landtagsfraktion zu steigern – im
30 Gegenteil. Wie bei der Landtagswahl 2017 hat die paritätisch besetzte Liste wegen der vielen gewon-
31 nen Direktmandate keine Rolle gespielt. Während wir uns also politisch einig sind, dass wir die
32 Diversität von Partei und Fraktion fördern und eine paritätische Vertretung im Landtag erreichen
33 wollen, werden in den traditionell aussichtsreichen Wahlkreisen dann doch vor allem Männer no-
34 miniert.

35

36 **Unsere Kampagnenfähigkeit erhalten.**

37 Der dritte Wahlsieg in Folge hat gezeigt: Wir sind die Niedersachsen-Partei und haben die schlag-
38 fertigeste und stärkste Struktur. Das ist aber kein Grund sich auszuruhen – im Gegenteil: Genau
39 jetzt ist der richtige Zeitpunkt, Selbstkritik zu üben, Herausforderungen zu benennen und Altherge-
40 brachtes zu hinterfragen. Unser Erfolg ist auch ein Risiko, einen entscheidenden Fehler zu machen.
41 Das werden wir vermeiden.

42 Deswegen werden wir uns darauf konzentrieren, Zielgruppen, die wir nicht erreicht haben, (wieder)
43 für uns zu begeistern. Junge Menschen müssen wir abholen und an die SPD binden. Diese Gruppe
44 sind die Wähler/innen von morgen. Gemeinsam mit den Jusos werden wir uns unsere Themen, un-
45 sere Ansprache und unsere Struktur genau ansehen und weiterentwickeln. Hierfür wird zeitnah
46 eine Jugend-Organisationskonferenz einberufen.

47 Wir werden die Strukturen unserer Partei analysieren und wenn nötig erneuern, um die Schlagkraft
48 der Organisation zu erhalten. Eine starke Hauptamtlichkeit und gut aufgestellte Ortsvereine sind

1 unser Schlüssel zum Erfolg. Wir werden erfolgreiche Strukturen ermitteln, analysieren und auf die-
2 ser Grundlage unsere Partei flächendeckend voranbringen. Dabei darf es keine Zurückhaltung oder
3 Wegducken geben. Der Landesverband hat im Wahlkampf gezeigt, wie gut flächendeckende Ange-
4 bote funktionieren können. Diese zentralen Angebote wollen wir weiter vorantreiben und ausbauen.

5 Und: Wir machen die Mitgliedergewinnung zur Aufgabe unserer ganzen Partei. Ganz besonders un-
6 sere Amts- und Mandatsträger/innen aber sind hier gefragt.

7 Um den Anteil der Frauen in unserer Fraktion endlich merklich zu erhöhen, sprechen wir uns dafür
8 aus, dass bei der Nominierung für die Direktkandidatur in einem Wahlkreis auf die Kandidatur ei-
9 nes Mannes bei der vorangegangenen Wahl die Aufstellung einer Frau folgen sollte. Hat bei der vo-
10 rangegangenen Wahl eine Frau kandidiert, kann ein Mann oder eine Frau als Direktkandidatin fol-
11 gen. Gewählte, amtierende Abgeordnete können unabhängig vom Geschlecht wieder in ihrem Wahl-
12 kreis antreten.

13

14 **Unser Anspruch: Die Nummer 1.**

15 Auf das Erreichte können wir stolz sein.

16 Aber ausruhen können wir uns drauf nicht. Unser Ziel und unser Anspruch ist es, die Nummer eins
17 zu sein – das gilt für die Partei wie für unser Land. Als SPD stellen wir jetzt die Weichen, um auch in
18 Zukunft die stärkste Kraft zu bleiben. Die Niedersachsenpartei eben.

19 Und auch unser Niedersachsen wollen wir weiter an die Spitze führen – als Energieland Nummer 1.
20 Als Bildungsland Nummer 1. Als Vorreiter bei bezahlbarem Wohnungsbau, bei der Gesundheitsver-
21 sorgung, Digitalisierung und sozialen Gerechtigkeit.

22 Wir sind voller Energie für Niedersachsen.

23

24

25

26 **Änderungsanträge**

27 **Ä1 - Änderungsantrag zum Leitantrag**

28

29 **Antragsteller:** Jusos Niedersachsen

30 **Beschluss:** Ablehnung

31 Änderung Seite 8. Streiche Zeile 35-38.

32 ~~Zuwanderung und Asyl sind auf die Unterstützung der Mehrheit der Bevölkerung angewiesen. Das~~
33 ~~erreichen wir durch eine gute und angemessene Steuerung von Flucht und Migration. Diejenigen,~~
34 ~~die weder Asyl erhalten noch eine Chance auf Migration auf dem Arbeitsmarkt haben, führen wir~~
35 ~~zurück ins jeweilige Herkunftsland.~~

36

37

38

1 **Ä2 – Änderungsantrag zum Antrag GL 1**

3 **Antragsteller:** Franziska Wende (UB Region Hannover)

4 **Beschluss:** Weiterleitung an den Landesparteirat

6 Ersetze Zeile 8 – 10 durch:

7 Der Landesparteitag fordert die Landesregierung dazu auf, das Niedersächsische Gleichberechtigungsgesetz dahingehend zu überarbeiten, dass es die Realitäten zunehmender offener Geschlechterdiversität und Übernahme von Sorgearbeit durch Männer besser widerspiegelt.

10 Denkbar wäre die Öffnung des Amtes der Gleichstellungsbeauftragten für alle nicht-männlichen Angestellten der Dienststelle (inklusive trans Angestellter, auch wenn die Personenstandsänderung noch nicht abgeschlossen ist). Für Angelegenheiten der Vereinbarkeit von Sorgearbeit und Erwerbsarbeit könnten Personen unabhängig vom Geschlecht bestellt werden.

14 **Begründung:**

15 Auch wenn sich inzwischen die Namensgebung geändert hat, sind Gleichstellungsbeauftragte nach wie vor überwiegend mit Aufgaben der Frauenförderung betraut. In der Gleichstellung von Mann und Frau sind Frauen weiterhin die Benachteiligten. Allerdings verharrt die Gesetzgebung einer binären Logik, die nicht mit den geänderten gesellschaftlichen und gesetzlichen (Geschlechtseintrag divers, Selbstbestimmungsgesetz) mitgehalten hat. Wenngleich Sorgearbeit noch immer zum größten Teil von Frauen geleistet wird, übernehmen immer mehr Männer diese Aufgaben und beantragen z.B. Elternzeit. In dieser Hinsicht soll natürlich ebenso wenig wie bei Frauen eine Diskriminierung aufgrund des Familienstatus stattfinden. Zudem sollte unter den männlichen Beschäftigten für die Möglichkeit von Elternzeit und den Angeboten für Menschen mit zu pflegenden Angehörigen geworben werden.

28 **Initiativanträge**

29 **IN1 - Nachhaltiges Rahmenkonzept für inklusive Ganztagschulen in Niedersachsen**

32 **Antragsteller:** UB Hildesheim

33 **Beschluss:** Annahme

34 Wir fordern, dass die SPD in Niedersachsen sowie die SPD-Landtagsfraktion ein nachhaltiges Rahmenkonzept für inklusive Schulen mit Ganztagsbetreuung entwickeln. Auch vor dem Hintergrund des aktuellen Fachkräftemangels muss sich die SPD für ein nachhaltiges Konzept einsetzen, das Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit für all Kinder in naher Zukunft ermöglicht. Zudem muss die Finanzierung sichergestellt werden, indem hierfür in den nächsten Haushaltsentwürfen des Landes das Konzept monetär abgebildet wird.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41

IN2 – ABLEHNUNG DER EUROPÄISCHEN BÜRGERINITIATIVE „SAVE CRUELTY FREE COSMETICS“

Antragsteller: UB Göttingen

Beschluss: Weiterleitung als Material an die EP-Fraktion

Der SPD-Landesverband Niedersachsen wird Kontakt mit den SPD Europaabgeordneten Bernd Lange aufnehmen, um eine weitere Einschränkung von Tierversuchen in Deutschland und der EU zu verhindern. Die EU-weite Initiative „Save Cruelty Free Cosmetics“ ist abzulehnen.

IN3 – Unsere Grundsätze bleiben unverhandelbar - Solidarität ist unsere Antwort

Antragsteller: Jusos Niedersachsen

Beschluss: Ablehnung

Initiativantrag: Unsere Grundsätze bleiben unverhandelbar - Solidarität ist unsere Antwort Das Recht auf Asyl ist unverhandelbar. Dieser Grundsatz sollte für uns alle gelten, doch wir sehen ihn in der aktuellen GEAS-Debatte massiv gefährdet. Dass Sozialdemokrat*innen an diesen Beschlüssen beteiligt sind, ist erschreckend. Es werden rote Linien überschritten, die eine humane und menschenwürdige Geflüchteten Versorgung unmöglich machen. Von einem "historischen Erfolg" der Einigung zu sprechen, ist eine Absage an jegliche Werte der Sozialdemokratie.

Die SPD Niedersachsen

- lehnt die Verlegung von Asylverfahren an die EU-Außengrenzen ab. Diese würden die derzeitige menschenunwürdige Lagersituation nicht beenden, sondern rechtlich absichern. Die derzeitigen Umstände und der Umgang der Grenzstaaten mit Flüchtenden gibt keinen Anlass zur Hoffnung, dass sich dieser Zustand ändern wird.
- lehnt die Ausweitung der "sicheren Herkunftsstaaten" ab.
- fordert, sich gegen die Zusammenarbeit mit der zuletzt durch menschenrechtsverletzende illegale Abschiebung ohne Asylverfahren (Pushbacks) sowie Beteiligung an Geheimgefängnissen, sogenannten "Black Sites", aufgefallene Grenzschutzagentur FRONTEX auszusprechen.
- fordert, keine deutschen Ressourcen für die militärische Grenzschutzverstärkung bereitzustellen
- spricht sich gegen eine Verschärfung der Regelungen zur Abschiebehaft aus. Unabhängig des Asylantrags oder der Fluchtgefahr und allein aufgrund von Verstößen gegen Einreise- oder Aufenthaltsverbote Menschen in Gewahrsam zu nehmen und dies von 10 auf maximal 28 Tage zu verlängern, entspricht nicht unseren Vorstellungen eines Rechtsstaats.
- erkennt das Bestreben, ein faires Verteilungssystem in einer gemeinsamen europäischen Asyl- und Flüchtlingspolitik zu finden, an. Dazu gehört auch, dass eine verbindliche Vereinbarung zur Aufnahme von Geflüchteten zwischen allen EU-Mitgliedstaaten getroffen wird und die für die Kontrolle und Registrierung

- 1 von Asylsuchenden verantwortlichen Staaten an den Außengrenzen durch einen Solidaritätsmechanismus
2 unterstützt werden.
- 3 • fordert von der Bundesregierung einen umfassenden Plan zur Unterstützung der Kommunen. Dazu zählt
4 eine deutliche Ausweitung der finanziellen Mittel, aber auch Unterstützung in der Digitalisierung der Ver-
5 fahrensabläufe. Gleichzeitig muss die Unterbringung, das Angebot von Integrationskursen und migrations-
6 spezifischer Beratungen unterstützt werden. Unsere Kommunen zeigen seit Jahren großes Engagement.
7 Dieses muss wertgeschätzt und vereinfacht werden.
 - 8 • strebt an, aus den positiven Erfahrungen im Umgang mit Ukrainer*innen zu lernen. Gerade mit dem Ver-
9 zicht auf den verpflichteten Wohnort in Erstaufnahmeeinrichtungen wurden die Kommunen entlastet. Die
10 Chance auf private Unterbringung soll allen Geflüchteten ermöglicht werden.
 - 11 • distanziert sich von jeglichen populistischen Abschiebedebatten, die bestehende rechte Narrative stärken.
12 Wir Sozialdemokrat*innen stehen für eine menschenfreundliche Aufnahmepolitik und setzen uns aktiv für
13 eine Willkommenskultur für Schutzsuchende in Niedersachsen und der Bundesrepublik ein. Menschen mit
14 laufenden oder angenommenen Asylverfahren finden bei uns eine neue, temporäre oder langfristige Hei-
15 mat.
- 16 Die SPD Niedersachsen und insbesondere die Jusos stehen für ein Europa ohne Mauern und Sta-
17 cheldraht. Diese Errungenschaft internationaler Zusammenarbeit in Europa wird durch geplante
18 Beschlüsse wie die GEAS stark angegriffen. Wir stehen an der Seite von Geflüchteten- und Seenot-
19 rettungsorganisationen und kämpfen für die Beschlüsse der Genfer Flüchtlingskommission aus
20 dem Jahr 1947, mit denen die neuen Beschlüsse brechen. Wir stehen hinter dem Asylrecht, welches
21 fest in unserem Grundgesetz verankert ist. Wir stehen für eine SPD, die an ihren Werten festhält
22 und allen Schutzsuchenden ein faires Verfahren unter humanen Bedingungen gewährleistet. Wir
23 stehen für eine SPD, die nicht wie 1992/1993 eben jene Werte wieder verrät und deswegen Men-
24 schen ohne Asyl andere Migrationswege aufzeigt.

25

26

27

28 **Satzungsändernde Anträge**

29 **SÄ1 - Antragsrecht für Bezirks-Arbeitsgemeinschaften**

30

31 **Antragsteller:** Bezirk Hannover

32 **Beschluss:** Annahme

33 Anpassung § 4 Absatz 5 der Satzung des SPD-Landesverbandes Niedersachsen:

34 (5) Antragsberechtigt zum Landesparteitag sind die Ortsvereine, die Unterbezirke, die Bezirke, der
35 Landesvorstand, die auf Landesebene organisierten Arbeitsgemeinschaften und Foren. Sofern Ar-
36beitsgemeinschaften nur auf Bezirksebene organisiert sind, sind diese ebenfalls auf Landesebene
37 antragsberechtigt.

38

39

40

1 Arbeit & Wirtschaft

2 AW1 - Erweiterung Landesparteitagsbeschluss New Blue Deal: Natur 3 & Wirtschaft im selben Boot

4
5 **Antragsteller:** UB Cuxhaven

6 **Beschluss:** Annahme

7

8 Der Landesparteitag wird aufgefordert, den Landesparteitagsbeschluss 24/1/2021 um eine achte For-
9 derung zu erweitern:

10 Die SPD fordert

- 11 1. die konsequente Umsetzung des Elbe-Passierverbots von Schiffen, die länger sind, als es die
12 Flussbreite erlaubt (schmalste Flussbreite dividiert durch 2,5),
- 13 2. von weiteren Anpassungsmaßnahmen der Elbe abzusehen und die Schlickverklappung zu be-
14 enden,
- 15 3. das Zuschütten von Seitenarmen der Elbe zu verbieten,
- 16 4. die Unterstützung von vielfältigen Unternehmensarten, die sich im Hamburger Hafen ansiedeln
17 wollen und für betriebliche Mitbestimmung sowie ökologisch nachhaltige Wirtschaft stehen,
- 18 5. Projekte zur Renaturierung von Elbe und Wattenmeer zu unterstützen,
- 19 6. die maximale Potentialausschöpfung des Jade-Weser-Ports und des Schienenverkehrs von Wil-
20 helmshaven nach Maschen, und
- 21 7. mehr staatliche Unterstützung für die Entwicklung nachhaltiger Technologien und.
- 22 8. eine nationale Hafenstrategie zur Vernetzung der Häfen in Nord- und Ostsee.

23

24

25

26 AW 2 - Recht auf kürzere Vollzeit-Erwerbstätigkeit für erziehende El- 27 tern – solidarisch abgesichert!

28

29 **Antragsteller:** UB Göttingen

30 **Beschluss:** Weiterleitung als Material für Bundestagsfraktion

31

32 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, Gesetzesinitiativen für eine Arbeitszeitverkürzung
33 von erziehenden Eltern mit Kindern bis zur Vollendung des 12. Lebensjahres bei Ausgleich von Ver-
34 gütungsnachteilen und Rentenansprüchen auf den Weg zu bringen.

35 Die Corona-Pandemie hat es gezeigt: Bei Frauen nehmen die Stressfaktoren in dem Maße zu, in dem
36 Schulschließungen und Doppelbelastungen auftreten. Sie reduzieren ihre Arbeitszeit und kommen
37 schwerer wieder in den Arbeitsmarkt zurück. Bei Männern gab es wenig Veränderungen. Männer ha-
38 ben über Generationen ihre Vollerwerbstätigkeit fortgeführt, Frauen passen ihre Lebensverläufe den-
39 nen der Männer an. (Quelle: Jutta Allmendinger, Soziologin und Präsidentin des Wissenschaftszent-
40 rums Berlin für Sozialforschung, taz 14. Januar 2021).

1 Ein Großteil junger Eltern haben den Wunsch, Erwerbsarbeit, Haushalt und Kindererziehung partner-
2 schaftlich aufzuteilen (SZ 17. Juli 2016 über den Vorstoß von Manuela Schwesig zur 32 Stunden Wo-
3 che). Zugleich erleben wir erschöpfte Eltern und Kinder, denen es an Zeit fehlt, ihre familiäre Bindung
4 zu vertiefen.

5 Um eine gleichwertige Belastung beider Elternteile zu erreichen, muss bezahlte und unbezahlte Ar-
6 beit fairer verteilt werden. Das Elterngeld reicht nicht aus, um geschlechtsspezifische Nachteile von
7 Frauen auszuräumen. Das einkommensersetzende Basiselterngeld steht Eltern 14 Monate insge-
8 samt zu. Es hat sich gezeigt, dass die Aufteilung dieser Zeit nicht dazu dient, Frauen in ihrer Berufs-
9 tätigkeit zu fördern und die sog. Care-Arbeit partnerschaftlich aufzuteilen.

10 Die Zahl der Männer, die Elterngeld bezogen, stieg vergangenes Jahr zwar um 1,4 Prozent auf rund
11 462.000. Gleichwohl übernehmen Väter in der Mehrzahl nur den kleineren Teil: Während Frauen im
12 Schnitt 14,5 Monate Elterngeld bezogen oder beziehen wollten, waren es bei den Männern 3,7 Monate.
13 (Quelle: (FAZ vom 25. März 2021, „Zahl der Männer in bezahlter Elternzeit leicht gestiegen“, unter Hin-
14 weis auf das Statistische Bundesamt).

15 Auch das ElterngeldPlus bewirkt keine Veränderung. Das Angebot von ElterngeldPlus richtet sich ins-
16 besondere an Eltern, die schon während des Elterngeldbezugs wieder in Teilzeit arbeiten wollen. Müt-
17 ter und Väter haben dabei die Möglichkeit, länger als bisher Elterngeld in Anspruch zu nehmen: Sie
18 bekommen doppelt so lange Elterngeld, allerdings in maximal halber Höhe. Die von Männern ange-
19 strebte Bezugsdauer war mit 8,6 Monaten bei Bezug von ElterngeldPlus deutlich kürzer (Werte für
20 2019 unter Hinweis auf das Statistische Bundesamt: <https://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61609/elterngeld>).

22 Der UB Göttingen unterstützt die Idee von vormaliger SPD-Familienministerin, jetzt Ministerpräsi-
23 dentin Manuela Schwesig, dass junge Eltern / Alleinerziehende / Getrennterziehende einen Rechts-
24 anspruch erhalten, weniger arbeiten zu müssen und als Ausgleich ein staatliches Familiengeld in
25 Höhe von mind. 300 € bis zu mind. 2 Jahre bekommen bei Rückkehrmöglichkeit in die Vollzeit.

26 Nach seiner Einführung soll das Familiengeld evaluiert und im Hinblick auf die Höhe und die Be-
27 zugsdauer weiterentwickelt werden, denn mit der „neuen Vollzeit“ öffnet Politik notwendige „Opti-
28 onsräume“ für Eltern (so Allmendinger, ebenda). Ein entscheidender Baustein zur gerechteren Ver-
29 teilung der Care-Arbeit ist die Abschaffung der 40 Stunden-Woche für Eltern von Kindern bis zum
30 Alter von 12 Jahren. Der Gesetzgeber muss es Eltern ermöglichen, in Vollzeit zu arbeiten. In Vollzeit
31 arbeiten heißt aber, eine Erwerbstätigkeit im Umfang einer ca. 30 bis 35 Stunden-Woche auszuüben.
32 Denn wer seinem Beruf nachgeht und Geld verdient, muss dennoch Zeit für Care-Arbeit haben. Dies
33 darf aber nicht zu einem geringeren Erwerbseinkommen und geringeren Ansprüchen auf gesetzliche
34 Rentenleistungen führen.

35 Das Familiengeld kann damit in seiner eigenen Konzeption, anders als das Elterngeld, auch in den
36 späteren Lebensjahren des Kindes in Anspruch genommen werden. Erst dadurch wird Fürsorgearbeit
37 auch attraktiver für Männer. Frauen in Vollzeit-Jobs zu halten, ist für ihr Monatseinkommen und vor
38 allem für ihre Rentenversorgung von großer Bedeutung. Zugleich bietet eine Reduktion der Vollzeiter-
39 werbstätigkeit beiden Elternteilen die Möglichkeit, ohne großen finanziellen Verlust die häusliche
40 und die Care-Arbeit gerecht aufzuteilen. Für Arbeitgeber ergeben sich dann keine Unterschiede, ob
41 sie eine arbeitende Mutter oder einen arbeitenden Vater mit Kind bis zu 12 Jahren beschäftigen. Die
42 Geschlechterzugehörigkeit wird bei der Auswahl der Arbeitskräfte keine Rolle mehr spielen.

43

44

45

1 **AW 3 - Ein Ehrenamt ist Arbeit – Berücksichtigung für die Rente**
2 **jetzt!**

3

4 **Antragsteller:** OV Wilhelmshaven-Süd

5 **Beschluss:** Weiterleitung als Material für die Landtagsfraktion

6

7 Der SPD Landesverband Niedersachsen setzt sich innerhalb der Bundespartei dafür ein, dass ehren-
8 amtlich tätige Menschen ihre Arbeit im Ehrenamt zumindest anteilig auf die Rente angerechnet be-
9 kommen. Wer mindestens 5 Jahre nachweislich ehrenamtlich aktiv ist, soll alle fünf Jahre einen Ren-
10 tenpunkt erhalten.

11

12

13

14 **AW 4 - Gemeinsam gegen den Fachkräftemangel**

15

16 **Antragsteller:** Jusos Niedersachsen

17 **Beschluss:** Annahme in geänderter Fassung

18

19 In Zukunft sollen sich alle Unternehmen an der Ausbildung von dringend benötigten Fachkräften
20 beteiligen. Schließlich wäre es Ausbildungsbetrieben gegenüber nicht gerecht, die von ihnen ausge-
21 bildeten Fachkräfte anzuwerben, ohne selbst dafür zu sorgen, dass neue Fachkräfte auf den Markt
22 kommen. Daher wollen wir, dass künftig alle Betriebe ab einer mit den Sozialpartnern abgestimmten
23 Zahl von Mitarbeitenden, proportional zu ihrer Größe eine Abgabe in einen Ausbildungsfonds einzah-
24 len. Die Unternehmen erhalten aus diesem Fonds eine Summe für jede*n Auszubildende*n in ihrem
25 Betrieb. Folglich bekommen Unternehmen, die viel ausbilden, viel Geld aus dem Fonds, während Un-
26 ternehmen, die dieser Verantwortung nicht nachkommen, mehr zahlen. Für Betriebe aus Regionen
27 und Branchen, in denen es insgesamt an Bewerber*innen fehlt, sollen zwischen den Sozialpartnern
28 abgestimmte Lösungen entwickelt werden.

29

30

31

32 **AW 5 - Niedersachsen zum Wasserstoffland Nr.1 machen**

33

34 **Antragsteller:** Jusos Niedersachsen

35 **Beschluss:** Weiterleitung als Material an die Landtagsfraktion

36

37 Bis 2045 sollen Deutschland und das Land Niedersachsen klimaneutral werden. Um dieses Ziel er-
38 reichen zu können, muss der Ausbau erneuerbaren Energien vorangetrieben werden. Neben Solar-

1 und Windenergie wird auch Wasserstoff entscheidend dazu beitragen, die angestrebte Klimaneutralität zu erreichen. Wasserstoff ist als Energieträger flexibel einsetzbar. Besonders in der Stahl- und
2 Chemieindustrie kann Wasserstoff als klimaschonende Energiequelle eingesetzt werden, solange
3 der Wasserstoff mit erneuerbaren Energien im Elektrolyseverfahren gewonnen wird.
4

5 Niedersachsen beteiligt sich bereits an der norddeutschen Wasserstoffstrategie. Diese bündelt die
6 Synergien der 5 norddeutschen Bundesländer (Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpom-
7 mern, Bremen und Niedersachsen), um einen schnellen Ausbau einer Wasserstoff-Infrastruktur zu
8 gewährleisten. Hierbei wurde bereits eine Übersicht zur flächendeckenden Versorgung von Wasser-
9 stoff-Hubs erarbeitet. In Niedersachsen sind 6 solcher Hubs in Planung.

10 Der Netzentwicklungsplan Gas 2022 bis 2032 hat eine Umfrage nach der Erzeugung und dem Bedarf
11 von Wasserstoff durchgeführt. Dieser sieht vor, dass bis 2030 in Deutschland 23,7 GW, in Nord-
12 deutschland 14,4 GW und in Niedersachsen 7 GW an Elektrolysekapazität vorhanden sein muss. Aus
13 diesem Schlüssel geht hervor, dass über ein Drittel des benötigten Wasserstoffes für Deutschland
14 in Niedersachsen produziert werden muss. Niedersachsen nimmt also nicht nur generell bei erneu-
15 erbaren Energien eine Vorreiterrolle ein, sondern muss diese auch insbesondere bei der Wasser-
16 stoffentwicklung, -produktion und -versorgung einnehmen.

17 Damit dieses Ziel erreicht werden kann, brauchen wir einen zügigen Ausbau der Wasserstofftechno-
18 logien. Deswegen fordern wir:

- 19 • Einen Ausbau der Förderprogramme für Wasserstoffprojekte, die besonders größere Projekte för-
20 dern soll um einen schnelleren Ausbau eine Wasserstoff Infrastruktur zu erreichen
- 21 • Gezielt den Aufbau von großen Elektrolyseuren im industriellen Maße fördern
- 22 • Einen Ausbau des Niedersächsischen Wasserstoff-Netzwerkes, welches Projekte nicht nur för-
23 dern soll, sondern zukünftig auch Synergien der Projekte erreichen soll.
- 24 • Einen schnelleren Ausbau einer Wasserstoffinfrastruktur, um die angestrebten Klimazielen zu
25 erreichen.

26

27

28

29 **AW 6 - Bundesratsinitiative zur Vermögensteuer und zur Geltend-** 30 **machung der Einnahmeausfälle**

31

32 **Antragsteller:** OV Hannover Oststadt/Zoo

33 **Beschluss:** Weiterleitung als Material an die Bundestagsfraktion

34

35 Aus Gerechtigkeitsgründen und zur Stabilisierung der Staatsfinanzen wird die Vermögensteuer nach
36 dem Vermögensteuergesetz (VStG) in nun rechtmäßiger Weise wiederbelebt - erforderlichenfalls
37 über eines Gesetzesinitiative des Landes Niedersachsen im Bundesrat nach Art. 76 GG.

38 Vermögen oberhalb eines Freibetrages von 2 Millionen € wird wieder mit 1 % pro Jahr besteuert wer-
39 den. Grundlage der Berechnung der neu zu regelnden Steuer sind die Grundsätze, die das Bundes-
40 verfassungsgericht in seinem Beschluss vom 22.06.1995 (2 BvL 37/91) aufgestellt hat.

41 Die Missachtung der vom Bundesverfassungsgericht gesetzten Frist an den Bundesgesetzgeber für
42 eine gebotene Neuregelung bis zum 31.12.1996 hat zu Einnahmeausfällen bei den Bundesländern in
43 mindestens zweistelligen Milliardenbeträgen geführt; den entsprechenden finanziellen Anteil macht
44 das Land Niedersachsen als Forderung gegenüber dem Bund geltend, der Bund erstattet den Ländern
45 die Einnahmeausfälle.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42

AW 7 - Faire Strompreise – Preiszonen einführen!

Antragsteller: KV Grafschaft Bentheim

Beschluss: Weiterleitung als Material an die Landtagsfraktion

Die Einführung von verschiedenen Strompreiszonen in Deutschland wird beschlossen, um so die Strompreise für die Bürger*Innen im Norden Deutschlands fairer zu gestalten.

Die Mitglieder der SPD-Fraktion im Bundestag setzen sich für eine Einteilung Deutschlands in differenzierte Strompreiszonen ein. Es wird eine gesetzliche Grundlage für ein gerechteres System geschaffen, um einen weiteren wichtigen Beitrag für den Klimaschutz zu leisten.

AW 8 - Hightech-Jobs durch Qualifizierung in Niedersachsen halten

Antragsteller: Bezirk Hannover

Beschluss: Annahme

Die digitale Transformation erfasst alle Wirtschaftsbereiche. Nicht nur in Produktion und Gewerbe halten Künstliche Intelligenz, Mensch-Maschine-Schnittstellen und mehr Einzug, sondern auch die Entwicklungsdienstleisterbranche wird voll erfasst. Das gilt insbesondere für die Autoindustrie durch den schnellen Wandel vom Verbrennungsmotor zur Elektromobilität und vom einzelnen Fahrzeug zur vernetzten Mobilität.

Niedersachsen und insbesondere die forschungsintensive Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen-Wolfsburg sind für die Branche ein zentraler Standort, unter anderem mit tausenden Arbeitsplätzen des weltweit größten Entwicklungsdienstleisters. Hier wandeln sich die Themenfelder rasant. Während noch vor kurzem Komponenten für Fahrzeuge auf Verbrennerbasis entwickelt wurden, werden nun Softwareprodukte und neue Antriebsprodukte mit Einsatz erneuerbarer Energien und deren Speicherung verlangt. Beispielsweise müssen Prüflingenieur:innen in kurzer Zeit zu Software-Engineers oder Data Analysts weiterqualifiziert werden. Hierbei handelt es sich um Arbeitsplätze mit hohen Qualifikationsanforderungen, deren Erhalt auch zentral für die nachfolgende Wertschöpfungskette und damit Arbeitsplätze in Produktion und Vertrieb ist.

Im Bereich der Weiterbildung in der Transformation haben die jetzige und die vorige Bundesregierung unter SPD-Führung bereits viel auf den Weg gebracht, insbesondere das Qualifizierungschangengesetz und das Quali-KUG. Für Hightech-Jobs sind diese Instrumente allerdings in der Praxis derzeit kaum anwendbar. Ursache hierfür sind die Faktoren Zeit und Kosten: In der geforderte Qualifizierungszeit können nicht alle Elemente moderner Weiterbildung anerkannt werden und die Anerkennungsfähigen Kosten für die Maßnahmen liegen weit unter dem Kostensatz für Dozent:innen im Hochtechnologiebereich.

1 Vor diesem Hintergrund regen wir folgende Maßnahmen auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene an:

2 1. Im in Erarbeitung befindlichen Weiterbildungsgesetz sollte die Anerkennung aller Elemente
3 moderner Weiterbildung ermöglicht werden.

4 Konkret sollten in Anpassungsqualifizierungen nach SGB III i.H.v. 121 Unterrichtseinheiten auch be-
5 gleitende Lern- und Transferprojekte anerkennungsfähig sein. Berücksichtigt werden sollten Bau-
6 steine des informellen Lernens, Peer Trainings, begleitendes Lernen und E-Learning-Formate bzw.
7 Selbstlerneinheiten. Hierfür müsste in das Weiterbildungsgesetz eine Öffnungsklausel eingefügt
8 werden, die es der Bundesagentur für Arbeit ermöglicht, solche Lernformen künftig anzuerkennen.
9 Um sicherzustellen, dass die Qualifizierungsmaßnahmen nachhaltig die einzelne Beschäftigte:n in
10 ihrer Beschäftigungsfähigkeit fördert und damit Arbeitsplatzsicherheit gewährleistet, sollte die An-
11 erkennung von neuen Lernfeldern und -formen entweder durch eine Betriebsvereinbarung zwischen
12 Arbeitgeber und Betriebsrat oder durch einen Qualifizierungstarifvertrag mit der zuständigen Ge-
13 werkschaft abhängig sein.

14 2. Die Finanzierung und das Antrags- und Zertifizierungsverfahren für Hightech-Qualifizierun-
15 gen sollte besser und schneller gestaltet werden.

16 Durch die bestehenden Kostensätze sind Qualifizierungen im Hochtechnologiebereich kaum über
17 die Förderung nach dem Qualifizierungschancengesetz darstellbar. Für eine bessere Finanzierung
18 und schnellere Umsetzung sollte den Regionaldirektionen der Bundesagentur für Arbeit mehr Spiel-
19 raum für schnelle Akkreditierungs- und Kostenabweichungsverfahren sowie Pilotvorhaben gegeben
20 werden, beispielsweise durch ein gesetzlich abgesichertes Innovationsbudget für die einzelnen Re-
21 gionaldirektionen, dass diese in eigener Zuständigkeit einsetzen können.

22 3. Auf Landesebene sollte die bisherige Weiterbildungsförderung so umgestaltet werden, dass
23 Bundes- und Landesförderungen noch besser verzahnt werden, insbesondere für kleine und mittlere
24 Unternehmen (KMU).

25 Das bisherige Programm „Weiterbildung in Niedersachsen“ wird zum 30.06.2023 auslaufen. Ein
26 Nachfolgeprogramm sollte noch stärker eine Kombination mit dem Qualifizierungschancengesetz
27 ermöglichen. So hat beispielsweise das Land Bremen einen eigenen Qualifizierungsbonus finanziert
28 aus Landes- und EU-Mitteln ab Februar 2023 eingeführt, der bundesgeförderte Maßnahmen mit bis
29 zu 200 Euro pro Monat und Beschäftigte:r ergänzt, allerdings nur für un- und angelernte Arbeitneh-
30 mer:innen. Beispielsweise könnte ein niedersächsischer Qualifizierungsbonus eingeführt werden,
31 der nochmals erweitert allen Qualifikationsstufen eine Kofinanzierung ermöglicht.

32 4. Entscheidend für die Umsetzung und Finanzierung von erfolgreicher Weiterbildung in der
33 Transformation in Niedersachsen wird der Europäische Sozialfonds+ (ESF+) sein.

34 Bis 2027 erhalten Bund und Länder rund 6,56 Milliarden Euro aus dem ESF+, aus dem kombinierten
35 Programm EFRE und ESF+ stehen für Niedersachsen bis 2027 rund 1,06 Milliarden Euro zur Verfü-
36 gung. Im vom Land aufgelegten Programm stehen die Ziele der sozialen Gestaltung der Transforma-
37 tion und Gute Arbeit im Vordergrund. Entscheidend ist nun, dass aus dem Rahmen konkrete Förder-
38 programme im Einvernehmen mit den Sozialpartnern für Niedersachsen entwickelt werden, die Ver-
39 netzung und unterstützende Finanzierung mit Angeboten der Bundesagentur für Arbeit ermöglichen,
40 um konkurrierende Förderprogramme zu vermeiden und stattdessen einen Hebeleffekt zu erreichen.

41

42

1 **Bauen & Wohnen**

2 **BA1 - Anpassung des Niedersächsisches Wohnraumförderungsgesetz** 3 **(NWoFG) Richtlinie zur Durchführung der sozialen Wohnraumförde-** 4 **rung in Niedersachsen**

5
6 **Antragsteller:** OV Meppen

7 **Beschluss:** Weiterleitung an den Landesparteirat

8

9 Wir fordern das NWoFG anzupassen und die Förderung des sozialen Wohnungsbaus zu verstärken.

10 Dazu sollten zwei Komponenten in dem Gesetz verändert bzw. ergänzt werden:

- 11 - Anpassung der Mietobergrenzen
- 12 - Einbindung einer Komponente für energetischen Bauen

13 **Begründung:**

14 Wohnen entwickelt sich immer mehr zur einer der zentralen Sozialen Fragen in Niedersachsen. Die
15 stark angestiegenen Nebenkosten setzen immer mehr Bürger wirtschaftlich unter Druck. Günstiger
16 und energetisch vertretbarer Wohnraum steht vielfach nicht mehr zur Verfügung. In Niedersachsen
17 ist ein flächendeckender Rückgang von Wohnungen mit Mietpreisbindungen zu beobachten.

18 Zeitgleich ist aktuell in dem Sektor kaum noch Bautätigkeit zu verzeichnen. Durch den starken An-
19 stieg der Grundstückpreise und der Baukosten, sind Investitionen im Sozialen Wohnungsbau wirt-
20 schaftlich nicht mehr lukrativ.

21 Die derzeitige Mietobergrenze für die Förderung nach Niedersächsisches Wohnraumförderungsgesetz
22 durch die NBank liegt bei 5,60 € pro m². Dieser Mietzins liegt vielerorts bereits deutlich unter den
23 geförderten Obergrenzen nach dem SGB II oder SGB VII. In den meisten niedersächsischen Kommu-
24 nen werden Mieten von 6-9 € inzwischen als Mietobergrenzen für angemessene Unterkunftskosten
25 akzeptiert. Auch die Obergrenzen im Wohngeldgesetz liegen deutlich höher. Im

26 Schnitt liegt die Mietobergrenze bei Wohnung von 50 m² bei einer Einzelperson und Mietstufe 1 be-
27 reits bei 6,94€.

28 Wir fordern die Anpassung der Obergrenze an die durchschnittlichen Obergrenzen nach dem SGBII.

29 Vorstellbar wäre auch die Orientierung an den Vorgaben des Wohngeldgesetzes und den jeweiligen
30 Mietstufen.

31 Um im Sozialen Wohnungsbau energetischen Bauen zu fördern, sollten weitere Anreize im Nieder-
32 sächsisches Wohnraumförderungsgesetz eingebunden werden. Der Anteil der Energiekosten an den
33 Wohnraumkosten nimmt aktuell dramatisch zu. Die vorgegebene niedrige Mietobergrenze verhin-
34 dert die kostenintensive energetische Ausrichtung im Sozialen Wohnungsbau. Wir fordern daher das
35 energetische Bauen über das Wohnraumförderungsgesetz besonders zu fördern. Sofern Investoren im
36 KfW 40 Standard bauen, sollte dies mit höheren Tilgungszuschüsse zu Baubeginn oder alternativ
37 durch eine höhere Mietobergrenze besonders gefördert werden.

38 Durch die Veränderungen im Niedersächsisches Wohnraumförderungsgesetz würde der soziale Woh-
39 nungsbau für Investoren wieder wirtschaftlich attraktiver werden. Durch die Einbindung einer Kom-
40 ponente für energetischen Bauen könnten die Energiekosten für Einkommensschwache Haushalte
41 reduziert und gleichzeitig ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden.

1

2

3

4 **BA2 - Abschaffung der Zulässigkeit von Indexmieten**

5

6 **Antragsteller:** OV Hannover Oststadt/Zoo

7 **Beschluss:** Weiterleitung an den Landesparteirat

8

9 Die Regelung des § 557b BGB, der die Zulässigkeit von Indexmietverträgen regelt, wird aufgehoben.

10 **Begründung:**

11 Im Interesse der Vermieterseite wurde die Regelung des § 557b BGB eingeführt, der auch in Zeiten
12 hoher Inflation sicherstellt, dass die Realmieten nicht sinken.

13 Die dadurch geschaffene Möglichkeit, die Miete selbst dann zu erhöhen, wenn sie bereits über der
14 ortsüblichen Vergleichsmiete liegt, stellt eine ungerechtfertigte Besserstellung der Vermieterseite
15 dar, deren Einkünfte in den letzten 25 Jahren ohnehin exorbitant gestiegen sind.

16 Im öffentlichen Interesse der Zurverfügungstellung bezahlbaren Wohnraums ist diese Regelung da-
17 her ersatzlos zu streichen.

18

19

20

21 **BA3 - Beschränkung von Modernisierungsmieterhöhungen**

22

23 **Antragsteller:** OV Hannover Oststadt/Zoo

24 **Beschluss:** Weiterleitung an den Landesparteirat

25

26 A) Die Regelung des § 559 Abs.1 BGB, der die Zulässigkeit von Modernisierungsmieterhöhungen re-
27 gelt, wird dahingehend abgeändert, dass sich die Möglichkeit der Erhöhung der jährlichen Miete auf
28 maximal 4 Prozent der für die Wohnung aufgewendeten Kosten beschränkt.

29 B) Im § 559 BGB wird ferner ein Abs. 5a eingefügt:

30 „Die Erhöhung der Miete ist vom Vermieter wieder zurückzunehmen, sobald die Kosten für die Mo-
31 dernisierungsmaßnahme gedeckt sind, in der Regel nach spätestens 25 Jahren.“

32 **Begründung:**

33 Im öffentlichen Interesse der Zurverfügungstellung bezahlbaren Wohnraums ist diese Regelung da-
34 her entsprechend anzupassen. Früher konnten 11 % der Kosten umgelegt werden, auf Initiative der
35 SPD wurde diese Umlegungsmöglichkeit im Rahmen der Großen Koalition auf 8 % beschränkt.

1 Dennoch erfolgen weiterhin breitflächig Mieterhöhungen, mit denen sich die Vermietenden ihre
2 werterhöhenden Modernisierungsmaßnahmen von der Mieterseite bezahlen lassen, die nach aktu-
3 ellem Recht (8 % Umlegung) nach 12,5 Jahren die Modernisierung und Wertsteigerung vollständig
4 abbezahlt haben kann.

5 Da diese Modernisierungsmieterhöhungen zusätzlich zu anderen Mieterhöhungen hinzutreten
6 kann, kommt es für viele Mietende zu unzumutbaren Belastungen, die für sie nicht mehr tragbar
7 sind.

8 Mit der vollständigen Erstattung der Kosten der Modernisierungsmaßnahme durch die Mieterseite
9 entfällt der rechtfertigende Grund für die Erhöhung mit der Folge, dass diese Erhöhungen ab diesem
10 Zeitpunkt mit Wirkung für die Zukunft zurückzunehmen sind.

11

12

13

14 **BA4 - Mietenstopp**

15

16 **Antragsteller:** OV Hannover Oststadt/Zoo

17 **Beschluss:** Weiterleitung an den Landesparteirat

18

19 Der Bundesgesetzgeber führt einen Mietenstopp ein, der entsprechend des Berliner Gesetzes zur
20 Mietenbegrenzung im Wohnungswesen vom 11.02.2020 im BGB entsprechende Regelungen einführt,
21 die sowohl u.a. einen Mietenstopp mit Genehmigungsvorbehalt vorsehen als auch einen Tatbestand
22 für Ordnungswidrigkeiten für die Erhebung überhöhter Mieten und weiterer Gesetzesverstöße.

23 **Begründung:**

24 In Jahrzehnten exorbitanter Steigerungen der Wohnraummieten zunächst in Großstädten, mittler-
25 weile auch deutlich darüber hinaus, ist für die MieterInnenseite der Wohnkostenanteil am verfügba-
26 ren Einkommen im Durchschnitt deutlich angestiegen.

27 Viele Mitmenschen müssen damit ihre mühevoll erworbenen Erwerbseinkünfte zum erheblichen Teil
28 den Vertragspartnern am Wohnungsmarkt zur Verfügung stellen, die in den letzten Jahren infolge
29 exorbitanter Mieterhöhungen bzw. starken Mietsteigerungen bei der Neuvermietung von Wohnraum
30 Rekordeinnahmen erzielen konnten.

31 Vor dem Hintergrund steigender Zinsen und derzeit leicht sinkender Nachfrage im Bereich des Kaufs
32 von Immobilien bekommt die Nachfrage bei der Vermietung von Wohnraum nochmals eine beson-
33 dere Dynamik.

34 Da Wohnen nicht zum Luxus werden darf, sind alle im Mietverhältnis wohnenden Mitmenschen da-
35 rauf angewiesen, dass bis auf weiteres ein Mietenstopp eingeführt wird.

36 Nach dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 25.03.2021 (2 BvF 1/20,

37 2 BvL 4/20, 2 BvL 5/20) dürfen diese Regelungen derzeit nicht von den Bundesländern, sondern nur
38 vom Bund getroffen werden.

39 Vor dem Hintergrund des Sozialstaatsprinzips nach Art. 20 Abs.1 GG und der Sozialpflichtigkeit des
40 Eigentums nach Art 14 Abs.2 GG sind diese Regelungen zur Vermeidung von massenhafter Armut und
41 Wohnungslosigkeit geboten.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44

BA5 - Förderung der Kreislaufwirtschaft im Bausektor in Niedersachsen

Antragsteller: KV Emsland

Beschluss: Weiterleitung an den Landesparteirat

Alle Neu- und Umbauvorhaben sowie sonstige bauliche Sanierungen des Landes Niedersachsen sollen nach den Kriterien der Kreislaufwirtschaft ausgeschrieben und errichtet werden. Dabei sollen folgende Kriterien erfüllt werden:

- Verwendung von wiederverwendbaren oder recycelbaren Baustoffen /-materialien.
- Vermeidung von Sondermüll und anderen Abfallprodukten.
- Minimierung von Transportwegen und Energieverbrauch bei der Herstellung und Verarbeitung von Baustoffen.
- Berücksichtigung von Möglichkeiten zur späteren De- oder Remontage von Bauelementen zur Reduktion von Abfall bei Demontage und Abriss.
- Vermeidung von Abfällen durch eine effiziente Materialplanung und Abfallvermeidung bereits in der Planungsphase.
- Wiederverwendung und Wiederaufbereitung von Baustoffen.
- Berücksichtigung der ökologischen und sozialen Auswirkungen der Bauprojekte, beispielsweise durch die Verwendung umweltverträglicher Materialien und die Einhaltung sozialer Standards bei der Beschaffung von Bauleistungen und Materialien.

Begründung:

Die Kreislaufwirtschaft im Bausektor ist von großer Bedeutung, wertvolle Ressourcen werden geschont und erhalten und Umweltschäden vermieden. Die Verwendung von recycelten oder wiederverwendbaren Baustoffen führt zu einer Verringerung des Abfallaufkommens (z.B. Sondermüll) und zu einer Reduzierung der CO₂-Emissionen, die derzeit bei der Entsorgung von Bauabfällen und der Herstellung von neuen Baustoffen entstehen.

Die wiedergewonnenen Baumaterialien können auf verschiedene Weise wiederverwertet werden, beispielsweise durch Recycling, Wiederaufbereitung oder Wiederverwendung. Dies kann auch zur Förderung der lokalen Wirtschaft beitragen, da lokale Unternehmen und Handwerker für die Wiederaufbereitung und Wiederverwertung von Baustoffen eingesetzt werden können.

Es gibt bereits viele öffentliche Gebäude, die nach den Kriterien der Kreislaufwirtschaft errichtet wurden. Das „Haus der Materialisierung“ in Berlin ist ein überzeugendes Beispiel für ein Gebäude, das aus recycelten Materialien errichtet wurde.

In den Niederlanden wurde das Stadtverwaltungsgebäude der Gemeinde Venlo nach dem Prinzip der Kreislaufwirtschaft geplant und erbaut. Auch das Europa-Haus, Hauptsitz des Europäischen Rates und des Rates der EU in Brüssel, ist ein gutes Beispiel für den Einsatz wiederverwertbarer Baustoffe: Für die Fassadengestaltung wurden restaurierte Holzfensterrahmen verwendet, die von renovierten oder abgerissenen Gebäuden in der EU stammen.

Die Europäische Union hat bereits Gesetze und Vorschriften zur Kreislaufwirtschaft im Baubereich erlassen, beispielsweise die „Bauproduktenverordnung“, die überarbeitet und modernisiert werden

- 1 soll und die "Abfallrahmenrichtlinie". Außerdem verfolgt die EU den "Aktionsplan für die Kreislauf-
- 2 wirtschaft" als einen wichtigen Baustein des europäischen "Green Deals".
- 3 Auf Bundesebene gibt es Förderungen für die Umsetzung der Kreislaufwirtschaft im Baubereich, bei-
- 4 spielsweise das "Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand" (ZIM) des Bundesministeriums für
- 5 Wirtschaft und Klimaschutz. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) informiert über erfolgreiche
- 6 Initiativen der Kreislaufwirtschaft, daraus kann geschlossen werden, dass auch über die KfW Förde-
- 7 rungen für die Baubranche möglich sind.
- 8 In Niedersachsen können kleine und mittelständische Unternehmen bei der NBank Förderanträge
- 9 stellen im Bereich betrieblicher Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft.
- 10 Das Land Niedersachsen auf dem Weg zum Energieland Nr. 1 kann auch beim Thema Kreislaufwirt-
- 11 schaft in der Baubranche eine Vorreiterrolle übernehmen und ein deutliches Signal für mehr Nach-
- 12 haltigkeit setzen.
- 13 *Quellen und weiterführende Links:*
- 14 EU-Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft:
- 15 <https://ec.europa.eu/environment/circular-economy/>
- 16 Wie will die EU bis 2050 eine Kreislaufwirtschaft erreichen?
- 17 [https://www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/society/20210128STO96607/wie-will-die-eu-](https://www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/society/20210128STO96607/wie-will-die-eu-bis-2050-eine-kreislaufwirtschaft-erreichen)
- 18 [bis-2050-eine-kreislaufwirtschaft-erreichen](https://www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/society/20210128STO96607/wie-will-die-eu-bis-2050-eine-kreislaufwirtschaft-erreichen)
- 19 Kreislaufwirtschaft in der EU:
- 20 <https://eur-lex.europa.eu/DE/legal-content/glossary/circular-economy.html>
- 21 EU-Abfallrichtlinie:
- 22 <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=legissum:ev0010>
- 23 Zentrales Innovationsprogramm Mittelstand:
- 24 <https://www.zim.de/ZIM/Navigation/DE/Home/home.html>
- 25 KfW: Dossier Kreislaufwirtschaft:
- 26 <https://www.kfw.de/stories/dossier-kreislaufwirtschaft.html>
- 27 NBank: Förderprogramm Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft:
- 28 [https://www.nbank.de/F%C3%B6rderprogramme/Aktuelle-F%C3%B6rderprogramme/Ressourceneff-](https://www.nbank.de/F%C3%B6rderprogramme/Aktuelle-F%C3%B6rderprogramme/Ressourceneffizienz-und-Kreislaufwirtschaft.html)
- 29 [izienz-und-Kreislaufwirtschaft.html](https://www.nbank.de/F%C3%B6rderprogramme/Aktuelle-F%C3%B6rderprogramme/Ressourceneffizienz-und-Kreislaufwirtschaft.html)
- 30 Europa-Gebäude (Hauptsitz des Europäischen Rates und des Rates der EU): [https://www.consi-](https://www.consilium.europa.eu/de/contact/address/council-buildings/europa-building/)
- 31 [lium.europa.eu/de/contact/address/council-buildings/europa-building/](https://www.consilium.europa.eu/de/contact/address/council-buildings/europa-building/)
- 32 Stadtverwaltungsgebäude Gemeinde Venlo:
- 33 <https://c2cvenlo.nl/de/stadtverwaltung-venlo/>
- 34 Circular Viaduct, Niederlande:
- 35 <https://www.circulairviaducten.nl/>
- 36 Haus der Materialisierung, Berlin:
- 37 <https://hausdermaterialisierung.org/>
- 38 Open AI:

1 <https://chat.openai.com/>

2

3

4

5 **BA6 - Stärkerer Schutz vor Eigenbedarfskündigungen**

6

7 **Antragsteller:** OV Hannover Oststadt/Zoo

8 **Beschluss:** Weiterleitung an den Landesparteirat

9

10 Der Bundesgesetzgeber wird ggf. über eine Bundesratsinitiative aufgefordert, zivilrechtlich die Voraussetzungen für Zulässigkeit von Eigenbedarfskündigungen von Wohnraum deutlich anzuheben
11 und einen Straftatbestand im Strafgesetzbuch zu entwickeln, der das missbräuchliche Vortäuschen
12 der Voraussetzungen für die Zulässigkeit einer Eigenbedarfskündigung unter Strafe stellt.
13

14 **Begründung:**

15 Eigenbedarfskündigungen von Wohnraum werden immer öfter von Vermieterseite ausgesprochen,
16 um bei der Neuvermietung deutlich höhere Mieten zu vereinbaren, ohne dass tatsächlich eine Eigen-
17 bedarfssituation gegeben ist.

18 Eine weitere beliebte Methode ist die Benutzung einer tatsächlich gegebenen Eigenbedarfssituation,
19 um gleich eine Mehrzahl an Eigenbedarfskündigungen auszusprechen.

20 Zur Vermeidung solcher für die Mieterseite häufig existenzgefährdenden Situationen sollte ein stärkerer
21 gesetzgeberischer Mieterschutz den sozialen Frieden sichern.

22

23

24

25 **Bildungspolitik**

26 **B1 - Bauliche und digitale Schulausstattung**

27

28 **Antragsteller:** UB Osnabrück-Stadt

29 **Beschluss:** Weiterleitung an den Landesparteirat

30

31 Die SPD Landtagsfraktion wird dazu aufgefordert, die Schulbaurichtlinie an baulichen und digitalen
32 Anforderungen in Schulen und an zeitgemäßen pädagogischen Konzepten auszurichten.

33 **Bauliche Ausstattungen:**

- 34 • Funktionsräume zur Differenzierung, für Fachräume und Räume für Eltern-gespräche.
35 • Pausen- und Rückzugsräume für Beschäftigte sowie Schüler*innen
36 • persönliche Arbeitsplätze für Lehrende

37

1 **Digitale Ausstattungen:**

- 2 • technische Wartung und Betreuung für die digitale Ausstattung schaffen,
- 3 • den Lehrenden Hardware bereitstellen,
- 4 • den Datenschutz gewährleisten,
- 5 • Fortbildungen für Lehrende anbieten,
- 6 • unabhängige Medienkonzerne nutzen und fördern
- 7 • die digitale Ausstattung an die pädagogischen Konzepte anpassen.

8 **Begründung:**

9 Die Aula ist wegen Einsturzgefahr gesperrt. Es regnet mal wieder durch das Flachdach. Schadstoffe,
10 Feinstaub, Schimmel und Lärm verursachen gesundheitliche Beschwerden. Gutes Lernen aber
11 braucht ein gesundes bauliches Umfeld. Die Beseitigung von offensichtlichen Bau-mängeln kann
12 daher nur der Anfang sein!

13 Moderne Lernformen, der Ausbau von Ganztageeinrichtungen und Inklusion schaffen zusätzliche
14 Anforderungen an Gebäude und Ausstattung. Allen Bildungsbeteiligten sollte Raum gegeben werden,
15 sich weiterzuentwickeln. Dazu braucht es Lernorte für große, aber auch kleine Gruppen, für unter-
16 schiedliche Lernformen, Lesecken, Rückzugsmöglichkeiten und Aufenthaltsräume, aber auch
17 Räume für alle Fachkräfte zur Vorbereitung, zum Austausch und zum Ausruhen. Und Ganztage kann
18 nur mit einer Mensa klappen, die groß genug ist und gesundes Essen für alle anbietet. Er braucht ein
19 spezielles Raumkonzept. So aber sieht die Realität aktuell leider nicht aus!

20 Nachholbedarf und Handlungsdruck bestehen bei der Digitalisierung genug. Sie muss vom pädago-
21 gischen Anspruch hergedacht werden: Nicht Laptops und Whiteboards um ihrer selbst willen sind
22 die Lösung aller Probleme, sondern die Anschaffung der „Hardware“, die die moderne Pädagogik tat-
23 sächlich benötigt.

24 Die Bundesregierung hat 3,5 Mrd. Euro für ein Schulsanierungsprogramm und 5 Mrd. Euro für den
25 „DigitalPakt Schule“ zur Verfügung gestellt. Dennoch hat sich der Sanierungs- und Investitionsstau
26 bei Schulen und Weiterbildung laut der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) nochmals vergrößert.
27 Hier liegt er mittlerweile bei 47,7 Mrd., bei der Kleinkindbetreuung bei 7,6 Mrd. und den Hochschulen
28 bei bis zu 50 Mrd. Die Kämmerer*innen in den Städten und Gemeinden raufen sich wegen der Her-
29 ausforderungen die Haare.

30 Egal ob Unterhalt, Sanierung oder Neubau hat im Sinne der Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen
31 zu gelten: Die Lernorte müssen sich den Anforderungen zeitgemäßer pädagogischer Konzepte an-
32 passen!

33 Mehr Geld für Bildung! Sanierungsstau aufheben! Zeitgemäße Bildungsgebäude ermöglichen!

34 Quelle:

35 https://www.gew.de/fileadmin/media/publikationen/hv/Bildung_und_Politik/Bildungsfinanzierung/Bildung_weiter_denken/2019_05_Flyer_Gebaeude_web.pdf

37 <https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/kinder-wuenschen-sich-modernere-architektur-und-ausstattung-ihrer-schule>

39 <https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/wie-digital-sind-deutschlands-schulen>

40 https://www.gew.de/fileadmin/media/publikationen/hv/Bildung_und_Politik/Bildungsfinanzierung/Bildung_weiter_denken/2018_09_24_Ergebnisse_Mitgliederbefragung_Gebaeude.pdf

42 https://www.gew.de/fileadmin/media/publikationen/hv/Bildung_und_Politik/Bildungsfinanzierung/Bildung_weiter_denken/2018-09-24_Infografik-Mitgliederbefragung.pdf

44

1

2

3

4 **B2 - Erhalt von Sprachlernklassen**

5

6 **Antragsteller:** UB Oldenburg-Land

7 **Beschluss:** Weiterleitung an den Landesparteirat

8

9 Wir beantragen den Erhalt von Sprachlernklassen an öffentlichen Schulen, um den Spracherwerb
10 und die Integration von Kindern nichtdeutscher Herkunftssprache in einem geschützten Rahmen zu
11 fördern.

12 **Begründung:**

13 Deutschland ist ein Einwanderungsland und sollte eine Willkommenskultur bieten, welche die In-
14 tegration in die Gesellschaft durch das gezielte Erlernen der deutschen Sprache ermöglicht.

15 Die Abschaffung von Sprachlernklassen hat sich nicht bewährt. Der schnellste Weg zur Integration
16 in einem fremden Land ist die Sprache. In einer Regelklasse haben die Kinder zwar mehr Kontakt
17 untereinander, können aber den Unterrichtsinhalten nur selten oder gar nicht folgen. Die Teilnahme
18 ist bezüglich des schnellen Erlernens einer Fremdsprache inklusive Schreibfertigkeit nicht zielfüh-
19 rend und erschwert auch die Eingewöhnung in ein regelmäßiges Schulsystem, das besonders ge-
20 flüchteten Kinder oft noch unbekannt ist. In einer Sprachlernklasse hingegen kann jedes Kind durch
21 Erwerb des Grundwortschatzes individuell auf den später vorgesehenen Besuch einer Regelklasse
22 vorbereitet werden, da der Spracherwerb im Vordergrund steht. Soziale Kontakte und weitere Sprach-
23 kenntnisse können bei der sukzessiven auszubauenden Teilnahme an Fächern wie Kunst, Musik,
24 Sport und in den Pausen erworben werden.

25

26

27

28 **B3 UB Oldenburg-Land - Pflichtkurse zur Ersten Hilfe ab der weiter-** 29 **führenden Schule für alle Jahrgänge**

30

31 **Antragsteller:** UB Oldenburg-Land

32 **Beschluss:** Weiterleitung an den Landesparteirat

33

34 Niedersachsen sollte für alle weiterführenden Schulen einmal im Jahr, mindestens aber alle zwei
35 Jahre, einen Erste-Hilfe-Kurs für Schüler*innen anbieten. Dieser Kurs sollte für alle Schüler*innen
36 verpflichtend sein.

37 **Begründung:**

38 Auch Jugendliche sollten in der Lage sein, die Grundkenntnisse

39 der Ersten Hilfe im Notfall anwenden zu können. Viele junge Leute

1 beschäftigen sich das erste Mal mit diesem Thema, wenn sie den Führerschein machen, was frühes-
2 tens mit 17 Jahren der Fall ist. Daher wäre es wünschenswert, dass die Schulen durch eine externe
3 (oder auch interne, vielleicht Sportlehrer*innen?) Lehrkraft mit den Schülern*innen einmal im Jahr,
4 mindestens aber alle zwei Jahre, einen erste Hilfe Kurs in den Klassen aller Jahrgänge durchführen
5 lassen. Damit das Interesse der Schüler*innen geweckt wird, sollte es sich dabei um eine Pflichtver-
6 anstaltung handeln.

7

8

9

10 **B4 - Queere Bildung fördern**

11

12 **Antragsteller:** UB Osnabrück-Stadt

13 **Beschluss:** Weiterleitung an den Landesparteirat

14

15 Wir fordern die Aufklärung über verschiedene Formen von Sexualität und Geschlechtsidentitäten
16 sowie eine nicht nur auf die Empfängnis fokussierte Verhütung und nicht-traditionelle“ Familienbil-
17 der in das Kerncurriculum des Sachunterrichts an Grundschulen aufzunehmen.

18 **Begründung:**

19 erfolgt mündlich

20

21

22

23 **B5 - Homeschooling und Onlinekonferenzen als Ausbildungsinhalt** 24 **der Lehrer*innen-Ausbildung**

25

26 **Antragsteller:** Bezirk Weser-Ems

27 **Beschluss:** Weiterleitung an den Landesparteirat

28

29 Der Landesparteitag fordert den Landesvorstand der SPD Niedersachsen auf, sich dafür einzusetzen,
30 dass die Landesregierung (hier. MK – Kultusministerium – und MWK – Wissenschaftsministerium)
31 die Lehrkräfteausbildung, unter dem Aspekt des derzeitigem Homeschooling bzw. Distancelearning
32 und Onlinekonferenzen, in den Fokus nimmt. Studierende und angehende Lehrkräfte müssen im
33 Umgang mit der Hardware und der dazugehörigen Software entsprechend ausgebildet sein.

34 Dazu muss für die entsprechende Infrastruktur an den Hochschulen und Studienseminaren gesorgt
35 werden, um den Studierenden sowie den angehenden Lehrkräften umgehend zielgerichtete Ausbil-
36 dungsinhalte im Bereich der (verantwortungsvollen) Anwendung der digitalen Medien und dem Da-
37 tenschutz vermitteln zu können. Hierzu sind in jedem Fach medienpädagogische und mediendidak-
38 tische Module in der Ausbildung vorzuhalten, um zu lernen, wie Unterricht mit digitalen Medien
39 funktioniert.

1 Unabhängig von diesen Forderungen ist dafür Sorge zu tragen, dass für die bereits in Schule Tätigen
2 die 10-Punkte-Agenda des MK umgehend umgesetzt wird.

3

4

5

6 **B6 - Zukunftstag – dein Crashkurs fürs Leben**

7

8 **Antragsteller:** Bezirk Weser-Ems

9 **Beschluss:** Weiterleitung an den Landesparteirat

10

11 Die Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass in Abschlussklassen der allge-
12 meinbildenden Schulen und der berufsbildenden Schulen ein Projekttag „Zukunftstag - dein Crash-
13 kurs fürs Leben“ für Schülerinnen und Schüler regelmäßig durchgeführt wird. Der Kultusminister
14 wird gebeten die notwendigen Maßnahmen hierfür einzuleiten und die Schulen in der Durchführung
15 zu unterstützen.

16

17

18

19 **B7 - Stärkung der Kompetenzzentren für Fortbildung**

20

21 **Antragsteller:** Bezirk Weser-Ems

22 **Beschluss:** Weiterleitung an den Landesparteirat

23

24 Die Landtagsfraktion wird aufgefordert die niedersächsischen Kompetenzzentren in ihrer Arbeit zu
25 unterstützen. Sie setzt sich daher für eine auf Dauer verlässliche Finanzierung ein, damit die Aufga-
26 ben für die Fortbildung der an Schule Tätigen zuverlässig wahrgenommen werden können.

27

28

29

30 **B8 - Verbesserung der Erzieher:innenausbildung**

31

32 **Antragsteller:** Bezirk Weser-Ems

33 **Beschluss:** Weiterleitung an den Landesparteirat

34

35 Der Landesparteitag fordert die Landtagsfraktion auf, sich schnellstmöglich für ein dualisiertes
36 Ausbildungssystem für Er-zieher*innen und sozialpädagogische Assistenzkräfte in Kindertages-

1 stätten einzusetzen. Dadurch soll insbesondere die Zahlung einer Vergütung während der Ausbil-
2 dungszeit sichergestellt werden. Die entstehenden Aufwendungen werden im Rahmen der Allge-
3 meinen Finanzhilfe nach dem NKiTaG gefördert.

4

5

6

7 **B9 - Verstetigung des Beratungs- und Bildungsangebotes für Mig-** 8 **rant:innen**

9

10 **Antragsteller:** UB Wesermarsch

11 **Beschluss:** Weiterleitung an den Landesparteirat

12

- 13 1. Die Landes-SPD setzt sich dafür ein, dass Beratungsangebote für Migrant:innen verstetigt wer-
14 den, indem eine auskömmliche grundständige Finanzierung für die Träger bereitgestellt wird.
15
- 16 2. Die Landes-SPD setzt sich für einen langfristigen Ausbau der Bildungsangebote, insbesondere für
17 den Erwerb von Sprachkenntnissen sowie einem Gesellschaftsunterricht, für Migrant:innen ein.
18 Personal in der Erwachsenenbildung ist hierfür unbefristet nach TVÖD einzustellen. Zudem sollte
19 überprüft werden, inwiefern die Qualifikationsanforderungen an das Lehrpersonal an die tatsäch-
20 lichen Bedarfe angepasst werden können.

21 Diese Forderungen beziehen sich nicht nur auf Geflüchtete, sondern auf alle Migrant:innen – auch
22 aus dem Schengenraum.

23 **Begründung:**

24 Deutschland ist ein Einwanderungsland. Dies zeigt sich nur in den Fluchtbewegungen der vergange-
25 nen Jahre, sondern auch im Zuzug aus Schengenländern und sog. Drittstaaten. Menschen die nach
26 Deutschland kommen und hierbleiben wollen, muss schnell und nachhaltig ein dauerhafter Aufent-
27 halt ermöglicht werden. Der Schlüssel für eine dauerhafte Integration liegt in der Bildung und insbe-
28 sondere in guten Sprachkenntnissen. Die hierfür vorhandenen Bildungsangebote sind allerdings
29 hoffnungslos unterfinanziert und daher nicht ausreichend vorhanden. Die beruflichen Perspektiven
30 für potentielle Lehrkräfte sind – wie in der gesamten Erwachsenenbildung – prekär. Eine schlechte
31 Bezahlung und (Ketten-)Befristungen sind üblich. So überrascht es nicht, dass in einem ohnehin
32 leergefegten Arbeitsmarkt im Bildungssektor das notwendige Personal fehlt. Diese Personalnot wird
33 verstärkt durch einen hohen Qualifikationsanspruch an potenzielles Personal. Hier sollte geprüft
34 werden, inwiefern solche Anforderungen, die bspw. von den Jobcentern vorgegeben werden, den tat-
35 sächlichen Notwendigkeiten entsprechen.

36 Dass Ehrenamtliche den umfangreichen Beratungsbedarf ankommender Menschen zu bewältigen
37 versuchen ist bewundernswert und Bedarf unseres Dankes. Ehrenamt darf aber staatliche Pflicht-
38 aufgaben, auch in diesem Bereich, nicht ersetzen, sondern höchstens ergänzen und bereichern. Da-
39 mit die zahlreichen Träger ihren Aufgaben noch besser und in hauptamtlichen Strukturen nachkom-
40 men können, bedarf es daher einer dauerhaften und verlässlichen Finanzierung ihrer Angebote.

41 Zahlreiche Herausforderungen, vor denen die Gesellschaft aktuell durch den Krieg in der Ukraine ge-
42 stellt wird, wurden in der sogenannten Flüchtlingskrise 2015/16 bereits angegangen, deren Finanzie-
43 rung dann aber in den Folgejahren wieder eingestellt. Dies darf sich nicht wiederholen.

1 Die SPD setzt sich für Freiheit, Gleichheit und Solidarität in der Gesellschaft ein. Diese Werte garan-
2 tieren Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in Deutschland. Sie konstituieren sich durch eine
3 breite Teilhabe – sie muss allen Menschen in Deutschland zur Verfügung gestellt werden.

4

5

6

7 **B10 - Klassenassistenz für alle niedersächsischen Grundschulklas-** 8 **sen**

9

10 **Antragsteller:** OV Wilhelmshaven-Süd

11 **Beschluss:** Weiterleitung an den Landesparteirat

12

13 Die Landtagsfraktion möge sich dafür einsetzen, dass alle niedersächsischen Grundschulklassen
14 eine beim Land Niedersachsen fest angestellte Klassenassistenz erhalten, damit die inklusive Be-
15 schulung aller Grundschul Kinder gewährleistet werden kann.

16 **Begründung:**

17 Bildung und Inklusion für alle Schülerinnen und Schüler in Grundschulklassen kann nur gelingen,
18 wenn die Lehrkräfte im Unterricht durch eine qualifizierte Klassenassistenz unterstützt werden. Eine
19 Assistenzkraft hilft Störungen des Unterrichtsalltags zu verringern und ein lernförderliches Mitei-
20 nander der Kinder zu fördern. Darüber hinaus vermag sie sich einzelnen Kindern zuzuwenden, wenn
21 es individuelle Probleme im Unterricht oder im schulischen Miteinander gibt.

22

23

24

25 **B11 - Klassenassistenz an Grundschulen**

26

27 **Antragsteller:** OV Gifhorn

28 **Beschluss:** Weiterleitung an den Landesparteirat

29

30 An allen Grundschulen in Niedersachsen soll zusätzlich zur Lehrkraft eine weitere pädagogisch aus-
31 gebildete Person in den Klassen eingesetzt werden, um so die Inklusion umzusetzen und alle Kinder
32 in den Klassen nach dem jeweiligen persönlichen Bedarf zu fördern.

33 **Begründung:**

34 Die inklusive Beschulung aller Schülerinnen und Schüler mit einem vielfältigen Förderbedarf ist für
35 eine Lehrkraft allein insbesondere in der Grundschule nicht zu schaffen. Kinder mit einem sozialen
36 und emotionalen Förderbedarf benötigen häufig die volle Aufmerksamkeit einer Person. Das kann
37 die Lehrkraft nicht leisten, wenn sie allein ist, z. B. „Weglauf-Kinder“. Die Alternative hierzu ist eine
38 Schulbegleitung. Die Begleitung eines Kindes durch einen Erwachsenen stigmatisiert dieses Kind
39 und kann zur Ausgrenzung führen. Es ist für die anderen Kinder in der Klasse nicht einsichtig, warum
40 sich dieser Erwachsene nicht auch um die anderen Kinder kümmern darf.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36

B12 - Einzügige Lehrerausbildung in Niedersachsen

Antragsteller: OV Gifhorn

Beschluss: Weiterleitung an den Landesparteirat

Um das Lehramtsstudium attraktiver zu gestalten, soll es für alle Lehrämter wieder eine einzügige Lehrerausbildung geben, sodass eine Bewerbung auf einen Masterstudienplatz nach dem Bachelor entfällt.

Begründung:

Es fehlt an Lehrkräften in allen Schulformen. Ein durchgehender Studiengang erleichtert die Entscheidung für ein Lehramtsstudium.

B13 - Zusätzliche Studienplätze in den Lehramtsstudiengängen

Antragsteller: OV Gifhorn

Beschluss: Weiterleitung an den Landesparteirat

Zur Deckung des Bedarfs an Lehrkräften für die Zukunft ist eine Erhöhung der Studienplätze für alle Lehrämter in Niedersachsen notwendig.

Begründung:

Um die Unterrichtsversorgung in Niedersachsen in Zukunft sicherzustellen, ist es notwendig, mehr Lehrerinnen und Lehrer auszubilden.

B14 - Lehrkräftebildung auf die Füße stellen – neue Stufenlehrausbildung auf den Weg bringen

Antragsteller: AfB Niedersachsen

Beschluss: Weiterleitung an den Landesparteirat

1 Im Koalitionsvertrag der SPD geführten Landesregierung wird erneut die Stufenlehrausbildung als
2 Ziel vorgegeben.

3 Die SPD-Landtagsfraktion wird daher aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass

- 4 1. die Stufenlehrausbildung nach dem Modell 1. bis 6. Jahrgang und 5. bis 13. Jahrgang umgesetzt
5 wird,
- 6 2. in den universitären Studiengängen verpflichtende Praxisanteile an den Schulen unter wissen-
7 schaftlicher Fragestellung bereits während des Bachelorstudienganges für alle Lehramt Studie-
8 renden vorgesehen sind,
- 9 3. im Masterstudiengang fächerorientierende und im Unterricht inhaltlich umgesetzte Praxisan-
10 teile unter wissenschaftlicher und fachdidaktischer Fragestellung für alle Lehramt Studieren-
11 den durchgeführt werden.

12 **Begründung:**

13 Die veränderte Schulstruktur sowie die gleichwertige Tätigkeit von Lehrkräften an verschiedenen
14 Schularten werden durch die gegenwärtige Struktur der Ausbildung an den Universitäten nicht mehr
15 abgebildet. Zudem ist die Anwahl der Studiengänge für ein Lehramt an Haupt- oder Realschulen so
16 verschwindend gering geworden, dass diese nur unzureichend inhaltlich an den Universitäten abge-
17 bildet werden können. Darüber hinaus müssen aufgrund der inklusiven Beschulung von Kindern Stu-
18 dienschwerpunkte auf Differenzierung und Integration gesetzt werden.

19 Seit langem werden die mangelnden Praxiskenntnisse in der unterrichtlichen Tätigkeit von Absol-
20 ventinnen und Absolventen beklagt. Eine einfache Rezeptologie durch die Übernahme von Tipps ist
21 hier nicht zielführend. Es bedarf bereits im Studium einer wissenschaftsorientierten Bearbeitung
22 von Praxiserfahrungen. Nur so kann später Berufspraxis sinnvoll reflektiert werden. Der Polyvalenz
23 des Bachelorstudienganges widerspricht dies nicht. Frühe wissenschaftlich angeleitete Praxiserfah-
24 rungen führen zudem zu einer bewussten Planung des Studiums.

25

26

27

28 **B15 - Lernmittelfreiheit bedeutet Kostenfreiheit!**

29

30 **Antragsteller:** KV Leer

31 **Beschluss:** Weiterleitung an den Landesparteirat

32

33 Das Ausleihen von Schulbüchern an niedersächsischen Schulen ist für alle Schülerinnen und Schü-
34 ler unentgeltlich zu gestalten. Um eine echte Lernmittelfreiheit zu verwirklichen, sollen allen Schü-
35 lerinnen und Schülern von der Grundschule bis zum Ende der Sekundarstufe II sämtliche Lernmate-
36 rialien kostenfrei zur Verfügung gestellt werden. Es darf dabei keine finanzielle Mehrbelastung der
37 schultragenden Kommunen entstehen.

38 **Begründung:**

39 Kostenfreie Bildung ist seit Ewigkeiten ein Kernanliegen der Sozialdemokratie. Nicht zuletzt im Land-
40 tagswahlkampf 2022 forderte die SPD Niedersachsen die digitale Lernmittelfreiheit und gewann da-
41 mit die Wahl. Diese Forderung hat auch einen Sinn: In fast keinem Land auf der Welt, hängt der Bil-
42 dungserfolg so vom Geldbeutel der Eltern ab wie in Deutschland. Das ist ein Zustand, den die SPD
43 nicht länger hinnehmen darf. Es ist deshalb richtig, dass durch die Bereitstellung von Tablets für alle
44 Schüler*innen weitere Ungleichheiten im Bildungssystem verhindert werden sollen.

1 Die Digitalisierung der Lehre an niedersächsischen Schulen ist jedoch noch ein langer Prozess. Noch
2 immer arbeiten die meisten Schulen mit den klassischen Schulbüchern. Auch dort galt jahrzehnte-
3 lang die Lernmittelfreiheit für alle Schüler*innen. Die unentgeltliche Ausleihe von Schulbüchern
4 wurde jedoch zum Schuljahr 2004/2005 in der schwarz-gelben Regierungszeit abschafft, sodass
5 Schulen nun eine Gebühr von 33 bis 40 Prozent des Buchpreises für Einjahresbände bzw. 40 bis 60
6 Prozent des Buchpreises für Mehrjahresbände erheben können.

7 Durch die Abschaffung der Lernmittelfreiheit bei Schulbüchern wurde eine weitere Hürde für ge-
8 rechte Bildung aufgebaut. Für die SPD muss klar sein, dass Bildung auf allen Ebenen kostenfrei zu
9 gestalten ist, um Ungleichheiten abzubauen und allen Menschen Teilhabe an der Gesellschaft zu
10 ermöglichen.

11

12

13

14 **B16 - Berufsorientierung ab der 8. Klasse**

15

16 **Antragsteller:** KV Leer

17 **Beschluss:** Weiterleitung an den Landesparteirat

18

19 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich für die verbindliche Einführung des Themenberei-
20 ches Berufsorientierung ab der 8. Klasse bis zur 10. Klasse in die Kerncurricula an allen allgemeinbil-
21 denden Schulen zeitnah umzusetzen.

22 **Begründung:**

23 Angesichts des Fachkräftemangels ist es erforderlich, im frühen Stadium der Bildungsbiografie den
24 Schülerinnen und Schülern aufzuzeigen, welche berufliche Vielfalt heutzutage auf dem Arbeitsmarkt
25 besteht. Es ist zuzugeben, dass es immer wieder Forderungen nach Einführung von Schulfächern
26 gibt, obwohl im Gegenzug die Lehrpläne nicht entschlackt werden. Doch ist die Einführung eines
27 Unterrichtsfaches „Berufsorientierung“ aus mehreren Gründen zwingend erforderlich: Durch eine
28 Berufsausbildung können die Menschen Sicherheit für ihr späteres Leben erlangen. Noch immer
29 starten zu wenig Schulabgängerinnen und -gänger aus allen Schulformen eine Ausbildung. Dabei
30 gibt es an Haupt-, Real- oder Oberschulen positive Beispiele, wie berufliche Orientierung gelingen
31 kann. Dies gilt es flächendeckend auf alle Schulformen auszuweiten.

32 Mittlerweile besuchen 43% der Schülerinnen und Schüler eines Jahrgangs das Gymnasium. Doch
33 nicht für alle dieser Schülerinnen und Schüler ist ein Studium, zu dem ein Abitur befähigen soll, der
34 Ausbildungsweg, der den Neigungen dieser Schülerinnen und Schüler entspricht. Das wird schon
35 durch eine Abbruchquote variierend nach Studiengang von knapp 40% (Universitäten), jedenfalls
36 aber 25% (Fachhochschulen) deutlich. Eine fehlerhafte Steuerung der potenziellen Arbeitskräfte
37 kann aber im Interesse der Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt nicht hingenommen werden.
38 Insbesondere in den sozialen Berufen sowie im Handwerk fehlt eine Vielzahl an Arbeitskräften, die
39 zur Bewältigung der großen gesellschaftlichen Herausforderungen des Pflagenotstandes und der
40 Energiewende (als nur zwei von vielen Herausforderungen) unabweisbar sind.

41 Häufig ist den Schülerinnen und Schülern gar nicht bewusst, welche vielfältigen Ausbildungsmög-
42 lichkeiten bestehen. Dafür ist aber erforderlich, eine Auseinandersetzung mit diesen Feldern zu er-
43 möglichen. Ab der 8. Klasse im Alter von 14 Jahren beginnt die Berufsorientierung. Eine Durchführung
44 erst ab der 10. Klasse mit einem Pflichtpraktikum führt häufig dazu, dass schon die Vorentscheidung
45 für ein Studium getroffen wird, ohne um die Möglichkeiten einer Ausbildung zu schätzen. Angesichts

1 der hohen Anzahl der Schülerinnen und Schüler, die ein Gymnasium besuchen, kann nicht mehr nur
2 davon gesprochen werden, dass Gymnasien nicht mehr nur zur Erreichung der Hochschulreife befä-
3 higen sollen, sondern sich verstärkt die Berufsorientierung zum Gegenstand haben sollen.

4

5

6

7 **B17 - Mehr Erzieherinnen und Erzieher braucht das Land**

8

9 **Antragsteller:** KV Grafschaft Bentheim

10 **Beschluss:** Weiterleitung an den Landesparteirat

11

12 Kindertagesstätten, die Kinder im Alter von 1-6 Jahren betreuen, sind wichtige Einrichtungen in der
13 frühkindlichen Bildungslandschaft. Die Berufstätigkeit der Eltern stellt zudem hohe Anforderungen
14 an flexible Öffnungszeiten dieser Bildungseinrichtungen.

15

16 Wir fordern:

- 17 • das System der Praxisintegrierten, vergüteten (sozialversicherungspflichtigen) Ausbildung
- 18 (PIA), wie es in den Bundesländern NRW und Baden-Württemberg möglich ist, soll auch in Nie-
- 19 dersachsen eingeführt werden
- 20 • der Personalschlüssel Fachkraft Kind muss dringend verbessert werden; Gruppen sollten klei-
- 21 ner werden, um den gestiegenen Anforderungen gerecht zu werden
- 22 • Verfügungszeiten müssen angepasst werden; eine entsprechende Nachbesserung des NKiTa-
- 23 Gesetzes ist erforderlich
- 24 • vom Kultusministerium sind verstärkt Anstrengungen zu unternehmen, um den Fachkräfte-
- 25 mangel zu begegnen (Quereinsteigerprogramme u.ä.)

26 **Begründung:**

27 Die Corona Zeiten haben zusätzliche Probleme aufgeworfen: Isolation und emotionale Vereinsa-
28 mung, Sorgen und Nöte in den Familien stellen die Kitas und Jugendeinrichtungen vor große Her-
29 ausforderungen. Dies erfordert vielfältige Wege in der fachlichen Begleitung, um sensibel auf diese
30 Bedingungen einzugehen. Auch die Integration von Migrantenkindern benötigt kontinuierliche Be-
31 treuung.

32 Das Berufsbild der Erzieher/innen hat jedoch im gesellschaftlichen Umfeld keine sehr hohe Wert-
33 schätzung. Die wichtigen Tätigkeiten und das Engagement in diesen Berufen wird nicht in ausrei-
34 chendem Maße gewürdigt beklagen die Lernenden in den Fachschulen für Sozialpädagogik. Deshalb
35 sind Aufklärungskampagnen wichtig. Auch die schlechtere Bezahlung während der Ausbildung im
36 Verhältnis zu anderen Berufsgruppen erschwert in ausreichendem Maße Neuzugänge.

37

38

39

40

41

1 **B18 - Befristete Weiterführung der Förderschule „Lernen“**

2

3 **Antragsteller:** UB Salzgitter

4 **Beschluss:** Weiterleitung an den Landesparteirat

5

6 Nach derzeitiger Gesetzeslage laufen die noch vorhandenen Standorte der Förderschule "Lernen"
7 spätestens 2028 aus, so dass ab dem kommenden Schuljahr 2023/2024 keine Fünftklässler/innen
8 mehr aufgenommen werden können. Die von der SPD/CDU-Landesregierung 2017 vereinbarte Verlän-
9 gerung dieses Förderschulschwerpunktes läuft somit ebenfalls aus.

10 Aktuell gibt es noch ca. 66 Förderschulen mit dem Schwerpunkt Lernen in Niedersachsen, die sich
11 auf 35 verschiedene Landkreise und kreisfreie Städte verteilen. Über 4.000 Kinder und Jugendliche
12 werden in diesem System derzeit beschult.

13 Aus unserer Sicht ist es derzeit noch nicht sinnvoll, die Schulen mit diesem Förderschwerpunkt aus-
14 laufen zu lassen. Die Unterrichtsversorgung im Regelsystem ist aktuell unbefriedigend. Die Lehr-
15 kräfte sind dadurch und u.a. durch die heterogene Schülerschaft, diverse Förderbedarfe und Sprach-
16 defizite von Schüler/innen oder durch einen erhöhten Bedarf für Elterngespräche in erhöhtem Maße
17 gefordert. Jedem Kind individuell gerecht zu werden, ist die Aufgabe und die Berufung unserer Lehr-
18 kräfte, aber auch insgesamt unseres Schulsystems. Diesem Anspruch gerecht zu werden, wird aber
19 zunehmend herausfordernder.

20 Kinder und Jugendliche mit Lernbeeinträchtigungen brauchen ebenfalls eine gezielte individuelle
21 Förderung und lösen einen erhöhten, wenn auch individuell unterschiedlich hohen Betreuungsbe-
22 darf aus. Dieses ist aktuell von den Schulen und ihrem Fachpersonal leider nicht überall leistbar.

23 Durch die Abschaffung der Förderschule LE würde den Schüler/innen und ihren Eltern bereits ab dem
24 kommenden Schuljahr eine derzeit noch notwendige Alternative zur Beschulung im Regelsystem
25 genommen.

26 Welche Möglichkeiten hätten dann künftig die Betroffenen, wenn sie an einer oder ggf. mehreren
27 Schulen im Regelsystem nicht zurechtgekommen sind? Diese Frage müsste beantwortet werden,
28 bevor die Auflösung vollzogen wird. Es kann nicht richtig sein, wenn aus der Not heraus ggf. versucht
29 wird, sich andere Förderbedarfe bescheinigen zu lassen, um andere bestehende Förderschulen be-
30 suchen zu können.

31 Eine inklusive Schule ist weiterhin das richtige Ziel und sollte in Niedersachsen weiterverfolgt wer-
32 den. Eine befristete Verlängerung des Bestands der Förderschule Lernen ist aufgrund der aktuellen
33 Rahmenbedingungen allerdings geboten. In diesem Zeitraum sind die Unterrichtsversorgung und
34 die weiteren Rahmenbedingungen im inklusiven System so weit zu verbessern, dass im Anschluss
35 eine Reduzierung der Anzahl der Förderschulstandorte Lernen oder ihre gänzliche Auflösung möglich
36 sein werden.

37 Wir fordern daher die SPD-Landtagsfraktion auf, sich für die befristete Fortführung der Förderschu-
38 len Lernen im Land Niedersachsen über 2028 hinaus einzusetzen.

39

40

41

1 **B19 - Änderung des Niedersächsischen Klassenbildungserlasses** 2 **nach der Corona-Pandemie**

3

4 **Antragsteller:** AfB Niedersachsen

5 **Beschluss:** Weiterleitung an den Landesparteirat

6

7 Die Klassengröße an weiterführenden Schulen kann in den Eingangsstufen in Jahrgang 5 und 6 wenn
8 erforderlich, wegen erheblicher Corona-Nachwirkungen bei ehemaligen Grundschulkindern deutlich
9 verkleinert werden, um Härten und Nachteile auszugleichen und eine Absenkung des Klassenteilers
10 erfolgen.

11 **Begründung:**

12 - Soziale Isolation: Aktuell zeigen sich vor allem in den 5. Klassen große Probleme mit dem sozialen
13 Miteinander. Viele Schülerinnen und Schüler haben während der Corona-Pandemie kaum oder keine
14 Gelegenheit gehabt, ihre Freunde zu treffen und soziale Kontakte zu pflegen. Eine Absenkung des
15 Klassenteilers würde es den Kindern in einem überschaubaren Rahmen ermöglichen, soziale Kon-
16 takte zu knüpfen, sich in der Schule mit Gleichaltrigen auszutauschen und somit die Regeln des
17 Miteinanders zu lernen.

18 - Ängste und Sorgen: Viele Kinder haben während der Coronazeit Ängste und Sorgen entwickelt, zum
19 Beispiel um ihre Gesundheit oder die ihrer Familienmitglieder. Eine Absenkung des Klassenteilers
20 könnte dazu beitragen, dass sich die Kinder sicherer und wohler fühlen, weil sie besser wahrgenom-
21 men werden. Konzentrationsprobleme und ihre Auswirkungen auf Lernerfolge werden durch ein ru-
22 higeres Lernklima minimiert und Sozialphobien vorgebeugt.

23 - Fehlende Struktur: Für viele Kinder war die Schule während der Corona-Pandemie die einzige Struk-
24 tur im Alltag. Ein regelmäßiger Schulbesuch gibt Kindern Halt und Routine, was sich positiv auf ihr
25 psychisches Wohlbefinden auswirken kann. Eine Absenkung des Klassenteilers könnte dazu beitra-
26 gen, dass der Schulbesuch für die Kinder wieder attraktiver wird und sie sich auf die Schule freuen.

27 - Bessere Unterstützung: Durch eine Absenkung des Klassenteilers haben Lehrerinnen und Lehrer
28 mehr Zeit, sich um die individuellen Bedürfnisse und Probleme der Kinder zu kümmern. Dadurch
29 können psychische Probleme schneller erkannt und gezielter behandelt werden. Eine Absenkung des
30 Klassenteilers und die damit verbundene bessere Betreuung und Unterstützung der Schülerinnen
31 und Schüler kann dazu beitragen, dass diese langfristig erfolgreich und glücklich sind.

32 - Verbesserte Lernbedingungen: Eine geringere Schülerzahl pro Klasse ermöglicht es den Lehrern,
33 sich besser auf die individuellen Bedürfnisse und Lernfortschritte der Schüler zu konzentrieren, was
34 zu besseren Leistungen führen und insgesamt die Lernbedingungen verbessern kann.

35 - Gerechtere Bildungschancen: Eine Absenkung des Klassenteilers würde dazu beitragen, die Bil-
36 dungschancen für alle Schülerinnen und Schüler zu verbessern, die in großen Klassen untergebracht
37 sind. Vor allem Schüler und Schülerinnen mit Förderbedarf, Migrations- oder Fluchterfahrung kön-
38 nen mehr Aufmerksamkeit und Unterstützung erfahren, wodurch ihre Integration erleichtert wird.

39 - Entlastung der Lehrkräfte: Eine geringere Schülerzahl pro Klasse würde die Arbeitsbelastung der
40 Lehrer reduzieren und ihnen mehr Zeit geben, sich auf die individuellen Bedürfnisse und Lernfort-
41 schritte ihrer Schüler zu konzentrieren. Dies könnte dazu beitragen, den Beruf des Lehrers attraktiver
42 zu machen und den Lehrermangel zu bekämpfen.

43 - Positive Auswirkungen auf die Gesellschaft: Eine bessere Bildung für alle Schülerinnen und Schüler
44 kann zu einer höheren Qualifikation und somit zu einer höheren Produktivität führen, was wiederum
45 positive Auswirkungen auf die Gesellschaft insgesamt haben kann.

B20 - Überarbeitung der Lehrpläne in Schulen

Antragsteller: UB Salzgitter

Beschluss: Weiterleitung an den Landesparteirat

Medienkompetenzen müssen in den Inhalten der Lehrpläne konkret festgehalten werden und Schulen an denen dies zurzeit technisch nicht umsetzbar ist, müssen modernisiert werden.

Begründung:

Die Lebenswelt der SuS gestaltet sich zunehmend digitalisierter. Belegen lässt sich dies leicht, beispielsweise mit der Studie „Jung und vernetzt“. Aus der Studie geht hervor, dass bereits 94% der 10 – 11-Jährigen täglich Zeit im Internet verbringen und dieser Wert mit höherem Alter zunimmt (vgl. Bitkom 2015, S. 12). Ein ebenfalls für die politische Bildung interessanter Wert ist, dass 70% der Befragten angaben, das Internet zur Informationsbeschaffung für die Schule und Hausaufgaben zu verwenden. Außerdem gaben 34% der Befragten an, sich im Internet über Nachrichten und das aktuelle Geschehen zu informieren. Demgegenüber stehen die noch konservativ wirkenden Lehrpläne, bei denen in den konkreten Unterrichtsinhalten die Medienkompetenzen kaum auftreten, obwohl der Umgang mit den Medien und eine Sensibilisierung für diese Medien in der heutigen Zeit unbedingt zu den in der Schule vermittelten Kompetenzen gehören müssen.

Am Ende von Schuljahrgang 8:

	Sachkompetenz	Methodenkompetenz	Urteilskompetenz
	Die Schülerinnen und Schüler ...	Die Schülerinnen und Schüler ...	Die Schülerinnen und Schüler ...
Politische Entscheidungsprozesse im Nahbereich	<ul style="list-style-type: none"> beschreiben Aufgaben der Kommunen und das Zusammenwirken von Organen der kommunalen Selbstverwaltung. 	<ul style="list-style-type: none"> arbeiten grundlegende Elemente des Politikzyklus anhand eines kommunalen Entscheidungsprozesses heraus. 	<ul style="list-style-type: none"> erörtern einen Entscheidungsprozess von kommunalen Institutionen.
	<ul style="list-style-type: none"> beschreiben Formen der kommunalen politischen Beteiligung (u.a. Wahlen, Bürgerbegehren und -entscheid). 		<ul style="list-style-type: none"> nehmen zu Partizipationsmöglichkeiten von Jugendlichen Stellung.
	<ul style="list-style-type: none"> beschreiben Rahmenbedingungen kommunaler Haushaltspolitik. 		<ul style="list-style-type: none"> nehmen zu wirtschaftlichen Bedingungen und Möglichkeiten von Kommunen Stellung.
Konsumentscheidungen Jugendlicher	<ul style="list-style-type: none"> beschreiben Einkommensquellen und Möglichkeiten der Einkommensverwendung. 	<ul style="list-style-type: none"> erklären einen einfachen Wirtschaftskreislauf. 	<ul style="list-style-type: none"> überprüfen kriterienorientiert Konsumentscheidungen Jugendlicher auch im Hinblick auf soziale, ökonomische und ökologische Konsumrisiken.
	<ul style="list-style-type: none"> beschreiben Einflussfaktoren auf das Konsumverhalten Jugendlicher. 	<ul style="list-style-type: none"> erklären Marketingstrategien anhand von Werbung. 	
	<ul style="list-style-type: none"> beschreiben rechtliche Rahmenbedingungen für den Konsum Jugendlicher. 	<ul style="list-style-type: none"> ordnen einen jugendspezifischen Fall mithilfe von Gesetzestexten rechtlich ein. 	
	<ul style="list-style-type: none"> beschreiben Funktionen von Märkten und Preisen. 	<ul style="list-style-type: none"> erläutern die Preisbildung mithilfe des Marktmodells. 	

1 (Niedersächsisches Kultusministerium 2015, S. 14: http://db2.nibis.de/1db/cuvo/dati/pw_gym_si_kc_druck.pdf)

2
3 Abgebildet sind hier beispielhaft die Kompetenzen aus dem Fach Politik - Wirtschaft, die laut
4 Kerncurriculum in den Schuljahrgängen 7 und 8 vermittelt werden sollen. Medienkompetenzen oder
5 Medien im Allgemeinen werden bei den konkreten Inhalten mit keinem Wort erwähnt, trotzdem sich
6 der Studie nach die SuS schon seit mehreren Jahren im Internet bewegen.

7 Neben der Ausweisung der Medienkompetenzen in den Unterrichtsinhalten muss in der Schule in
8 diesem Zusammenhang auch die Vermittlung von Kompetenzen im Umgang mit gängigen Office
9 Programmen gewährleistet werden. Beim Übergang zur Hochschule oder in das Berufsleben ist die
10 Arbeit mit diesen Programmen oft Voraussetzung. An der Hochschule werden alle Hausarbeiten mit
11 „Microsoft Word“ geschrieben und Präsentationen finden in der Regel mit „Power - Point“ statt. An
12 vielen Schulen scheitert es derzeit an den technischen Voraussetzungen, fehlender Software und
13 ungeschultem Personal. Eine Ermittlung des technischen Standes der Schulen ist hier notwendig
14 und damit einhergehend eine Nachbesserung an Schulen, die diese Voraussetzungen nicht erfüllen.

15 Werden die genannten Punkte nicht umgesetzt, besteht die Gefahr, dass die SuS aus Deutschland
16 im europäischen und internationalen Vergleich starke Nachteile haben werden.

17

18

19

20 **B21 - Digitalisierung in Bildungseinrichtungen**

21

22 **Antragsteller:** UB Salzgitter

23 **Beschluss:** Weiterleitung an den Landesparteirat

24

25 Digitalisierung in Bildungseinrichtungen ist ein Kernelement der sozialen Teilhabe an einer Gesell-
26 schaft, in der die Nutzung digitaler Medien zur Normalität geworden ist. Der Ausbau und die Forde-
27 rung digitaler Bildung an Schulen ist eine Chance für Schülerinnen und Schüler Kompetenzen im
28 Umgang mit digitalen Medien zu erwerben und auszubauen sowie für Lehrkräfte die heterogenen
29 Schüler*innenschaft individuell zu fordern. Digitale Bildung steht somit für Fortschritt und Bil-
30 dungsgerechtigkeit.

31 Um die Implementierung digitaler Medien in den Unterricht erfolgreich zu gestalten, müssen Bil-
32 dungseinrichtungen, Schüler*innen sowie Lehrkräften gewisse Ressourcen bereitgestellt werden.

33 Daher fordern wir:

- 34 • Den Ausbau und die Modernisierung der digitalen Infrastruktur. Dies sollen die Anschaffung, die
35 Erneuerung sowie die Instandhaltung der Klassenräume und digitaler Arbeitsplätze beinhalten.

36 Immer früher besitzen Kinder Smartphones, Tablets oder auch Laptops im privaten Bereich. Ein ver-
37 antwortungsvoller Umgang mit diesen Medien ist leider nicht immer gewährleistet. Dort müssen
38 unserer Meinung nach die Bildungseinrichtungen nachhelfen.

39 Des Weiteren ist es für viele Schüler*innen ein großer Umbruch von der Grundschule auf die Weiter-
40 führende Schule zu wechseln, neue Lehrer*innen, neue Mitschüler*innen, neues Gebäude und viele
41 andere Eindrücke, die auf die Kinder wirken, auch deshalb ist es sinnvoll bereits in der Grundschule
42 mit digitalem Unterricht zu beginnen, um nicht noch einen weiteren Umbruch zu veranlassen.

43 Aus diesem Gründen fordern wir:

- 1 • Der Umgang mit digitalen Medien muss bereits in der Grundschule beginnen. Zwar soll nur ein
2 geringer Teil des Unterrichts mit Tablet, PC und Co absolviert werden, die Intensität soll sich
3 allerdings mit jeder Klassenstufe erhöhen.
- 4 Des Weiteren sollen klassenspezifische Konzepte zur Nutzung der digitalen Infrastruktur unter der
5 Einbeziehung der Lehrer*Innen entwickelt werden.
- 6 • Bereitstellung eines Stundenpools für Lehrende.
7 • Bereitstellung kostenfreier digitaler Geräte sowie notwendiger Lizenzen für Lehrer*innen und
8 Schüler*innen.
- 9 Die Schüler*innen nutzen digitale Medien nicht nur für schulische Zwecke,
- 10 Textdokumente verfassen oder ein PDF-Dokument ausdrucken sind Sachen, die wichtig sind, doch
11 die Medienkompetenz im außerschulischen Bereich ist so viel entscheidender: Welcher Quelle kann
12 ich vertrauen, was sind Gefahren im Netz, wann darf ich was machen. Solche Fragen sind häufig viel
13 entscheidender, deshalb soll in Schulen auch in Freizeitphasen aufgezeigt werden, wie verantwortungsvoller Umgang mit Medien aussehen kann. Auch deshalb fordern wir:
- 14
- 15 • Schüler*innen sollen ihre von der Schule kostenlos bereitgestellten digitalen Medien auch zu-
16 hause nutzen dürfen und zwar auch für Privates. Dazu soll ein sogenannter „Schulmodus“ und
17 ein sogenannter „Zuhause Modus“ eingeführt werden, in denen die Kinder verschiedene Berechtigungen für das jeweilige Gerät erhalten und somit das Gerät optimal nutzen können.
- 18
- 19 Damit Lehrer*innen die nötige Kompetenz besitzen den Kindern und Jugendlichen sowohl verantwortungsbewusstes Benutzen von Medien beibringen zu können als auch die technischen Fähigkeiten vermitteln zu können, erhoffen wir eine medientechnische und medienpädagogische Schulung.
20
21 Deshalb fordern wir:
22
- 23 • Einen verpflichtenden digitalen Führerschein für alle Lehrer*innen in Form von Seminaren und
24 Fortbildungen, auch weiterführende Seminare sollen Angeboten werden. Weiter soll Aufklärungs- und Präventivarbeit geleistet werden, damit den Schüler*innen auch in dieser Hinsicht beispielsweise im Umgang mit Mobbing oder Hass im Netz weitergeholfen werden kann.
25
26 • An jeder Schule sollen sogenannte Medienbeauftragte eingestellt werden.
27
28 • Wir wollen auch die soziale Verantwortung der Digitalisierung in Schulen berücksichtigen, deshalb fordern wir:
29
30 • „No bring your own devices“!
- 31 Alle Schüler*innen müssen das Gerät benutzen, welches die Schule für die Schulklassen anschafft
32 und nicht das, welches die Eltern gekauft haben. Dadurch soll Diskriminierung und sozialer Unge-
33 rechtigkeit vorgebeugt und eine Gleichheit symbolisiert werden. Wie zu Beginn angedeutet fehlen
34 uns Visionen und Wagnisse für die Zukunft. Genau an diesem Punkt wollen wir einhacken und dar-
35 legen, inwieweit sich Schule anhand der Digitalisierung revolutionieren lässt. Immer mehr Aufgaben
36 werden an Tablets, Laptops, dem PC oder sogar am Smartphone erledigt. Diese Entwicklung begrü-
37 ßen wir und wollen diese Art und Weise zu arbeiten weiter realisierbar machen. Diese Entwicklung
38 im technischen und gesellschaftlichen Bereich wollen wir zum Anlass nehmen, um eines der Grund-
39 pfeiler von Schulen anzupassen und an diesem zu rütteln. Dadurch, dass alles immer und überall
40 mobil erledigt werden kann und kein Zwang an gewisse Gebäude und Bereiche gegeben ist, fordern
41 wir:
- 42 • Freie Lernplätze in der Schule sollen geschaffen werden, sie können alternative Aufenthalts-
43 plätze für Schüler*innen darstellen.
- 44 Des Weiteren stellen wir uns die mobile, digitalisierte Schule flexibler und individueller vor. Um die-
45 ses Ziel erreichbar zu machen, soll eine E-Learning Plattform etabliert werden, die sowohl alle Schul-
46 bücher in digitaler Form beinhaltet, als auch verschiedene Lernangebote bereitstellt, damit Schü-
47 ler*innen individuell lernen können. Ebenso soll diese Plattform auch dazu dienen, sich auszutau-
48 schen, um sich gegenseitig helfen zu können. Deshalb fordern wir:

- 1 • Die Entwicklung und schließlich die Einführung einer E-Learning-Plattform mit genannten
2 Funktionen und Eigenschaften. Diese E-Learning-Plattform soll für alle Schüler*innen kostenlos
3 sein!

4 Außerdem wollen wir durch die immer stärker etablierte Nutzung von digitalen Medien eine generell
5 papierfreie Schule anstreben! Dies soll mit steigender Klassenstufe zunehmen.

6

7

8

9 **B22 - Direkter Quereinstieg in den niedersächsischen Schuldienst: 10 Verbesserung der berufsbegleitenden pädagogisch-didaktischen 11 Qualifizierung**

12

13 **Antragsteller:** AfB Niedersachsen

14 **Beschluss:** Weiterleitung an den Landesparteirat

15

16 Der SPD-Landesparteitag fordert eine Überarbeitung der Regelungen für den direkten Quereinstieg
17 in die Schule dahingehend, dass die entsprechenden Kolleg:innen überhaupt eine Chance erhalten,
18 sich den Anforderungen des Lehrer:innenberufs entsprechend qualifizieren zu können. Insbesondere
19 muss die Anzahl an eigenverantwortlich erteiltem Unterricht so weit reduziert werden, dass studien-
20 bedingt fehlende Kenntnisse in Pädagogik, Lernpsychologie und Fachdidaktik nachgeholt sowie deren
21 Anwendung im Unterricht erlernt werden können. Sinnvoll für eine nachhaltige berufsbegleitende
22 Qualifizierung wäre eine gestaffelte Anhebung des Unterrichts in eigener Verantwortung, die
23 zunächst ermöglicht, fehlende Inhalte aus dem Studium im Studienseminar nachzuholen. Hierzu ist
24 sowohl ein einheitlicher zeitlicher Beginn der Qualifizierungsmaßnahme als auch eine Verlängerung
25 der Qualifizierungsmaßnahme auf 24 Monate notwendig, damit Studienseminare entsprechende
26 Blöcke hierzu vorschalten können. Auch müsste die Möglichkeit im Unterricht von Kolleg:innen mit-
27 zugehen ebenso deutlich erhöht werden, wie die Anzahl der Beratungsbesuche durch Ausbilder:in-
28 nen aus dem Studienseminar.

29 **Begründung:**

30 Aufgrund des aktuellen und in einigen Fächern und Schulen erheblichen Lehrer:innenmangels
31 nimmt auch die Zahl der Lehrkräfte in einem direkten Quereinstieg in den Schuldienst zu. Diese be-
32 ginnen unmittelbar mit einem vollen Stundendeputat und werden innerhalb der ersten 24 Monate
33 an der Schule und an einem Studienseminar berufsbegleitend qualifiziert. Die hohe Zahl an Kol-
34 leg:innen, die den Schuldienst in den ersten Jahren wieder verlassen (die GEW spricht von etwa 50%)
35 und auch die Klagen über mangelnde Unterrichtsqualität durch viele Schulleitungen belegen, dass
36 die derzeitige Form der berufsbegleitenden Qualifizierung dringend verbessert werden muss.

37 Kolleg:innen im direkten Quereinstieg ins Lehramt beginnen nach bisheriger Regelung sofort mit
38 einer Zahl an Unterrichtsstunden, die einer vollen Stelle entsprechen. Für die Dauer der 18-monatigen
39 Qualifizierungsmaßnahme erhalten eine Stundenentlastung im Umfang der der - im Studienseminar
40 zu besuchenden - pädagogischen und fachdidaktischen Seminare. Zusätzlich ist vorgesehen,
41 dass Ausbilder:innen des Studienseminars 3-4 mal den Unterricht besuchen und entsprechende Be-
42 ratungshinweise geben. Als Voraussetzung aus dem Studium sind in der Regel keinerlei Kenntnisse
43 zu Pädagogik, Lernpsychologie, Entwicklungspsychologie und Fachdidaktik vorhanden. Diese In-
44 halte neben einem vollen Stundendeputat - häufig ergänzt durch zusätzliche Aufgaben wie Klassen-
45 leitung und fachfremder Unterricht - nachzuarbeiten ist schlichtweg nicht möglich und führt nach

1 dem Eindruck der Studienseminare und vieler Schulleitungen zu vollkommener Überforderung. Auch
2 die Zahl der Beratungsbesuche ist viel zu gering, eine kontinuierliche Arbeit an der eigenen Qualifi-
3 zierung im praktischen Bereich ist so mit den Ausbilder:innen der Studienseminare nicht möglich.
4 Auch fehlt die Zeit, von der Expertise der Kolleg:innen an den Schulen zu lernen, da es weit über der
5 Belastung einer vollen Stelle liegen würde, sich den Unterricht von Kolleg:innen als Modell anzuse-
6 hen und eigene Stunden gemeinsam zu planen, durchzuführen und eine Rückmeldung dazu zu er-
7 halten.

8 Stellt man diese Bedingungen denen einer grundständig ausgebildeten Lehrkraft (z. B. für das Lehr-
9 amt an Gymnasien) gegenüber, wird deutlich, dass eine berufliche Professionalisierung unter diesen
10 Umständen schlicht nicht möglich ist: Grundständig ausgebildete Lehrer:innen bringen aus dem
11 Studium eine fundierte Kenntnis nicht nur fachlicher Inhalte, sondern auch in Pädagogik, Lernpsy-
12 chologie, Entwicklungspsychologie und Fachdidaktik mit. Zudem haben sie in verschiedenen Prak-
13 tika bereits Erfahrung als Lehrkraft im System Schule und dem praktischen Unterricht sammeln
14 können und auch dazu Rückmeldungen erhalten. Beim direkten Quereinstieg ist davon nichts vor-
15 handen. Grundständig ausgebildete Lehrkräfte erteilen im Vorbereitungsdienst etwa ein Viertel der
16 Stundenzahl einer vollen Stelle in eigener Verantwortung. Sie haben also sehr viele Möglichkeiten im
17 Unterricht von verschiedenen Kolleg:innen mitzugehen, deren Unterricht als Modell anzusehen, ge-
18 meinsam mit Ihnen Unterricht intensiv zu planen und unter deren Aufsicht durchzuführen und
19 Rückmeldungen dazu zu erhalten. Zusätzlich gibt es etwa 20-25 Beratungsbesuche von Ausbilder:in-
20 nen aus dem Studienseminar, in denen oft auch mit den Kolleg:innen vor Ort gemeinsam festgelegt
21 wird, woran die Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst gerade in ihrer Professionalisierung arbeiten sol-
22 len. Beim direkten Quereinstieg gibt es nur 3-4 Beratungsbesuche von Ausbilder:innen des Studien-
23 seminars und eine Unterstützung durch Mentor:innen an den Schulen, die quantitativ durch die
24 Menge des eigenen Unterrichts eingeschränkt ist.

25 Die Tatsache, dass die genannten Probleme nicht annähernd so stark bei Kolleg:innen im Querein-
26 stieg in den Vorbereitungsdienst auftreten, spricht dafür, die berufsbegleitende Qualifizierung mög-
27 lichst dicht an den regulären Vorbereitungsdienst anzulehnen. Mittelfristig hätte eine Erhöhung der
28 Unterrichtsqualität durch eine erhöhte Berufszufriedenheit und entsprechend geringerer Abbrecher-
29 quoten eine Verbesserung der Unterrichtsversorgung zur Folge.

30

31

32

33 **B23 - Schnelle Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen**

34

35 **Antragsteller:** UB Verden

36 **Beschluss:** Weiterleitung an den Landesparteirat

37

38 Angesichts des großen Arbeitskräftemangels in Deutschland müssen im Ausland gemachte Ab-
39 schlüsse leichter anerkannt werden! Das gilt auch für Abschlüsse von Vertriebenen aus der Ukraine.
40 Arbeiten zur Probe mit Supervision muss ermöglicht werden u. U. nach erfolgreichem Praktikum. Erf-
41 olgreich geleistete Arbeit muss somit honoriert werden und als Grundlage im Sinne eines Basisele-
42 ments für eine Einstellung an der Arbeitsstelle angerechnet werden, an der sich die/derjenige be-
43 währt hat.

44 **Begründung:**

45 Momentan werden Berufsabschlüsse aus der Ukraine nicht mehr in dem Maße anerkannt, wie zu
46 Beginn des Krieges. Da in Deutschland ein großer Mangel an Arbeitskräften besteht, sollte mit der

1 Genehmigung von Abschlüssen großzügiger verfahren werden. Probezeiten mit Supervision, Praktika
2 sind Möglichkeiten, zu zeigen, dass die/der Ukrainer*in in dieser speziellen Arbeitsstelle ein Gewinn
3 für den gesamten Betrieb ist. Das ist nicht nur für handwerkliche oder industrielle Betriebe, sondern
4 auch für pädagogische Berufe ein Weg. Gerade im Kindertagesstätten-Bereich herrscht ein großer
5 Fachkräftemangel. Menschen mit pädagogischen Ausbildungen und Abschlüssen, die in einem an-
6 deren Land erworben wurden, muss der Weg in den gelernten Beruf in Deutschland ohne große Bü-
7 rokratie ermöglicht werden.

8

9

10

11 **B24 - Quereinstieg in den Lehrerberuf attraktiver machen**

12

13 **Antragsteller:** UB Verden

13

14 **Beschluss:** Weiterleitung an den Landesparteirat

14

15

16 Über den Quereinstieg in den Lehrerberuf sind viele engagierte Lehrkräfte gewonnen worden. Jetzt
17 gilt es sie mit attraktiveren Bedingungen zu motivieren, dabei zu bleiben. Teil dieser Bedingungen
18 sind:

- 19 1. Die berufsbegleitende Ausbildung schließt mit einem Zertifikat ab, das Grundlage für weitere
- 20 Qualifizierungen ist.
- 21 2. Als Weiterqualifizierung wird zum Beispiel auch eine mehrjährige erfolgreiche Klassenleitung
- 22 anerkannt.
- 23 3. Für Seiteneinsteiger gibt es die Möglichkeit, durch Weiterqualifizierung auf die Stufe der „re-
- 24 gulären Lehrkräfte“ zu kommen.
- 25 4. Für die Gewinnung weiterer Quereinsteiger/Siteneinsteiger gibt es
- 26 a. eine wohlwollende Anerkennung der geleisteten Ausbildungsqualifikationen.
- 27 b. eine Anerkennung der Berufserfahrungen.
- 28 5. In jedem Fall muss ausgeschlossen werden, dass Arbeitsverträge vor den Sommerferien ge-
- 29 kündigt und nach den Sommerferien wiederaufgenommen werden.

30 **Begründung:**

31 An manchen Schulen sind mehr als 20% Quereinsteiger und Seiteneinsteiger. Sie haben eine vierwö-
32 chige Kündigungsfrist und können leicht nach Bremen abwandern. Dort gibt es ein ähnliches Quer-
33 einsteiger-Programm wie in Niedersachsen, die Bezahlung ist aber deutlich besser. Es besteht also
34 die akute Gefahr, dass die engagierten, in den Schulalltag eingebundenen guten Lehrkräfte in einer
35 großen Zahl abwandern. Viele überlegen so einen Schritt. Sie müssen keinen Versetzungsantrag stel-
36 len. Niedersachsen darf sich hier nicht verkalkulieren!

37 Hier gilt es attraktive Bedingungen zu schaffen, die die Leute motivieren an ihren Schulen zu bleiben.

- 38 • Bei der Anerkennung der Qualifikationen müssen auch Berufserfahrungen mit einfließen.
- 39 • Die Anerkennung der Ausbildungsqualifikationen muss transparent und wohlwollend erfolgen.
40 Es kann nicht angehen, dass einer promovierten Historikerin das Fach Geschichte für den Un-
41 terricht in einer Oberschule nicht als erstes Fach anerkannt wird, nur, weil sie in ihrer ersten Uni
42 Phase bestimmte Module nicht belegt hatte.

43

44

45

1

Motivation sieht anders aus!

Seiteneinsteiger:	Quereinsteiger	
es werden zwei Studienfächer anerkannt	Es wird nur ein Fach anerkannt	
es folgen Referendariat	eine berufsbegleitende Qualifizierung folgt höheres Stundendeputat etwas weniger kleine Unterrichtsbesuche	In der gleichen Situation Beide Ausbildungen sind ähnlich Quereinsteiger haben am Ende die Referendare beraten bei der kollegialen Beratung zwischen Quereinsteigern und Referendaren ging es um den Schulalltag (Elterngespräche, Umgang mit schwierigen Situationen usw.). Durch unser höheres Stundendeputat hatten wir da ein Mehr an Erfahrung.
Abschlussprüfung, Zertifikat	Kein Prüfungstag	Es ist nicht einzusehen, weshalb eine berufsbegleitende Qualifizierung ohne Zertifikat abschließt
Verbeamtung	Verbeamtung auch später nicht möglich	Verbeamtung sollte im Bereich des Möglichen sein, durch Weiterqualifikation, berufsbegleitend
Aufstiegsmöglichkeiten	Keinerlei Aufstiegsmöglichkeiten	Weshalb sollten engagierte Quereinsteiger*innen nicht auch leitende Funktionen ausüben können?
Ein 25jähriger Berufsanfänger der die „normale Ausbildung“ durchlaufen hat, bekommt 1000€ mehr als ein Seiten-/Quereinsteiger	E 10 Bremen zahlt E 13 das sind monatlich 700€ mehr	
	Einer promovierten Historikerin wurde das Fach Geschichte als erstes Fach nicht anerkannt für den Unterricht in der OBS, weil sie bestimmte Module in der ersten Uniphase nicht belegt hatte .	Eine transparente, wohlwollende Anerkennung der Ausbildung ist angesichts des akuten Lehrkräftemangels unabdingbar
	Qualifizierung durch Berufserfahrung muss möglich sein: Auch bereits bei der Anerkennung der Voraussetzungen für die zu unterrichtenden Fächer	

2

3

4

1 Gleichstellungspolitik

2 **GL1 – Änderung des § 20 NGG sowie Anpassung der übrigen §§ des** 3 **NGG**

4
5 **Antragsteller:** OV Meppen

6 **Beschluss:** Weiterleitung an den Landesparteirat

7

8 Der Landesparteitag möge beschließen, dass eine Änderung des § 20 NGG angestrebt wird, wonach
9 es allen Geschlechtern möglich wird zur/zum Gleichstellungsbeauftragten (m/w/d) gewählt zu wer-
10 den.

11 **Begründung:**

12 Derzeit zielt § 20 NGG nur auf die Wahl einer weiblichen Gleichstellungsbeauftragten ab. Dies ist
13 nicht mehr zeitgemäß. Nicht nur, dass hierbei die Geschlechter Diversität nicht berücksichtigt wird,
14 stellt dabei ein Problem dar. Die Reduzierung auf nur ein biologisches Geschlecht erfüllt dabei prak-
15 tisch den Tatbestand der Diskriminierung, da sich Trans- oder Non-binäre-Personen nicht automa-
16 tisch angesprochen fühlen.

17 Zudem hat in vielen Arbeitsbereichen heutzutage ein deutlicher Wandel stattgefunden. Dabei gibt
18 es zwischenzeitlich viele Gebiete, auf denen die Mehrzahl der Mitarbeitenden nicht zum cis-männli-
19 chen Geschlechts zu zählen ist. In diesen Gebieten wird es sich im Sinne der Gleichberechtigung
20 sinnig gestalten, dass auch ein anderes Geschlecht die Position „Gleichstellungsbeauftragte/r“ in-
21 nehmt, oder die Ausschreibung geschlechtsneutral erfolgt.

22 Nach unserer Auffassung verbietet schon die Begrifflichkeit „Gleichstellung“, dass es anderen Ge-
23 schlechtern nicht möglich ist, diese Position zu ergreifen.

24

25

26

27 **GL2– Unser Parlament wird weiblich! Frauen endlich nachhaltig em-** 28 **poweren!**

29

30 **Antragsteller:** Jusos Niedersachsen

31 **Beschluss:** Weiterleitung an den Landesparteirat

32

33 Frauen wählen die SPD. Das ist das Ergebnis der Wahlanalyse der vergangenen Landtagswahl, die
34 zeigte, dass unsere Landespartei deutlich mehr Stimmen von weiblichen, als von männlichen Wahl-
35 berechtigten erhält. Dem gegenüber steht ein Frauenanteil von gerade einmal 33% in unserer Frak-
36 tion, womit die SPD sogar unter dem Durchschnitt aller Fraktionen liegt. Wie kann das sein, wenn
37 unsere Liste doch paritätisch aufgestellt ist?

38 Seit mehreren Jahren sind auf unserer Landesliste abwechselnd Frauen und Männer, doch diese Liste
39 zieht in den vergangenen Wahlperioden nicht, da wir zu viele Wahlkreise gewinnen. Was auf der einen
40 Seite ein Erfolg ist, ist auf der anderen Seite eine hoffnungslose Chance für viele Frauen. Denn unser

1 Problem liegt nicht in der Landesliste, sondern in den aussichtsreichen Wahlkreisen, in denen nur
2 selten Frauen bei der Nominierung zum Zuge kommen. Wir stellen seit Jahren fest, dass es zu wenig
3 parteiengagierte und kandidaturwillige Frauen gibt. Die Erfahrung der letzten Jahre zeigt, dass unser
4 Engagement nicht ausreicht. Deswegen fordern die Jusos Niedersachsen nun eine zielgerichtete Um-
5 setzung von Maßnahmen, die wirklich Frauen innerhalb unserer Partei nachhaltig empowernt!

6 Daher fordern wir:

- 7 • Eine Neuauflage des Mentoringprogramms für (junge) Frauen

8 In der Vergangenheit gab es bereits ein Mentoringprogramm für Frauen in unserer Partei, das vor der
9 Pandemie auslief. Es soll ein Patinnenprogramm entwickelt werden, in der bereits politisch aktive
10 Frauen innerhalb der SPD Niedersachsen als Mentorinnen fungieren und Mentees einen Einblick in
11 den politischen Alltag ermöglichen. Die Fehler, die in der Vergangenheit gemacht worden sind, sollen
12 aufgearbeitet werden. Dabei ist wichtig, dass Frauenförderung vor allem in den Wahlkreisen statt-
13 findet. Durch das Mentoring Prinzip schaffen bereits politisch aktive Frauen einen Nachwuchs.
14 Gleichzeitig erhalten Mentees ein Netzwerk, auf das sie aufbauen können. Denn wir wissen: Netzwerk
15 ist Macht. Wir wollen sicherstellen, dass Frauen Zugang zu Politik und vor allem Zugang zu politi-
16 scher Macht und Räumen haben. Es ist notwendig, dass ein sicheres Umfeld geschaffen wird, in dem
17 ein fundierter Austausch zwischen den Mentorinnen und den Mentees ermöglicht wird. Wir wollen
18 die nachgewiesenen Vorteile von Mentoringprogrammen nutzen und junge, mandatswillige Frauen
19 ermutigen. Durch erste Einblicke in Netzwerke, Veranstaltungen und die politische Arbeit erfahren
20 sie, was ein Mandat oder ein innerparteiliches Amt bedeutet und sammeln wertvolle Erfahrungen
21 sowie Kontakte.

- 22 • ein exklusives Aufbauprogramm für potenzielle weibliche Kandidatinnen gefördert von der Lan-
23 desebene

24 Schon lange werden für potenzielle Kandidat:innen verschiedene Seminare angeboten, die sie auf
25 ihre Kandidatur vorbereiten sollen. Diese sind meist frei zugänglich und setzen die Eigeninitiative
26 der Teilnehmenden voraus. Auf der anderen Seite stehen Unterbezirke und Wahlkreise, die verzwei-
27 felt nach geeigneten Frauen für Mandate suchen. Dass diese meist nur nicht gesehen werden, weil
28 Männer dominiert hervorstechen, wird dabei ignoriert. Außerdem neigen Frauen dazu, ihre Potenziale
29 zu unterschätzen und lassen Männern den Vortritt, die in vielen Fällen objektiv maximal genauso
30 gut geeignet sind.

31 Der Aufbau von Kandidierenden stellt für Unterbezirke einen großen Aufwand dar, den viele sowohl
32 inhaltlich als auch zeitlich und organisatorisch kaum leisten können. Ein gezieltes Vorbereitungs-
33 programm exklusiv für Frauen würde einen enormen Anreiz geben, Frauen in freiwerdenden Wahl-
34 kreisen kandidieren zu lassen. UB-Vorsitzende sollen Vorschlags- und Frauen ein Eigeninitiativrecht
35 auf die Bewerbung für ein solches Programm erhalten. Vor Ort sollen sie in allen nötigen Inhalten,
36 aber auch in Tools und Rhetorik geschult werden. So bereiten wir unsere Kandidat:innen auf den
37 Wahlkampf und die Parlamentsarbeit vor und geben ihnen das notwendige Selbstbewusstsein. Ne-
38 benbei werden Unterbezirke in der Vorbereitung von Kandidatinnen entlastet und können sich da-
39 rauf verlassen, eine gut vorbereitete, durch den Landesverband geschulte Kandidatin in den Wahl-
40 kampf schicken zu können. Außerdem stellen die Seminarveranstaltungen einen Schutzraum für
41 engagierte Frauen dar, in dem sich Netzwerke bilden können und strukturelle, wiederkehrende Prob-
42 leme aus den Wahlkreisen erfasst werden.

- 43 • ein*e Mitarbeiter*in im Landesverband, die sich auf Gleichstellungsförderung konzentriert

44 Wir stellen fest, - wie bereits erwähnt in der ersten Forderung-, dass die bisher entwickelten Ideen
45 zur Gleichstellungsförderung nicht ausreichend sind, um Frauen und queere Menschen in unserer
46 Partei zu stärken. Unsere Partei und insbesondere unsere Geschäftsführung tut ihr Bestes und hat
47 bereits verschiedene Projekte ins Leben gerufen. Dies hat allerdings bisher nicht ausgereicht, die
48 Situation nachhaltig zu verbessern. Wir stellen immer wieder fest, dass unsere Partei strukturelle

1 Schwächen im Bereich der Gleichstellung aufweist. Allein die Feststellung hat aber nicht zur Verbes-
2 serung beigetragen. Daher erachten wir es als sinnvoll, die Geschäftsführung zu entlasten und eine
3 Person einzustellen, die eine Strategie zur Förderung der Gleichstellung in der SPD Niedersachsen
4 entwickelt. Damit wollen wir erreichen, dass die Gleichstellung nicht neben anderen Projekten in den
5 Hintergrund rückt und die notwendige Aufmerksamkeit erhält, damit wir uns rechtzeitig aufkom-
6 mende Wahlen und Aufstellungen vorbereiten können.

7

8

9 **Innenpolitik**

10 **II- Unabhängige Polizeibeschwerdestelle im Land Niedersachsen**

11

12 **Antragsteller:** UB Osnabrück-Stadt

13 **Beschluss:** Weiterleitung an den Landesparteirat

14

15 Wir fordern die Einrichtung einer unabhängigen Polizeibeschwerdestelle im Land Niedersachsen.

16 **Begründung:**

17 Jeder Mensch, der in Deutschland wohnt beziehungsweise sich aufhält muss die Möglichkeit haben,
18 im Sinne eines funktionierenden Rechtsstaats, Handlungen der Polizei von einer unabhängigen Po-
19 lizeibeschwerdestelle überprüfen zu lassen. Nicht zuletzt durch das Fehlverhalten von Polizist*innen
20 in verschiedenen Bundesländern innerhalb der letzten Jahre ist klargeworden, dass die Polizei ein
21 strukturelles Problem mit Polizeigewalt, Rassismus und Rechtsextremismus hat, das kaum noch als
22 latent bezeichnet werden kann. Diese strukturellen Probleme in der Polizei führen zu Fehlverhalten
23 bzw. Straftaten, die bislang im Land Niedersachsen nicht unabhängig ermittelt und aufgeklärt wer-
24 den können. Stattdessen ermitteln Polizist*innen gegen Polizist*innen. Dies unterminiert das Ver-
25 trauensverhältnis zwischen Bürger*innen und der Polizei. Die besondere Position der Polizei als be-
26 waffnete Ordnungshüter mit staatlichem Gewaltmonopol macht es nötig, das missbräuchliches Ver-
27 halten der Polizei unabhängig von polizeilichen Strukturen angezeigt und überprüft werden kann.

28 Nicht nur Bürger*innen müssen die Möglichkeit einer unabhängigen Beschwerde haben. Auch Poli-
29 zisten, die Fehlverhalten anderer Polizist*innen erkennen und sich darüber beschweren möchten,
30 müssen eine Institution außerhalb der Polizei haben, bei der sie dieses Fehlverhalten vorbringen
31 können. Da, wo Polizei gegen Polizei ermittelt, ist aufgrund des Korpsgeist oder der sogenannten
32 „Cops Culture“ einer unabhängigen Ermittlung nicht möglich. Die Polizeibeschwerdestelle muss un-
33 abhängig ermitteln können. Dazu soll sie räumlich von den Polizeidienststellen getrennt arbeiten
34 und die Mitarbeiter sollen in keinem institutionellen oder hierarchischen Verhältnis zu den von der
35 Beschwerde betroffenen Polizeibeamten stehen. Die Polizeibeschwerdestelle soll auch unabhängig
36 von individuellen Beschwerden strukturelle Mängel bei der Polizei untersuchen können, die diskri-
37 minierendes Verhalten begünstigen. Die Polizeibeschwerdestelle ist eine unabhängige Ermittlungs-
38 stelle mit allen dafür nötigen Rechten wie Akteneinsicht, Beweiserhebung und Vernehmung von Zeu-
39 gen.

40

41

42

1 **I2 - Kampfmittelbeseitigung – Kostenübernahme von Vor- und Ne-** 2 **benarbeiten durch das Land Niedersachsen**

3

4 **Antragsteller:** OV Neuenkirchen-Merzen-Voltlage

5 **Beschluss:** Weiterleitung an den Landesparteirat

6

7 Das Land Niedersachsen soll neben der bei der Beseitigung von Kampfmitteln anfallende Kosten, die
8 der Abwehr einer unmittelbaren Gefahr dienen (die Kosten der tatsächlichen Bergung, der Entschär-
9 fung oder Sprengung, des Transports und der Vernichtung eines Kampfmittels) auch erforderliche
10 Vor- und Nebenarbeiten tragen Insbesondere soll hier das Abräumen von Gegenständen sowie deren
11 Wiederherstellung oberhalb des Erdreichs eibegriffen sein. Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefor-
12 dert, entsprechende Gesetze anzupassen.

13 **Begründung:**

14 Wenn man als Grundstückseigentümer Kampfmittel auf seinem Grundstück findet, müssen diese
15 Funde sofort angezeigt werde, ansonsten macht man sich strafbar und setzt sich und andere Perso-
16 nen einer hohen Gefahr aus. Zu den Kampfmitteln gehört sämtliche zur Kriegsführung bestimmte
17 Munition, insbesondere Bomben, Minen, Granaten, Spreng- und Zündmittel. Die Zuständigkeit liegt
18 bei der Gemeinde, der Samtgemeinde und der Stadt sowie der nächstgelegenen Polizeidienststelle.

19 Grundsätzlich ergibt sich aus § 7 Niedersächsisches Polizei- und Ordnungsbehördengesetz (NPOG)
20 die Verantwortlichkeit des Grundstückseigentümers. Daher werden die Kosten der Kampfmittelbe-
21 seitigung auf Liegenschaften, die sich im Eigentum des Bundes befinden, auch vom Bund selbst
22 getragen.

23 Bei der Kampfmittelbeseitigung auf nicht bundeseigenen Liegenschaften trägt das Land aus Billig-
24 keitsgründen die Kosten für die Entschärfung, die Bergung, den Transport und die Vernichtung alli-
25 ierter Munition. Die Aufwendungen für ehemals reichseigene Fundmunition werden vom Bund im
26 Rahmen der so genannten Staatspraxis grundsätzlich erstattet.

27 In Niedersachsen muss der Grundstückseigentümer die meisten Aufwendungen bei einer Bom-
28 benentschärfung wie z.B. Erd- und Rück- sowie Wiederaufbauarbeiten aus eigener Tasche zahlen.
29 Das Land übernimmt nur die Kosten für die systematische Luftbildauswertung, für die Entschärfung
30 oder Sprengung einer Bombe sowie für ihren Abtransport und ihre Vernichtung, nicht aber für die
31 Vor- und Nacharbeiten.

32 Viele Kommunen haben jedoch entschieden, den betroffenen Bürgern zumindest nicht die Kosten
33 für vorab erforderliche Sondierungsarbeiten aufzubürden. Dies erfolgt insbesondere im Zuge des
34 derzeit voranschreitenden Breitbandausbaues. Müsste allerdings für eine spätere Bergung zum Bei-
35 spiel eine Pflasterfläche aufgenommen oder gar das Grundwasser im Bereich des Fundortes abge-
36 senkt werden, so zahlt das derzeit der Eigentümer.

37

38

39

40

41

1 **I3 - Stellenausbau der Betroffenenberatung Niedersachsen**

3 **Antragsteller:** UB Gifhorn

4 **Beschluss:** Weiterleitung an den Landesparteirat

6 Rechte Gewalt ist leider heutzutage eine bittere Realität in unserem Lebensumfeld. So auch im Bezirk
7 Braunschweig. Dort, wo rechte Gruppen und Kleinstparteien präsent sind und versuchen sie ihr ras-
8 sistisches Gedankengut und ihre antisemitische Weltanschauung zu verbreiten, bleibt es bedauer-
9 licherweise nicht aus, dass Menschen, die sich gegen jene Gruppen und Kleinstparteien richten und
10 sich in Bündnissen, Organisationen und Parteien engagieren, Opfern von rechter Gewalt werden. Dies
11 kann auf eine sehr vielfältige Art und Weise geschehen.

12 Sei es, dass Menschen beleidigt, bedrängt, eingeschüchtert oder sogar zu Opfern physischer Gewalt
13 werden. Es bleiben immer Menschen übrig, die als geschädigte Personen aus der Tat hervorgehen.

14 Um diese Personen nach solch einem Vorfall zu unterstützen, gibt es die Betroffenenberatung Nie-
15 dersachsen, welche eine Beratung und psychische Unterstützung bei Übergriffen für Betroffene an-
16 bietet. Außerdem informiert sie über die rechtlichen Möglichkeiten, die die jeweiligen Betroffenen
17 haben, um gegen solch eine Tat vorzugehen. Des Weiteren helfen sie den Geschädigten während der
18 Gerichtsverhandlung, wenn es zu einer Anklage kommt, in Form einer Prozessbegleitung und unter-
19 stützen die Opfer Wege zu finden, den Prozess zu finanzieren. Selbstverständlich ist das Angebot
20 kostenlos.

21 Konkret ist für den Großraum Braunschweig die Betroffenenberatung „Region Süd-Niedersachsen“
22 zuständig, welche in Hildesheim ansässig ist. Um das dringend nötige Angebot der Betroffenenbe-
23 ratung in unserer Region zu unterstützen, fordern wir deshalb:

- 24 • einen Stellenausbau der Betroffenenberatung, um zu gewährleisten, dass zu jederzeit die Bera-
25 tung von Betroffenen sichergestellt ist.
- 26 • die Einrichtung einer Zweigstelle oder eines zusätzlichen Büros in Braunschweig, um vor Ort in
27 Braunschweig die Möglichkeit zu schaffen, schnell und unmittelbar eine persönliche Beratung
28 anzubieten.

29 **Begründung:**

30 Erfolgt ggf. mündlich.

34 **I4 - Humanitärer Fonds in Niedersachsen – Ehrenamtlichen Einsatz 35 in humanitären Krisengebieten stärken**

37 **Antragsteller:** OV Vahrenheide/Sahlkamp

38 **Beschluss:** Weiterleitung an den Landesparteirat

40 Für ehrenamtliche Hilfseinsätze im Rahmen von humanitären Krisen, etwa durch Krieg oder Natur-
41 katstrophen, wird ein humanitärer Fonds in Niedersachsen errichtet. Arbeitnehmer:innen sind bei

1 Genehmigung des Sonderurlaubes durch ihren Arbeitgeber berechtigt, den Ausfall des Arbeitsent-
2 geltens für die Dauer ihres Hilfseinsatzes durch den humanitären Fond erstatten zu lassen.

3 **Begründung:**

4 Innerhalb weniger Monate haben uns zwei katastrophale Ereignisse erschüttert und in Europa zu
5 tiefgreifenden humanitären Krisen geführt, etwa im Zuge des Russland-Ukraine-Krieges oder durch
6 das Erdbeben in der Türkei und Syrien mit Abermillionen Geflüchteten und Opfern. In solchen Notla-
7 gen und humanitären Krisen sind die betroffenen Länder auf internationale Hilfe und Solidarität an-
8 gewiesen.

9 Hierbei engagieren sich auch in Niedersachsen Ärztinnen und Ärzte, Mitarbeiter:innen aus den Ret-
10 tungsdiensten oder der Pflege in internationalen Hilfsorganisationen, die in Krisengebieten wichtige
11 Hilfe für notleidende Menschen leisten. Dieses humanitäre bzw. ehrenamtliche Engagement ist der-
12 zeit nur dann möglich, wenn Arbeitnehmer:innen ihren gesetzlich festgeschriebenen Erholungs-
13 urlaub dafür aufwenden. Regelungen zur Freistellung mit Fortzahlungen des Arbeitsentgeltes bestehen
14 derzeit für das Technische Hilfswerk (THW-Gesetz), nicht aber für ehrenamtliches bzw. humanitäres
15 Engagement mit internationalen Hilfsorganisationen in Krisengebieten.

16 Das Land Niedersachsen errichtet daher einen humanitären Fonds, mit dem die Erstattung des Ar-
17 beitsentgeltes für die Dauer des Hilfseinsatzes ermöglicht wird, bei dem zuvor der Arbeitgeber den
18 Sonderurlaub – und damit die Entbehrung der Arbeitskraft über eine bestimmte Dauer – genehmigt
19 bzw. zugestimmt hat.

20 Mit der Errichtung des humanitären Fonds bekennt sich das Land Niedersachsen zu seiner Verant-
21 wortung in Krisengebieten und ermöglicht es (Fach-)Personal sich in humanitären Krisengebieten
22 zu engagieren, ohne dafür ihren wichtigen Erholungsurlaub aufwenden zu müssen.

23

24

25

26 **15 - Krieg' ich deine Nummer?! - Vertrauen in die Polizeiarbeit stär-**
27 **ken!**

28

29 **Antragsteller:** Jusos Niedersachsen

30 **Beschluss:** Weiterleitung an den Landesparteirat

31

32 “Polizeibeamtinnen und -beamte [...] sind für unser Gemeinwesen tragende Stützen” - so steht es in
33 der Norderneyer Erklärung, die Anfang März dieses Jahres von der SPD-Landtagsfraktion beschlossen
34 wurde. Dort wird die besondere gesellschaftliche Rolle der Polizei betont, die auch in der Übertragung
35 des staatlichen Gewaltmonopols Ausdruck findet. Doch diese besondere Rolle führte auch in der jün-
36 geren Vergangenheit öfter zu Konflikten. Vielfach wird von Gewalt durch Einsatzkräfte an Demonst-
37 rant*innen, Besucher*innen von Sportveranstaltungen oder auch gänzlich Unbeteiligten berichtet.
38 Ob es sich um Einzelfälle durch individuelles Fehlverhalten handelt, ist dabei zu oft nicht bekannt.
39 Vielfach lassen sich die Beschuldigungen gegenüber Polizist*innen durch fehlende Identifizierbar-
40 keit der einzelnen Beamt*innen nicht nachverfolgen. Anzeigen gegen Unbekannt verstärken folgend
41 die Tendenz, Einheiten oder die Polizei als Ganzes unter Generalverdacht zu stellen.

42 Schon im Koalitionsvertrag 2013 hat sich die rot-grüne Koalition deshalb auf die Einführung einer
43 individualisierten Kennzeichnungspflicht für Polizist*innen geeinigt. Eine Umsetzung dieses Ent-

1 schlusses fehlt jedoch bis heute. Durch die im aktuellen Koalitionsvertrag niedergeschriebene Um-
2 setzung der Kennzeichnungspflicht ist der Wille, diese bei geschlossenen Einsätzen der Polizei ein-
3 zuführen, klar erkennbar. Auch von Seiten der Menschenrechtsorganisation Amnesty International
4 wird die Forderung nach der Umsetzung der Kennzeichnungspflicht seit Jahren artikuliert. Amnesty
5 International wirft dem Staat mit der Anonymität der Polizeikräfte einen Eingriff in die Menschen-
6 rechte vor. Dabei nennt die NGO in einem Positionspapier 2018 drei zentrale Gründe für die Kenn-
7 zeichnung der Beamt*innen, die von weiteren Akteur*innen geteilt werden:

- 8 • Die Stärkung der Bürgernähe und der demokratischen Legitimation des Exekutivorgans Polizei
- 9 • Das stärkere Vertrauen der Öffentlichkeit gegenüber der Polizei
- 10 • Den Schutz vor falschen Anschuldigungen bei Polizeibeamt*innen selbst.

11 Hierbei wird klar, dass die Umsetzung der Kennzeichnungspflicht auch im Interesse der Polizei
12 selbst ist! Die so geschaffene Transparenz und die Personifizierung von Beamt*innen kann somit
13 das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Arbeit der Polizei stärken. Es ist unstrittig, dass dort, wo Men-
14 schen agieren, Fehler auftreten. Dieser Punkt gilt auch für unsere Polizeikräfte. Die gute Ausbildung,
15 die Polizist*innen hier in Niedersachsen erfahren, ist nicht zuletzt auch auf die gute Arbeit der nie-
16 dersächsischen SPD zurückzuführen. Jedoch schützt auch die beste Ausbildung nicht vor Fehlern in
17 der eigenen Arbeitsweise. Individuelles Fehlverhalten kann besser identifiziert und sanktioniert wer-
18 den, wenn durch eine Kennzeichnung das Einstellen von Strafverfahren gegen Polizeikräfte aufgrund
19 einer fehlenden Identifizierung erschwert wird.

20 Durch das Übertragen und Ausüben des staatlichen Gewaltmonopols genießen unsere Polizist*innen
21 großes Vertrauen, aber auch eine hohe Verantwortung. Ein Staat, der transparent und bürgernah ist,
22 muss dieses Handeln nachvollziehbar gestalten und gesetzlich prüfbar machen. Dies gilt insbeson-
23 dere für unsere Demokratie! Denn eins ist unstrittig: Unsere Polizist*innen, die sich an geltendes
24 Recht und Gesetz halten, haben nichts zu verbergen!

25 Mit der bisher nicht umgesetzten Kennzeichnungspflicht steht das Land Niedersachsen aktuell in
26 einer Reihe mit Bundesländern wie Bayern, Sachsen oder auch Nordrhein-Westfalen, wo die unter
27 Rot-Grün eingeführte Kennzeichnungspflicht von der aktuellen schwarz-gelben Regierung wieder ab-
28 geschafft wurde. Niedersachsen schließt sich mit der aktuell nicht umgesetzten Kennzeichnungs-
29 pflicht somit konservativ regierten Bundesländern an. Dies kann nicht unser Anspruch sein! Selbst
30 in Baden-Württemberg wurde eine anonymisierte Kennzeichnung von Polizeikräften zuletzt wieder-
31 eingeführt. Bereits existent ist diese Kennzeichnung in Berlin, Brandenburg, Bremen, Hessen, Meck-
32 lenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen. Das
33 Land Niedersachsen sollte daher endlich mit gutem Beispiel nachziehen und die Kennzeichnungs-
34 pflicht für Polizeikräfte schnellstmöglich umsetzen. Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts
35 aus dem Jahr 2022, welches die Rechtmäßigkeit der Kennzeichnungspflicht zuletzt bestätigte, sind
36 auch die letzten rechtlichen Bedenken ausgeräumt. Daher fordern wir

- 37 • die schnelle, konsequente und zeitnahe Umsetzung der im Koalitionsvertrag niedergeschriebe-
38 nen Kennzeichnungspflicht von Polizeikräften in geschlossenen Einsätzen, wie es bereits im
39 Koalitionsvertrag festgelegt ist.

40 Transparenz ist der Schlüssel für eine bürgernahe und vertrauenswürdige Polizei. Dennoch wissen
41 wir momentan sehr wenig über Handlungen und Folgen dieser bei unseren Polizist*innen. Waffen
42 sind im Polizeialltag nur die allerletzte und äußerste Maßnahme, weshalb es einer genauen Kontrolle
43 des Einsatzes bedarf. Doch auch ohne den Einsatz von Waffen oder Schusswaffen kann die Polizei
44 körperlich eingreifen. Über die körperlichen und psychischen Folgen von Verdächtigungen nach Fest-
45 nahme durch die Polizei gibt es bisher kaum Informationen. Für eine bessere Transparenz und eine
46 Aufklärung über die Folgen polizeilichen Einschreitens fordern wir:

- 47 • das Erstellen einer Statistik, inwiefern Folgeschäden (psychisch/physisch) nach Polizeieinsät-
48 zen auftreten, bzw. aufgetreten sind

49 Das Tragen von Bodycams soll die Transparenz der Polizeiarbeit erhöhen und den Einsatz im Nach-
50 hinein nachvollziehbar machen. Außerdem wird die Beweisaufnahme unterstützt. Nach derzeitigen

- 1 Regeln, schalten die Einsatzkräfte diese Bodycams eigenständig manuell an oder müssen dies nach
2 Aufforderung tun. Ob sie dieser Aufforderung im Zweifelsfall nachkommen, ist fraglich, wenn es um
3 die Angst vor Sanktionierung des eigenen Verhaltens geht. Zum Schutz der Bürger*innen und zur
4 Transparenz des polizeilichen Handelns sollten diese Bodycams im geschlossenen Einsatz dauer-
5 haft aufnehmen. Gleichzeitig müssen diese Aufnahmen zentral gespeichert, von dritten, im besten
6 Fall unabhängigen Organisationen geprüft und in regelmäßigen Abständen gelöscht werden, um
7 dem Grundrecht nach informationeller Selbstbestimmung gerecht zu werden. Um polizeiliches Han-
8 deln nachvollziehbar zu machen und genaue Aufnahmen von Tathergängen zu erhalten, fordern wir:
- 9 • die durchgängige Aufzeichnung von Bodycams, ohne, dass diese durch Polizeikräfte an- und
10 abgeschaltet werden können sowie eine unabhängige Auswertung und Speicherung der Daten

11

12

13

14 **16 - Vollständige Aufhebung der Verjährung für sexuellen Miss-** 15 **brauch von Kindern und Jugendlichen**

16

17 **Antragsteller:** KV Emsland

18 **Beschluss:** Weiterleitung an den Landesparteirat

19

20 Sexualstraftaten an Kindern, Jugendlichen und Schutzbefohlenen sollen nicht mehr der Verjährung
21 unterliegen, die entsprechenden Verjährungsfristen sind vollständig aufzuheben.

22 **Begründung:**

23 Nach einer Gesetzesänderung im Januar 2015 ruht die Verjährung bei Sexualstraftaten u.a. an Kin-
24 derten, Jugendlichen und Schutzbefohlenen nach § 78b StGB bis zur Vollendung des 30. Lebensjahres
25 des Opfers der Tat, anstatt wie zuvor nur bis zum 21. Lebensjahr.

26 Das bedeutet, dass die Verjährung bei (beispielsweise) einem sexuellen Missbrauch von Kindern
27 nach § 176 Abs.1 StGB erst zu laufen beginnt, wenn das Opfer 30 Jahre alt geworden ist. Rechnet man
28 nun die 20-jährige Verjährungsfrist hinzu, verjährt die Tat mit dem 50. Geburtstag des Opfers.

29 Die Gesetzesänderung im Jahr 2015 war eine deutliche Verbesserung der bis dahin geltenden Rechts-
30 lage, reicht aber letztendlich nicht aus.

31 Die Aufdeckung der Missbrauchsfälle innerhalb der katholischen Kirche zeigt ebenso beispielhaft
32 wie erschütternd, dass Opfer sexuellen Missbrauchs in der Regel Jahrzehnte brauchen, um über die
33 schwerwiegenden Taten, die sie im Kindesalter erlitten haben, zu sprechen. Wenn Dinge, die man
34 erlebt hat, nicht mehr aktiv verarbeitet werden können, weil das Kind noch jung ist, ein Missbrauch
35 immer wieder vorkommt, Hilfe und Unterstützung nicht vorhanden sind oder keine altersgemäße
36 Stressverarbeitung möglich ist, dann muss das Erlebte aus der Erinnerung und dem Bewusstsein
37 verdrängt werden.

38 Missbrauchten Menschen, besonders Kindern und Jugendlichen, fällt es oft schwer, ihre Gefühle zu
39 kontrollieren und in Worte zu fassen. Sie misstrauen anderen, haben eine sehr niedrige Frustrations-
40 toleranz. Und es kann manchmal zu unvorhersehbaren Wutanfällen kommen oder sie richten ihre
41 Wut gegen sich selbst (Haare ausreißen, Verbrennungen zufügen, Haut ritzen). Nicht selten weisen
42 die Biografien der Betroffenen Depressionen, Angstzustände, Suchtkrankheiten bis hin zu Suiziden
43 auf.

1 Im besten Fall erfolgt die Aufarbeitung der tiefen seelischen und psychischen Verletzungen im Rah-
2 men einer Psychotherapie. Die Opfer des Missbrauchs erkennen, wegen des beschriebenen, unaus-
3 weichlichen Verdrängungsmechanismus, erst sehr spät, wie groß die Verletzungen waren und wie
4 gravierend sich das Trauma des Erlebten auf das eigene Leben ausgewirkt hat. Aufgrund der Hoff-
5 nungslosigkeit der erlittenen Situation wird die Realität umgedeutet und die Person sucht nach Er-
6 klärungen, die den Täter von Schuld befreien. Opfer leugnen hier oft die erlebte Gewalt und die eigene
7 Verletzung und geben sich selbst eine Mitverantwortung.

8 Daraus folgt, dass die notwendige aktive Auseinandersetzung mit dem Missbrauch erst sehr spät
9 einsetzt, häufiger Anlass für den Beginn einer Therapie ist eine akute Belastungsstörung, auch als
10 Nervenzusammenbruch bekannt. Und häufig erkennen die in ihrer Kindheit missbrauchten Perso-
11 nen erst im Laufe dieser Therapie, dass die Schuld einzig beim Täter liegt. Erst am Ende dieses lang-
12 wierigen, unter Umständen mehrere Jahre dauernden Prozesses ist die betroffene Person gegeben-
13 enfalls bereit und in der Lage, den Täter anzuzeigen. Trotz der in 2015 verlängerten Verjährungsfrist
14 für sexuellen Missbrauch ist es dann aber häufig zu spät, um den Missbrauch zur Anzeige zu bringen
15 und den Täter zur Verantwortung zu ziehen. Die Opfer werden bis an ihr Lebensende mit den Folgen
16 des Missbrauchs zu kämpfen haben. Die Täter sollen dem gleichgestellt sein und bis an ihr Lebens-
17 ende der möglichen Strafverfolgung unterliegen.

18

19

20

21 **I7 - NKomVG novellieren, Fraktionsstärke staffeln**

22

23 **Antragsteller:** OV Hannover Kleefeld-Heideviertel

24 **Beschluss:** Weiterleitung an den Landesparteirat

25

26 Die SPD Niedersachsen setzt sich dafür ein, im Zuge der mit Bündnis 90/Die Grünen vereinbarten
27 Novellierung des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes den § 57 (1) NKomVG dahinge-
28 hend zu formulieren, dass die Stärke der Fraktionen oder Gruppen in den Vertretungen künftig ge-
29 staffelt nach Größe der Vertretung entsprechend der Zahl der Abgeordneten (§ 46 NKomVG) erfolgt.

30 **Begründung:**

31 Während § 46 NKomVG sehr detailliert die Größe der Vertretungen nach der Zahl der Einwohnerinnen
32 und Einwohner staffelt, entbehrt § 57 (1) jeglicher Differenzierung. Die Einführung des d'Hondtschen
33 Höchstzahlverfahrens bei der Novellierung des § 71 NKomVG (Ausschüsse der Vertretung) vor zwei
34 Jahren hat die Landesregierung mit der „verstärkten Fragmentierung der kommunalen Vertretung
35 durch eine Zunahme der jeweils vertretenen Gruppierungen“ begründet wie auch mit der „Tatsache,
36 dass der organisatorische und finanzielle Aufwand für die Vorbereitung und Durchführung der Sit-
37 zungen dadurch steigt“.

38 Hat die NKomVG-Novelle der genannten „Fragmentierung der kommunalen Vertretung“ bereits durch
39 das neue Verfahren bei der Ausschussbesetzung entgegengewirkt, so ist eine Differenzierung bei der
40 Mindeststärke der Fraktionen entsprechend der Größe der Vertretungen unterblieben, obwohl diese
41 erheblich den „organisatorischen und finanziellen Aufwand“ für die Vertretung und damit für die
42 Kommunen insgesamt deutlich verringern würde.

43 Vielmehr lähmt die bisherige Regelung, wonach bereits zwei Abgeordnete einer Vertretung unabhän-
44 gig von der Größe der Vertretung eine Fraktion oder Gruppe bilden können, zunehmend vor allem die
45 größeren kommunalen Vertretungen. Sie erschwert bei der Vielzahl an Fraktionen die Mehrheitsbil-
46 dung in den Vertretungen und strapaziert die Finanzen der betroffenen Kommunen durch die Zu-
47 wächse an Fraktionen, da die Kommunen für die auskömmliche Ausstattung der Fraktionen zu sor-
48 gen haben.

1 Möglich wäre eine Staffelung, die sich an die Geschäftsordnungen des Deutschen Bundestages und
2 des Niedersächsischen Landtages anlehnt, wonach mindestens fünf Prozent der Abgeordneten des
3 Parlaments zur Bildung einer Fraktion notwendig sein.

4

5

6

7 **18 - Sicherung des kommunalen Grundvermögens**

8

9 **Antragsteller:** OV Hannover Kleefeld-Heideviertel

10 **Beschluss:** Weiterleitung an den Landesparteirat

11

12 Die SPD Niedersachsen setzt sich dafür ein, dass das Land künftig den Erwerb kommunalen Grund-
13 vermögens bei der Haushaltsgenehmigung der Kommunen nicht mehr im Rahmen der Kreditober-
14 grenzen anrechnen wird.

15 Damit leistet die SPD Niedersachsen einen wesentlichen Beitrag dazu, den Kommunen die Bevorra-
16 tung von Flächen und damit eine aktive(re) Bodenpolitik zu ermöglichen.

17 **Begründung:**

18 Das Grundvermögen der Kommunen ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass sie vor allem
19 mit Blick auf die Bereitstellung von Flächen für den Wohnungsbau, für die Ansiedlung und Entwick-
20 lung von Gewerbe wie auch für die Entwicklung von Freiflächen im Sinne des Klimaschutzes und der
21 Naherholung handlungsfähig bleiben. Deshalb brauchen die Kommunen Flächenvorräte, die ihnen
22 eine aktive Bodenpolitik ermöglichen. Zugleich schaffen Investitionen in Grund und Boden stabile
23 und auf absehbare Zeit wachsende Vermögenswerte.

24

25

26

27 **19- Bürgernahe Behörden sind Teil einer gelebten Demokratie**

28

29 **Antragsteller:** OV Gleichen

30 **Beschluss:** Weiterleitung an den Landesparteirat

31

32 Bürgernahe Behörden sind Teil einer gelebten Demokratie. Bei technisch orientierten Landesbehör-
33 den, insbesondere der NLSTBV, sind die Belange der Bürger*innen nicht Teil ihrer Aufgabe.

34 Das Land Niedersachsen identifiziert Behörden deren Aufgabenstellung keinen direkten Zusammen-
35 hang mit einzelnen Bürger*innen oder Gruppen hat, aber bei Durchführung die Rechte und Lebens-
36 qualität dieser einschränkt bzw. einzuschränken droht. Im nächsten Schritt werden geeignete Maß-
37 nahmen und Methoden (z.B. Antizipation von Konflikten, transparente Moderation u.a.) entwickelt
38 und für die Behörden verbindlich gemacht, um eine zeitgemäße Bürgerorientierung in die behördli-
39 chen Prozesse einzubinden.

40 **Begründung**

41 Nachgeordnete Landesbehörden veranlassen in ihrem Zuständigkeitsbereich Maßnahmen, die für
42 den jeweiligen Umfang eine rechtlich einwandfreie Grundlage haben.

1 Mittelbar sind aber häufig Menschen betroffen, deren Individual- oder Gruppeninteressen in den je-
2 weils geregelten Prozessen keine Berücksichtigung finden. Deutlich wird dies immer wieder am Bei-
3 spiel und Verhalten der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, so jüngst im
4 Raum Gleichen.

5 Sanierungsmaßnahmen an Straßen werden festgelegt und die Umsetzung wird terminiert. Die ein-
6 zige Information für die betroffene Öffentlichkeit ist in der Regel die wenigen Tage vor Beginn der
7 Maßnahme angeordnete Verkehrseinschränkung, in zunehmendem Maß eine Vollsperrung aus ar-
8 beitssicherheitstechnischen Gründen.

9 Die Folge ist Unverständnis und Protest der betroffenen Öffentlichkeit begleitet von der regionalen
10 Presse und protestierenden Trittbrettfahrern. Ein Pressesprecher übernimmt die Kommunikation der
11 Behörde. Die öffentliche Stimmung kippt langsam zulasten der Behörde. Am Sachverhalt und Vorge-
12 hen seitens dieser ändert sich aber nichts. Im Gegenteil wird mit dem Hinweis auf interbehördliche
13 Abstimmung der Sachstand zementiert und der kritische Zugang Betroffener blockiert.

14 Solche auch in stärkerem Maße bei anderen Landesbehörden zu beobachtende Abläufe sind in kei-
15 ner Weise zeitgemäß, sie untergraben vor allem das Vertrauen von Bürgerinnen und Bürgern in das
16 Handeln des Staates und führen am Ende häufig zu innerlicher Abkehr und Zweifel am demokrati-
17 schen Wesen.

18 Es geht ausdrücklich nicht um neue Bürgerbeteiligungsmodelle, sondern es geht um die die Ent-
19 wicklung von zeitgemäßem bürgernahen Behördenhandeln.

20

21

22

23 **I10- Lehrgangsangebot für Führungskräfte der Freiwilligen Feuer-** 24 **wehren ausbauen und stärken**

25

26 **Antragsteller:** OV Vordorf

27 **Beschluss:** Weiterleitung an den Landesparteirat

28

29 Das Lehrgangsangebot für Führungskräfte in den Freiwilligen Feuerwehren soll den Bedarfen ent-
30 sprechend ausgebaut, erweitert und gestärkt werden.

31 **Begründung:**

32 Die Freiwilligen Feuerwehren sind ein essenzielles Fundament für den niedersächsischen Brand-
33 und Katastrophenschutz. Ohne eine kontinuierliche Ausbildung von Führungskräften ist die Einsatz-
34 fähigkeit der Freiwilligen Feuerwehren nachhaltig beeinträchtigt. Nachwuchskräfte können schlicht-
35 weg nicht nachrücken, da Lehrgangsangebote fehlen.

36 Das Lehrgangsangebot und die Zuteilung von beispielsweise Truppführer, Gruppenführer und Zug-
37 führerlehrgängen an der Niedersächsischen Akademie für Brand- und Katastrophenschutz ent-
38 spricht keineswegs den Bedarfen der örtlichen Feuerwehren. Hier muss dringend nachgebessert wer-
39 den und das Angebot erweitert werden, damit alle Bedarfe gedeckt werden können. Vielen Ortsbrand-
40 meister:innen sowie Jugend- und Kinderfeuerwehrwart:innen fehlen die erforderlichen Lehrgänge
41 und werden mit Ausnahmegenehmigungen kommissarisch eingesetzt. Dieser Zustand entspricht
42 nicht der Wertschätzung und Förderung sowie der Aufrechterhaltung des Ehrenamtes Feuerwehr.

43

44

45

1 **I11- Änderung der Niedersächsischen Kommunalverfassung: Neben-** 2 **einander von Ortsräten und Stadtbezirksräten ermöglichen**

3

4 **Antragsteller:** OV Göttingen-Nordost

5 **Beschluss:** Weiterleitung an den Landesparteirat

6

7 Die Nds. Kommunalverfassung soll ein Nebeneinander von Ortsräten und Stadtbezirksräten als
8 Mischform zulassen.

9 Alternativ soll es bei der Einführung von Stadtbezirksräten den Gemeinden und Räten ermöglicht
10 werden, über die Größe und Gestalt der Grenzen von Stadtbezirken frei zu entscheiden.

11 **Begründung:**

12 Die Nds. Kommunalverfassung soll ein Nebeneinander von Ortsräten und Stadtbezirksräten in Städ-
13 ten mit mehr als 100.000 Einwohnern*innen als Mischform zulassen. In Niedersachsen ist dies im
14 Unterschied zu anderen Bundesländern bisher nicht möglich.

15 Alternativ soll es bei der Einführung von Stadtbezirksräten den Gemeinden und Räten ermöglicht
16 werden, über die Größe und Gestalt der Grenzen von Stadtbezirken frei zu entscheiden. Dadurch
17 könnten die historisch gewachsenen Grenzen bestehender in der Bevölkerung verankerter Ortsräte
18 in Stadtbezirksräte überführt werden und die bisher nicht durch eine Stadtteilvertretung vertretene
19 Bevölkerung der Kernstädte bekäme ein Sprachrohr durch neue Stadtbezirksräte.

20 In weiten Teilen des Stadtgebietes Göttingen etwa sind für insgesamt 13 Göttinger Ortsteile neun
21 Ortsräte für die Bürger/innen tätig. Die Geschichte der Göttinger Ortsteile und Ortsräte geht auf Ein-
22 gemeindungsprozesse in den Jahren 1964 und 1973 zurück. Ortsräte vertreten die Interessen der Ort-
23 schaft und fördern deren positive Entwicklung innerhalb der Gemeinde.

24 Die Kernstadt Göttingens jedoch mit allein 55.000 Einwohner*innen wird nicht durch Ortsräte ver-
25 treten. Auch diese Einwohner*innen haben das berechnigte Anliegen, ebenfalls durch eine Stadtteil-
26 vertretung repräsentiert zu werden. Nach der derzeitigen Rechtslage in § 90 NKomVG ist es nur mög-
27 lich, die gesamte Stadt flächendeckend in Stadtbezirksräte aufzuteilen. Solche Stadtbezirksräte ha-
28 ben gegenüber den bestehenden Ortsräten sogar den Vorteil, dass sie auch initiativ tätig sein kön-
29 nen.

30 Nach Auffassung des Nds. Innenministeriums müssen aber solche Stadtbezirksräte in etwa gleich
31 groß geschnitten sein. Es ist also bisher nicht möglich, bei der flächendeckenden Einführung von
32 Stadtbezirksräten die historisch gewachsenen Grenzen der bestehenden Ortsräte als Stadtbezirks-
33 räte zu übernehmen.

34 Heute liegen beispielsweise die Einwohnerzahlen von ca. 1.000 Einwohnern im Ortsteil Göttingen-
35 Roringen mit eigenem Ortsrat bis 20.000 Einwohnern in Göttingen-Geismar mit eigenem Ortsrat weit
36 auseinander. Bei einem freien Zuschnitt der Stadtbezirksgrenzen durch den Rat der Stadt könnten
37 die Vorteile beider Systeme berücksichtigt werden. Hierzu ist die Nds. Kommunalverfassung entspre-
38 chend zu ändern.

39 Basisdemokratische Partizipation, Bürgerbeteiligung und Verhinderung von Politikverdrossenheit
40 wird in der aktiven Arbeit der Ortsräte vorgelebt. Bürokratische Regelungen in der Nds. Kommunal-
41 verfassung verhindern jedoch bisher eine notwendige Reform, die neben den bestehenden Ortsräten
42 die übrigen Einwohner*innen der Stadt durch Stadtbezirksräte vertritt. Eine Änderung im § 90
43 NKomVG würde die Vorteile beider Systeme zusammenführen.

44 Die Bürger und Bürgerinnen, die heute in einem Ortsratsgebiet leben, sind politisch privilegiert, da
45 sie ein politisches Sprachrohr haben, über eine Repräsentanz verfügen und über zusätzliche Haus-
46 haltsmittel für ihre Vereinsleben und ihr Gemeindegebiet verfügen. Gleiches Recht wird auch von den
47 Einwohnern und Einwohnerinnen des übrigen Stadtgebietes berechtigterweise eingefordert.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47

I12- Lokale Berichterstattung fördern

Antragsteller: KV Emsland

Beschluss: Weiterleitung an den Landesparteirat

Die lokale Berichterstattung soll durch geeignete Fördermaßnahmen unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Bedürfnisse der diversen medialen Kanäle und Plattformen gestärkt und wiederbelebt werden.

Begründung:

Der drastische Rückgang der lokalen Berichterstattung gibt zunehmend Anlass zu Besorgnis. Der Zusammenhang zwischen der Berichterstattung zu örtlichen Ereignissen, Veranstaltungen und kommunalpolitischen Entscheidungen und dem gesellschaftlichen und politischen Engagement der Bürgerinnen und Bürger wird in zahlreichen Studien eindeutig belegt. Neben den drei Kernfunktionen Information, Meinungsbildung, Kontrollfunktion, die die Presse in demokratischen Gesellschaften erfüllt, ordnet die Journalismusforschung insbesondere der Lokalpresse weitere Funktionen zu. Darunter nicht zuletzt die Recherche, Aufbereitung und Bereitstellung von lokalen Geschehnissen und damit der Schaffung und Stärkung eines sozialen Gefüges beizutragen.

Das von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien in Auftrag gegebene Gutachten zur „Situation der Lokalpresse und ihre Herausforderungen im Zeitalter der Digitalisierung“ stellt im Rahmen der umfassenden Analyse fest, dass insbesondere der Lokal- und Regionaljournalismus sich in einer sich verschärfenden Krise befindet. Somit wäre zukünftig mit einer zunehmenden Marktkonzentration sowie mit weiteren Einsparungen in den Lokal- und Regionalredaktionen zu rechnen. Diese strukturellen Entwicklungen seien eine Bedrohung für die inhaltliche Vielfalt in der lokalen Berichterstattung.

Es steht also zu befürchten, dass nicht nur die Berichterstattung, sondern auch das Engagement der Menschen für ihre und in ihren Gemeinden einem weiteren Niedergang entgegengeht. Unter der allgemein gültigen, herrschenden Meinung, dass die Kommune die Keimzelle der Demokratie ist, so kann man diese Entwicklung auch als Bedrohung für unsere freiheitlich, demokratische Grundordnung betrachten, der mit allen Mitteln entgegengewirkt werden muss. Dazu gehört auch die direkte Presseförderung, die gezielt die lokale Berichterstattung adressieren soll. Zwingend muss dabei selbstverständlich beachtet werden, dass die Staatsferne und Unabhängigkeit der Presse durch die Förderung nicht beeinträchtigt werden. Die Förderung soll außerdem plattformneutral sein und in transparenter und differenzierter Form die diversen Erscheinungsformen wie Tageszeitungen, Anzeigenblätter aber auch rein digitale Angebote berücksichtigen.

In seiner Rede anlässlich der Medienpolitischen Stunde des 46. Kongresses Deutscher Lokalzeitungen am 01. Juni 2022 in Berlin, kündigte Bundeskanzler Olaf Scholz an, sich im Besonderen für den Schutz des Lokaljournalismus und den Erhalt einer flächendeckenden Versorgung mit regelmäßig erscheinender Presse einzusetzen. Die zu dem genannten Anlass angekündigte Prüfung, welche Fördermöglichkeiten geeignet und ob ein staatlicher Förderbedarf gerechtfertigt sein könnte, sollte inzwischen erfolgt sein.

Die niedersächsische SPD soll sich an den zu erwartenden Beratungen zur Förderung der qualitätsvollen, flächendeckenden lokalen Berichterstattung unterstützend und konstruktiv beteiligen und auf die baldige Einführung wirkungsvoller Förderinstrumente hinwirken.

1

2

3 **I13– Hilfsfonds für notleidende gemeinnützige soziale Organisatio-** 4 **nen**

5

6 **Antragsteller:** OV Barnstorf

7 **Beschluss:** Weiterleitung an den Landesparteirat

8

9 Die Landtagsfraktion wird aufgefordert sich für einen Fonds einzusetzen, der notleidende gemein-
10 nützige Organisation mit Liquiditätshilfen unterstützt. In der aktuell angespannten Situation auf
11 dem Fachkräftemarkt, stellen kurzfristige Finanzierungslücken eine Bedrohung für die langfristige
12 Überlebensfähigkeit gemeinnütziger Organisationen dar. Durch den Verlust von hauptamtlichen
13 Mitarbeiter/innen auf Grund von Finanzierungslücken, die aus dem Wechsel von Förderprogrammen
14 oder des Fördermittelgebers resultieren, kann die Organisation als solche in ihrer Existenz bedroht
15 sein.

16 **Begründung**

17 Gemeinnützige soziale Organisationen sind Netzwerke zwischen hilfsbedürftigen Menschen, ehren-
18 amtlich engagierten Unterstützer/innen, Spendengeber/innen und kooperierenden Organisationen.
19 Häufig werden hauptamtliche Mitarbeiter/innen über projektabhängige Mittel finanziert. Laufen
20 diese Projekte aus, droht der Organisation ein Verlust ihrer Funktionsfähigkeit, der im schlimmsten
21 Fall das gesamte soziale Netzwerk zusammenbrechen lässt. Der strukturelle Wert von gemeinnützi-
22 gen Organisationen für die Gesellschaft ist weitaus größer als die Lohnkosten ihrer Mitarbeiter/in-
23 nen und/oder andere laufende Kosten der Organisation. Neben dem allgemeinen gesellschaftlichen
24 Nutzen würden die betroffenen Mitarbeiter/innen von einem gesicherten Arbeitsverhältnis profitie-
25 ren. Der im Antrag genannte Fonds zielt dabei nicht auf eine perspektivlose Unterstützung ab, son-
26 dern soll insbesondere dann helfen, wenn eine zukünftige Finanzierung bereits absehbar gesichert
27 ist. Beispielsweise erhalten die niedersächsischen Krebsberatungsstellen seit 2022 eine finanzielle
28 Unterstützung durch das Land Niedersachsen. Eine finanzielle Lücke, die – trotz Zusage der Gesund-
29 heitsministerkonferenz – wegen fehlender Haushaltsmittel im Jahr 2021 entstanden ist, verursacht
30 für viele Krebsberatungsstellen bis heute eine existenzielle Notlage.

31

32

33

34 **I14– Den 8. Mai als Feiertag anerkennen**

35

36 **Antragsteller:** UB Verden

37 **Beschluss:** Weiterleitung an den Landesparteirat

38

39 Der SPD-Landesparteitag begrüßt die Initiative der Landesverbände von SPD und Grünen, die Einfüh-
40 rung eines weiteren Feiertages im Land zu prüfen. Der SPD-Landesparteitag regt an: der 8. Mai, der
41 Tag der Befreiung von der NS-Diktatur, sollte Feiertag sein.

42 **Begründung:**

43 Demokratisch gesinnte Bürgerinnen und Bürger, darunter auch viele Sozialdemokraten, sind in den
44 zwölf Jahren der NS-Diktatur von 1933 bis 1945 von der Gestapo verhaftet, gedemütigt und getötet

1 worden. Diesen Menschen gilt es am Tag der Befreiung zu gedenken und Respekt zu zollen. Im euro-
2 päischen Ausland hat der Tag der Befreiung teilweise einen hohen Stellenwert.

3 Drei geschichtsträchtige Daten stehen für einen weiteren Feiertag in Niedersachsen zur Diskussion
4 und Prüfung. Wie schon vor einigen Jahren spricht sich die Mitgliederversammlung des SPD-Orts-
5 vereins für den 8. Mai, den Tag der Befreiung von der NS-Diktatur, aus.

6 Auch in der Tschechischen Republik und unserer Partnergemeinde Letovice ist der 8. Mai nationaler
7 Feiertag. Schon seit Jahren wird an diesem Tag in Letovice, gemeinsam mit Sozialdemokraten aus
8 Kirchlinteln und Letovice, der Opfer der NS-Diktatur gedacht. Warum nicht auch in Niedersachsen
9 und Kirchlinteln?

10 Bereits im Januar 2018 sprach sich der SPD-Ortsvereinsvorstand für den 8. Mai als zusätzlichen Fei-
11 ertag aus. Damals wurde argumentiert, dass an diesem Tag im Jahr 1945 die amerikanischen, russi-
12 schen, britischen und französischen Soldaten die zwölfjährige Naziherrschaft im Deutschen

13 Reich und den von den Nationalsozialisten angeführten Zweiten Weltkrieg beendeten.

14

15

16

17 **Partei**

18 **P1- Beschlussmonitoring für Parteitagsbeschlüsse**

19

20 **Antragsteller:** OV Hannover Kleefeld-Heideviertel

21 **Beschluss:** Weiterleitung an den Landesparteirat

22

23 Die SPD Niedersachsen

- 24 - wird ein Beschlussmonitoring über die Beschlüsse der Landesparteitage einführen;
25 - wird sich auf Bundesebene durch einen entsprechenden Antrag an den Bundesparteitag für ein
26 Beschlussmonitoring von Parteitagsbeschlüssen einsetzen, das für alle Ebenen (Unterbezirke,
27 Bezirke, Landesverbände und Bund) verbindlich ist.

28 Das Beschlussmonitoring führt alle Parteibeschlüsse der jeweiligen Ebene auf und dokumentiert
29 einmal jährlich die Umsetzung der Parteibeschlüsse.

30 Das Beschlussmonitoring ist öffentlich über die jeweilige Homepage der entsprechenden Gliederung
31 einsehbar zu machen.

32 **Begründung:**

33 Die Dokumentation von Parteitagsbeschlüssen ist ein wesentlicher Bestandteil des Berichtswesens
34 der Partei. Bislang fehlen jedoch sowohl eine durchgängige Dokumentation von Parteitagsbeschlüs-
35 sen als auch eine Dokumentation ihrer Umsetzung. Gerade dies ist aber wesentlich, um die Hand-
36 lungskraft und den Gestaltungswillen der SPD zu dokumentieren und zu demonstrieren.

37 Zudem kann ein Beschlussmonitoring die Entwicklung und Beratung von Anträgen im Vorfeld von
38 Parteitag vereinfachen, da bereits beschlossene und vor allem umgesetzte Anträge dann obsolet
39 werden.

40

1

2

3 **P2 – Historische Kommission für die niedersächsische SPD einsetzen**

5

6 **Antragsteller:** OV Göttingen-Ost

7 **Beschluss:** Weiterleitung an den Landesparteirat

8

9 Der SPD-Landesvorstand wird aufgefordert, eine Historische Kommission einzurichten.

10 Die Kommission sollte folgende Aufgaben wahrnehmen:

- 11 - Entwicklung eines mittelfristigen Programms, das die Geschichte der niedersächsischen SPD
- 12 mit Veranstaltungen und Events vorstellt. Im Mittelpunkt sollte die SPD-Geschichte seit Grün-
- 13 dung des Landes stehen,
- 14 - Vorschläge für Publikationen erarbeiten,
- 15 - Die Bezirke, Unterbezirke und Ortsvereine bei deren Jubiläen beraten.

16

17

18

19 **Soziales & Gesundheit**

20 **SG 1 - Umsetzung der Kindergrundsicherung**

21

22 **Antragsteller:** AfB Niedersachsen

23 **Beschluss:** Weiterleitung an den Landesparteirat

24

- 25 1. Die SPD Niedersachsen spricht sich für die zügige Umsetzung der Kindergrundsicherung aus.
- 26 2. Die SPD Niedersachsen fordert die bedarfsgerechte Umsetzung des Vorhabens in den Haus-
- 27 haltsverhandlungen im Bund.
- 28 3. Die SPD Niedersachsen hält an flankierenden Maßnahmen fest, die über die Kindergrundsiche-
- 29 rung als reine Zahlungen an die Eltern hinausgehen und Infrastrukturmaßnahmen wie, die
- 30 Schaffung bundesweit guter und beitragsfreier Kitas, kostenlose Ganztagsangebote für Schul-
- 31 kinder und die kostenlose Nutzung von Bus und Bahn für alle Kinder zur Schaffung für mehr
- 32 Chancengleichheit vorsehen.

33 **Begründung:**

34 Die Kindergrundsicherung ist eines der zentralen Projekte, zu denen sich diese Bundesregierung in
35 ihrem Koalitionsvertrag verpflichtet hat. Sie ist eine Chance sehr viele Kinder aus der Armut zu holen
36 und ihnen die Teilhabe an unserer Gesellschaft und eine gute Zukunft zu ermöglichen.

37 Es ist daher unerträglich dabei zuzusehen, wie Finanzminister Lindner dieses für uns als SPD so
38 zentrale Projekt blockiert und wir an der Basis in eine Erklärungsnot gegenüber unseren Wählerinnen
39 und Wählern, den vielen Eltern in unserem Land, geraten.

1 Als Sozialdemokraten haben wir aber bereits erkannt, dass es mehr braucht als nur die bisherigen
2 Leistungen an Eltern zu bündeln und haben daher ein eigenes, sehr gutes Konzept für die Kinder-
3 grundsicherung vorgelegt, in denen weitere flankierende Maßnahmen benannt werden.

4 Eine gute und beitragsfreie Kita ist hier genauso wichtig, wie ein bundesweiter kostenloser Nahver-
5 kehr für Kinder. Denn wir ermöglichen unseren Kindern nur dann echte Zukunftschancen, wenn wir
6 auch in die Strukturen investieren, in denen sich Kinder außerhalb ihrer Familie aufhalten. Kosten-
7 freie Angebotsstrukturen wie Schulessen, Lernförderung, digitale und analoge Lernmittel und die
8 Teilhabe an den Angeboten von Vereinen und Organisationen im Rahmen des Ganztages geben Kin-
9 dern die Chance, Ideale zu entwickeln, Vorbilder kennen zu lernen, Orientierung zu finden und sich
10 frei zu entfalten.

11

12

13

14 **SG 2 - Rentenerhöhungen mind. auf dem Niveau des Inflationsaus-** 15 **gleichs**

16

17 **Antragsteller:** OV Hannover Oststadt/Zoo

18 **Beschluss:** Weiterleitung an den Landesparteirat

19

20 Zur Stärkung der gesetzlichen Rente und des Vertrauens in ihre Kaufkraft soll im SGB VI eine Rege-
21 lung verankert werden mit dem Inhalt, dass die jährlichen Rentenerhöhungen immer mindestens
22 auf dem Niveau der jährlichen Inflation zu erfolgen haben.

23 **Begründung:**

24 Während sich die Inflationsrate im Juli 2021 in Deutschland auf 3,8 % belief und damit auf den
25 höchsten Stand seit Jahrzehnten kletterte, im Jahresvergleich auf rund 3 %, fiel die zum 01.07. jeden
26 Jahres üblicherweise stattfindende Rentenerhöhung im Jahr 2021 für die Rentnerinnen und Rentner
27 in Westdeutschland komplett aus.

28 Für alle betroffenen Rentnerinnen und Rentner bedeutete dieser Ausfall einen erheblichen Verlust
29 der Kaufkraft.

30 Mittlerweile hat die Inflation zwischenzeitlich zweistellige Werte erreicht, mit denen Realrentenver-
31 luste in beträchtlicher Höhe einhergehen. Um konjunkturelle und inflationsbedingte Herausforde-
32 rungen gesellschaftlich nicht auf den Schultern der Rentnerinnen und Rentner abzuladen, ist diese
33 Untergrenze erforderlich.

34 Um in Zukunft sicherzustellen, dass es nicht mehr zu Kaufkraftverlusten hinsichtlich der meist
35 schwer erarbeiteten Renten kommt, bedarf es eines gesetzlichen Anspruchs.

36

37

38

39 **SG 3 - Förderung eines Teleneurologie-Netzwerk-Projektes**

40

41 **Antragsteller:** OV Hannover Kleefeld-Heideviertel

42 **Beschluss:** Weiterleitung an den Landesparteirat

1

2 Die SPD Niedersachsen setzt sich ein für die Förderung eines Projektes eines Niedersachsen-weiten
3 Teleneurologie-Netzwerks zur Sicherstellung der Schlaganfallakutbehandlung in unterversorgten
4 Kreisen und Krankenhäusern Niedersachsens.

5 **Begründung**

6 Der Schlaganfall stellt in Niedersachsen eine der häufigsten Todesursachen und die häufigste Ur-
7 sache von bleibender Behinderung dar. Durch Schlaganfälle kommen auf die Betroffenen wie auch auf
8 unsere Gesellschaft hohe direkte und indirekte Kosten zu. Aktuell besteht für Bürger*innen in vielen
9 Regionen Niedersachsens durch eine fehlende neurologische Expertise zur Behandlung von Schlag-
10 anfällen eine Versorgungslücke.

11 Die Lösung dieses Problems liegt in der Gründung eines landesweiten telemedizinischen Netzwerks
12 der Medizinischen Hochschule Hannover (MHH). Diese besitzt bereits eine langjährige Expertise in
13 der Anwendung teleneurologischer Konzepte für den Schlaganfallbereich, inklusive Patientenunter-
14 suchung per Videokonferenz rund um die Uhr an 365 Tagen im Jahr. Ziel ist es, die Patienten mehr-
15 heitlich heimatnah weiter zu versorgen. Mit der Teleneurologie als Lotsenfunktion ist es möglich, für
16 schwere Formen des Schlaganfalls eine sofortige Weiterverlegung in ein spezialisiertes Schlagan-
17 fallzentrum bzw. ein sogenanntes neurointerventionelles Zentrum zu gewährleisten, das eine Kom-
18 plexbehandlung durch Intervention und/oder Operation vorhält.

19 Der telemedizinische Lösungsansatz ist nicht nur kostengünstig, sondern passt auch zum Digitali-
20 sierungskonzept des Landes. Bestehende Versorgungsstrukturen, aber auch die aktuellen Be-
21 schlüsse zu den Versorgungskonzepten der Krankenhäuser werden durch kontrollierte Zuweisung
22 nicht nur berücksichtigt, sondern bestärkt. Zur Verwirklichung des Konzeptes und Sicherstellung
23 der Schlaganfallversorgung in allen an der Notfallversorgung des Schlaganfalls teilnehmenden nie-
24 dersächsischen Kliniken wird eine Anschubfinanzierung des Landes sowie die anschließende Über-
25 nahme der durch Zentralisierung verdichteten Personalkosten im Bereitschaftsdienstmodell durch
26 die Krankenkassen benötigt.

27 Zusammenfassend stellt die Teleneurologie eine sichere sowie wenig personalintensive Lösung dar.
28 Aus diesem Grunde soll die SPD Niedersachsen sich für die Förderung dieses Projektes einsetzen.

29

30

31

32 **SG 4 - Patientensicherheit gemeinsam systematisch implementie-** 33 **ren und kontinuierlich in Niedersachsen verbessern**

34

35 **Antragsteller:** OV Hannover Kleefeld-Heideviertel

36 **Beschluss:** Weiterleitung an den Landesparteirat

37

38 Die SPD Niedersachsen setzt sich dafür ein,

- 39 1. Patientensicherheit als Disziplin im Gesundheitswesen für Niedersachsen zu deklarieren
- 40 2. eine landesweite abgestimmte Strategie und Ziele zu definieren, zugleich aber eine Anpassung
41 an das jeweilige Profil und die jeweilige Expertise der Einrichtungen des Gesundheitswesens zu
42 ermöglichen,
- 43 3. die Einrichtungen des Gesundheitswesens bei der Administration und Organisation von Patien-
44 tensicherheit zu unterstützen,
- 45 4. für alle Mitarbeitende der Patientensicherheit Qualifikationen sowie die gemeinsame und ge-
46 genseitige Beratung und Austausch zu ermöglichen und niederschwellig anzubieten,
- 47 5. und hierbei die vorhandenen Ressourcen optimal zu nutzen.

1 **Begründung:**

2 Um die Patientensicherheit in allen Einrichtungen des Gesundheitswesens in Niedersachsen zu im-
3 plementieren und umzusetzen, soll Patientensicherheit als eigene Disziplin deklariert und in einer
4 landesweiten Strategie hinterlegt werden. Diese Strategie soll an die Profile und Expertisen der Ein-
5 richtungen angepasst sein und die Administration und Organisation von Patientensicherheit unter-
6 stützen. Zur Erhöhung der Patientensicherheit sind entsprechende Qualifikationen für die Beschäf-
7 tigten im Gesundheitswesen anzubieten und die vorhandenen Ressourcen optimal zu nutzen.

8 Jede Einrichtung des Gesundheitswesens hat inzwischen unterschiedliche Methoden, Strukturen,
9 Prozesse und Ressourcen zur Patientensicherheit implementiert und leitet verschiedene Aktivitäten
10 zur Verbesserung der Patientensicherheit ein. Hierbei müssen Ressourcen und Aktivitäten optimal
11 abgestimmt sein. Leider fehlt oft eine klare Strategie, und/oder die Methoden, Prozesse sowie Struk-
12 turen werden nicht synergistisch eingesetzt, die verfügbaren Ressourcen nicht optimal genutzt.
13 Auch unterscheiden sich häufig die Qualifikationen der Zuständigen, die Akzeptanz sowie die Durch-
14 dringung der Methoden.

15 Somit wird in Sachen Patientensicherheit viel Aufwand betrieben ohne zielführende Ergebnisse zu
16 erreichen.

17 Mit klarer, gemeinsamer und abgestimmter Strategie und Zielen sowie Koordination der vorhande-
18 nen Strukturen (Abteilungen/Stabsstellen/EDV/Methoden und Instrumente/Mitarbeitende) und Ak-
19 tivitäten der verschiedenen Einrichtungen in Niedersachsen soll ermöglicht werden, ohne großen
20 Mehraufwand einen Mehrwert für die Patientensicherheit der Bürger:innen (Patient:innen, Angehöri-
21 gen, Mitarbeitenden) in der Behandlung zu erreichen.

22 Zwar sind in jeder Klinik Beschwerde-, Qualitäts-, Risikomanagement, Mortalitäts- und Morbiditäts-
23 konferenzen, Qualitätssicherung als Methode bzw. Instrumente auf eigene Motivation oder zur Erfül-
24 lung der gesetzlichen Vorgaben vorhanden, werden aber oft nicht synergetisch eingesetzt, gerade
25 wenn diese nur in einer Zuständigkeit liegen. Qualifikationen für die genannten Methoden fehlen
26 häufig, weil diese kosten- und zeitintensiv sind. Fortbildungen werden oft von privaten Unternehmen
27 (Beratungsfirmen, Kongressveranstalter) und zudem nicht vor Ort und nicht für das Gesundheitswe-
28 sen angeboten (aus anderen Branchen), mit der Folge, dass eine Strategie nicht bekannt ist oder
29 fehlt, weil wenig interne und freiwillige Schulungen stattfinden und das Thema Patientensicherheit
30 von den Mitarbeitenden wenig durchdrungen oder akzeptiert wird. Dazu kommt, dass das gesamte
31 Thema sich nur noch an die Mitarbeitenden des Klinikbereiches richtet, die Mitarbeitenden der Ad-
32 ministration, Technik, Support usw. der Einrichtung kaum oder nicht eingebunden werden. So wird
33 Patientensicherheit zu einer Aufgabe einiger weniger Berufsgruppen und nicht als Aufgabe aller Mit-
34 arbeitenden und der gesamten Einrichtung verstanden und praktiziert.

35 Ein Austausch der Aktivitäten einer Einrichtung mit anderen Einrichtungen findet nur selten statt,
36 so dass andere Einrichtung des Gesundheitswesens kaum profitieren oder davon lernen können.
37 Weil Systemfehler überall ähnlich passieren, die Ursache von vermeidbaren Schäden sind, können
38 diese Fehler mit systemorientierten Lösungen reduziert oder vermieden werden. Dafür ist eine ge-
39 meinsame Strategie, entsprechende Pläne und ein Austausch für Niedersachsen abzustimmen und
40 zu definieren.

41 Letztes Jahr stand weltweit die Patientensicherheit unter dem Thema „Medication Without Harm“.
42 Solche Themen sind ideal, gemeinsam eine Verbesserung zu erarbeiten und die Einrichtungen evtl.
43 sogar Kosten reduzierten.

44 Als Ziel sollte erreicht werden gemeinsam Strategien, Qualifikationen und Austausch in Abstim-
45 mung mit dem Ministerium unter einer gemeinsamen Disziplin zu definieren und zu koordinieren.

46

47

48

1 **SG 5 - Medizin-Studienplätze erhöhen**

2

3 **Antragsteller:** OV Göttingen-Ost

4 **Beschluss:** Weiterleitung an den Landesparteirat

5

6 Die niedersächsische Landesregierung wird aufgefordert, die Zahl der Studienplätze für Medizin
7 deutlich zu erhöhen.

8 **Begründung**

9 In der Bundesrepublik zeichnet sich ein außerordentlicher Ärztemangel, ab dem nur mit einer Stei-
10 gerung der Studienplätze begegnet werden kann.

11 Die Vorausschauen halten jährlich 5.000 zusätzliche Studienplätze in der Bundesrepublik für not-
12 wendig, da sonst ein Ärztemangel vor allem in ländlichen Regionen drohe. Bezogen auf die Größe
13 Niedersachsens müsste die Steigerung ca. 500 Studienplätze jährlich betragen.

14

15

16

17 **Umweltpolitik**

18 **U 1 - Möglichkeiten für Kostenbeteiligung von Arzneimittelherstel-** 19 **lern für notwendige Reinigungsstufen in Kläranlagen prüfen**

20

21 **Antragsteller:** UB Oldenburg-Land

22 **Beschluss:** Weiterleitung an den Landesparteirat

23

24 Die SPD-Fraktionen im Landtag und Bundestag sollen die Möglichkeit prüfen, ob Arzneimittelher-
25 steller künftig an den Kosten der notwendigen zusätzlichen Reinigungsstufen in Kläranlagen betei-
26 ligt werden können.

27 **Begründung:**

28 Ca. 2/3 der eingenommenen Arzneimittel werden vom Körper wieder ausgeschieden. Damit gelangen
29 Spuren der Medikamente im Abwasser. Technisch lassen sich diese Spurenstoffe in Kläranlagen her-
30 ausfiltern. Allerdings ist das sehr aufwändig und wird nicht durchgehend vollzogen. Vor diesem Hin-
31 tergrund müssen zusätzliche Reinigungsstufen in Kläranlagen eingesetzt werden, was sehr kost-
32 spielig ist. Die privaten Haushalte müssen über die Abwassergebühren die Kosten übernehmen.

33

34

35

1 Verkehrspolitik

2 VP 1 - Straßenausbaubeiträge abschaffen!

3

4 **Antragsteller:** UB Göttingen

5 **Beschluss:** Weiterleitung an den Landesparteirat

6

7 In § 111 Abs. 5 Satz 3 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes wird ein Verbot für die
8 Erhebung von Straßenausbaubeiträgen ausgesprochen. Das Land Niedersachsen übernimmt im
9 Rahmen der Konnexität den finanziellen Ausgleich an die Kommunen. Zudem werden die korrelieren-
10 den §§ 6b und 6c des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes gestrichen.

11 **Begründung:**

12 Das Thema Straßenausbaubeiträge wird in der Öffentlichkeit vermehrt diskutiert und ist seit zwei
13 Jahren aktueller als je zuvor. In ganz Niedersachsen haben sich diverse Bürgerinitiativen gegründet,
14 die zu Recht sehr aktiv auf die ungerechte Verteilung der Sanierungskosten hinweisen. Straßen wer-
15 den von der Allgemeinheit genutzt und sollten deshalb auch durch diese als Teil der Daseinsfürsorge
16 finanziert werden. Die Finanzierung dieser notwendigen Infrastruktur darf sich nicht auf die an der
17 Straße wohnenden Anlieger*innen beschränken. Sie schaffen und erhalten mit ihren eigenen erspar-
18 ten finanziellen Mitteln kommunales Eigentum.

19 Für Grundstückseigentümer*innen bedeuten die Beiträge eine unverhältnismäßig hohe Belastung,
20 die gerade besonders für junge Familien, Rentner*innen, Gering- oder Alleinverdiener*innen kaum zu
21 finanzieren und der Auslöser für erhebliche finanzielle Schwierigkeiten sind. Junge Familien erwer-
22 ben alte Immobilien, bei denen neben den Kosten für Hauserwerb, Grunderwerbssteuer, Grundsteuer,
23 energetischer Sanierung sowie der notwendigen Renovierung auch noch Straßenausbaubeiträge an-
24 fallen können. Die nicht seltenen existenzbedrohenden Beiträge werden von einem sehr großen Teil
25 der Bürger*innen nicht mehr akzeptiert, auch wenn sie aktuell nicht von Zahlungen betroffen sind.
26 Mittlerweile besitzen knapp die Hälfte der Bürger*innen in Deutschland (47,5 %) ein eigenes Wohn-
27 haus.

28 Die Anzahl an Hausbesitzern ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen. Dies ist auch
29 ein Resultat des sozialdemokratischen Aufstiegsversprechens und einer entsprechenden Politik. Da
30 das Eigenheim für viele Hausbesitzer oft der einzige Vermögenswert ist, der im Zuge der eigenen
31 Lebensplanung geschaffen worden ist, werden die durch die Straßenausbaubeiträge verursachten
32 hohen Zusatzkosten auch für unsere Wähler*innen zunehmend zu einer Gerechtigkeitsfrage, die wir
33 beantworten müssen. Auch Mieter*innen nutzen täglich die Infrastruktur Straße und parken ihre Au-
34 tos im öffentlichen Raum. Zahlen sollen aber allein Anlieger*innen für Ausbau und Erhalt. Die wie-
35 derkehrenden Beiträge sind von vielen Kommunen nicht umsetzbar, da häufig die Voraussetzungen
36 dafür nicht gegeben sind, Rechtsunsicherheit herrscht und sie mit erheblichem Verwaltungsauf-
37 wand verbunden sind. Eine Erhöhung der Grundsteuer als Ausgleich für das Wegfallen der Straßen-
38 ausbaubeiträge birgt rechtliche Risiken. Auch die Möglichkeit von Stundung und Ratenzahlung kön-
39 nen die generelle Problematik der starken finanziellen Belastung sowie die Ungerechtigkeit nicht
40 beseitigen.

41 Eine Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzung ohne alternative Finanzierung stellt die meis-
42 ten Kommunen vor erhebliche Probleme. Sie sind kaum in der Lage, den kommunalen Anteil zu ge-
43 währleisten, so dass häufig die Infrastruktur Straße in einem schlechten Zustand ist. Die Kommunen
44 müssen in den nächsten Jahren enorme Summen in die Pflichtausgaben Schulen, Kindertagesstät-
45 ten und -krippen, sowie Feuerwehrhäuser investieren. Durch die Corona Pandemie sind die kommu-
46 nalen Einnahmen gesunken, die Ausgaben aber gestiegen. Schwimmbäder hatten kaum Einnahmen,

1 Kita-Beiträge wurden den Eltern erlassen, Steuereinnahmen sind weggebrochen. Um den kommunalen
2 Straßenausbau dauerhaft zu gewährleisten, bedarf es langfristiger und verlässlicher Finanzie-
3 rungsalternativen vom Land Niedersachsen. Die Kommunen dürfen mit ihren vielfältigen Pflichtauf-
4 gaben nicht allein gelassen werden.

5 Unterstützung findet diese Forderung der Abschaffung der Beiträge von einer Verbände-Allianz, zu
6 der das Landvolk Niedersachsen, Haus & Grund, Bund der Steuerzahler Niedersachsen und Bremen
7 und der Verband Wohneigentümer Niedersachsen gehören, sowie von unzähligen Bürgerinitiativen
8 im ganzen Land. Die Straßenausbaubeiträge sind bereits in 9 von 16 Bundesländern abgeschafft wor-
9 den. Z.B. haben Im Landkreis Hildesheim von 18 Städten/Gemeinden/ Samtgemeinden 10 die Stra-
10 ßenausbaubeitragssatzung abgeschafft, bzw. hatten noch nie eine. Die derzeitige Rechtslage führt
11 in der Praxis zu der Situation, dass finanzstarke Kommunen auf Beiträge verzichten, finanzschwache
12 dazu nicht in der Lage sind und Grundstückseigentümer*innen weiter belastet werden. Das wird von
13 unseren Genoss*innen als ungerecht und unsolidarisch tituliert. Durch die unterschiedliche Hand-
14 habung der Straßenausbaubeiträge in den Bundesländern, lässt sich – mit Blick auf doch erhebliche
15 Kosten für betroffene Bürger*innen – die Frage stellen, ob auf diese Art und Weise die im Grundgesetz
16 geforderte Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland gewahrt

17

18

19

20 **VP 2 - Verpflichtende regelmäßige Erste-Hilfe-Kurse für alle Auto-** 21 **fahrenden**

22

23 **Antragsteller:** OV Göttingen-Geismar

24 **Beschluss:** Weiterleitung an den Landesparteirat

25

26 Der SPD Landesverband wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass gesetzlich vorgeschrieben wird,
27 dass alle Autofahrenden regelmäßig einen Erste-Hilfe-Kurs nachweisen müssen, um ihre Fahrerlaub-
28 nis zu behalten. Eine derartige Regelung könnte folgendermaßen aussehen:

29 Alle zehn Jahre muss ein:e Besitzer:in einer Fahrerlaubnis nachweisen, dass sie oder er innerhalb der
30 letzten Jahre mindestens einen Erste-Hilfe-Kurs besucht hat.

31 **Begründung:**

32 Der § 19 der Fahrerlaubnisverordnung verlangt, dass alle Bewerber einer Fahrerlaubnis bzw. eines
33 Führerscheins einen Erste-Hilfe-Kurs über 9 Unterrichtseinheiten zu je 45 Minuten absolviert haben
34 müssen, ansonsten bekommen sie ihren Führerschein nicht ausgehändigt. Da es im Straßenverkehr
35 zu erheblichen Gefahren kommen kann und an den allermeisten Unfällen im Straßenverkehr min-
36 destens ein Auto beteiligt ist, ist das absolut nachvollziehbar.

37 Nicht nachvollziehbar ist allerdings, wieso man davon ausgeht, dass das Wissen um das Leisten von
38 Erste-Hilfe immer noch vorhanden sein soll, wenn bei Autofahrenden der entsprechende Kurs teil-
39 weise mehrere Jahrzehnte her ist. Bei betrieblichen Ersthelfern oder Mitgliedern des Katastrophen-
40 schutzes zum Beispiel wird verlangt, dass sie alle zwei Jahre den Erste-Hilfe-Kurs wiederholen. Das
41 ist auch sinnvoll, weil das Wissen um Erste-Hilfe regelmäßig aufgefrischt werden muss, ansonsten
42 kann man nicht davon ausgehen, dass bei einem Unfall auch wirklich sinnvoll geholfen wird.

43 Von daher, wenn man schon Personen mit Fahrerlaubnis verlangt, einen Erste-Hilfe-Kurs besucht zu
44 haben, so muss man von ihnen auch verlangen, diesen regelmäßig zu wiederholen.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45

VP 3 - Das Land in vollen Zügen genießen: für ein 29 Euro Ticket, das inkludiert!

Antragsteller: Jusos Niedersachsen

Beschluss: Weiterleitung an den Landesparteirat

Die Nutzung des 49 Euro Tickets zum 1. Mai zu einem grundsätzlich einheitlichen Tarif und auch die vorherige Einigung zwischen Bund und Ländern sind gute und richtige Schritte für die sozialökologische Verkehrswende! Jedoch profitieren noch längst nicht alle Menschen von diesem Deutschlandticket! Eine sozialökologische Verkehrswende muss für alle gelten und dementsprechend möglich gemacht werden.

Deswegen fordern wir:

- Ein Sozialticket für 29 Euro, ohne Abonnement, das überall, sowohl digital als auch analog erhältlich ist und niemanden exkludiert!

Für viele Menschen mit geringem Einkommen bleibt das Deutschlandticket unbezahlbar. Gerade Menschen mit geringem Einkommen brauchen angesichts der hohen Inflation eine gezielte finanzielle Entlastung. Wir unterstützen die Forderung des DGB nach einem Sozialticket für 29 Euro! Neben einer Verkehrswende mit klimafreundlichen Verkehrsmitteln, ist es ebenso wichtig, dass das ÖPNV-Angebot sozial gerecht ist. Wir fordern ein Deutschlandticket, das flächendeckend und für alle bezahlbar ist. Damit auch wirklich alle sozial Benachteiligten vom Sozialticket profitieren können, sollte dieses nicht nur digital, sondern auch analog am Automaten oder Schalter und ohne Abonnement zu erwerben sein. Denn solange dies nicht der Fall ist, werden weiterhin sozial Benachteiligte vom Ticket ausgeschlossen. Wir brauchen ein Sozialticket, das inkludiert und nicht exkludiert! Das 9-Euro-Ticket war ein erster guter Schritt in die richtige Richtung und zeigte, was möglich ist und in Zukunft möglich sein sollte. Mit dem 9-Euro wurden die Bürger*innen kurzfristig von den steigenden Kosten entlastet, was jedoch zu Lasten der Beschäftigten im ÖPNV geschah. Personalmangel, zu wenige Fahrzeuge und ein überlastetes Schienennetz zeigten schnell die Grenzen des jetzigen ÖPNV-Systems. Infolgedessen heißt dies, dass die Politik aus den erkannten Mängeln des 9-Euro-Tickets lernen muss! Die weiterführende und zukunftsichere Finanzierung des Deutschland Tickets und der Ausbau eines solchen Angebots sind weiterhin strittige Punkte. Sowohl Beschäftigte als auch Fahrgäste dürfen nicht die Leidtragenden für die unklare Finanzierung zwischen Bund und Ländern sein. Die Bundesregierung muss endlich ein Ausbau- und Modernisierungspakt für den ÖPNV beschließen!

Wir fordern außerdem:

- Eine schnellere Umsetzung des 29 Euro Ticket für Schüler*innen, Azubis und Freiwilligendienstleistende!

Das geplante landesweite 29 Euro Ticket als vergünstigtes Deutschlandticket für Schüler*innen, Azubis und Freiwilligendienstleistende einführen zu wollen, ist ein wichtiger und richtiger Schritt, den wir sehr begrüßen! Denn besonders junge Menschen sind auf eine kostengünstige und gute Mobilität angewiesen und benötigen gerade im Hinblick auf die steigenden Lebenshaltungskosten die kostengünstige Mobilität so schnell wie möglich. Des Weiteren starten Azubis und Freiwilligendienstleistende in der Regel im Sommer eines Jahrs mit der Ausbildung oder dem Freiwilligendienst,

1 daher ist es zu spät, erst im Laufe des Jahres 2024 ein 29 Euro Ticket einzuführen, wenn bereits
2 andere Personengruppen seit Anfang Mai vom 49 Euro Ticket profitieren. Ein 29 Euro Ticket ab dem
3 Sommer dieses Jahrs ist ein gutes und förderndes Angebot für Schüler*innen, Azubis und Freiwilli-
4 gendienstleistende. Gerade junge Menschen mussten in den letzten Jahren vielmals zurückstecken
5 und sollten endlich gleichwertig mit anderen Personengruppen von solch einem fortschrittlichen
6 Ticket profitieren. Auszubildende und Schüler*innen sollten unterstützt und das Engagement von
7 Freiwilligen Dienstleistenden gewürdigt und anerkannt werden! Eine schnell vergünstigte Mobilität
8 wäre also ein erster Schritt zu mehr Wertschätzung und Anerkennung und ein gutes Mittel, um Aus-
9 bildung und Freiwilligendienste attraktiver zu machen.

10 Generell muss bei der Debatte zur bezahlbaren Verkehrswende dringend bedacht werden, dass auch
11 fortwährend mehr Geld in den Ausbau von Streckennetzen, modernen und elektrischen Fahrzeugen,
12 in die Infrastruktur des ÖPNV-Systems und die Personalaufstellung im ÖPNV und in Modernisie-
13 rungsmaßnahmen zur Digitalisierung und Barrierefreiheit fließen muss. Sowohl Bund als auch Län-
14 der müssen langfristig sehr viel mehr Geld in die Stärkung des ÖPNV investieren. Denn klar ist: Kos-
15 tengünstiger, umweltfreundlicher und bezahlbarer Nahverkehr bringt keinem was, wenn es im ÖPNV
16 an Personal mangelt, Züge fehlen und entsprechende Modernisierungsprozesse ausbleiben!

17

18

19

20 **VP 4 Jusos Niedersachsen - Außen grün, innen rot - die SPD kann** 21 **die Verkehrswende schaffen!**

22

23 **Antragsteller:** Jusos Niedersachsen

24 **Beschluss:** Weiterleitung an den Landesparteirat

25

26 Die Klimakrise ist die größte lokale wie auch globale Herausforderung unserer Zeit. Mit unserem heu-
27 tigen Handeln entscheiden wir über die Zukunft der Menschheit. Besonders im Verkehrssektor wer-
28 den am laufenden Band die Sektoren Ziele missachtet. Wir können es uns nicht leisten weiter diesen
29 asphaltierten Weg in Richtung Klimakrise zu fahren.

30 Daher fordern wir:

- 31 • **Bau und weitere Planung der Küstenautobahn A20/A26 sind sofort zu stoppen und einzu-**
32 **stellen.**
- 33 • Kein Bau neuer fossiler Verkehrsinfrastrukturen in Niedersachsen, die durch nachhaltige Inf-
34 rastruktur ersetzbar sind, sondern eine echte sozialökologische Verkehrswende
- 35 • Infrastrukturprobleme sind lokal und umweltschonend zu lösen. Lokale Lösungen wirken dort,
36 wo sie gebraucht werden.
- 37 • Die nahezu fertiggestellte Autobahn von Hamburg nach Stade (A26) ist nach Abschluss der
38 Bauarbeiten als in Betrieb zu nehmen.
- 39 • Ausbau und Modernisierung der Schieneninfrastruktur, Standard auf Hauptstrecken muss
40 elektrifiziert und mindestens zweigleisig sein. Errichtung neuer Güterumschlagplätze sowie
41 Ertüchtigung stillgelegter Bahnstrecken.

42 Klimaschutz, Umweltschutz und Nachhaltigkeit sind die wichtigsten Themen für die soziale Gerech-
43 tigkeit der jungen und zukünftigen Generationen. Die SPD muss deshalb Vorreiter für Klimagerech-
44 tigkeit sein. Die Planung und Umsetzung einer sozialökologischen Verkehrswende ist Aufgabe der
45 Sozialdemokratie. Wir sind alle gleichermaßen betroffen und müssen in der Debatte um nachhaltige

1 Verkehrskonzepte und im Kampf für Klimagerechtigkeit unsere Standpunkte setzen und durchset-
2 zen.

3 Die geplante Autobahn A20 ist ein aus der Zeit gefallenes Projekt. Sie ist weder verkehrs- noch wirt-
4 schaftlich- und finanzpolitisch sinnvoll. Dies haben mehrere Studien bestätigt.

5 Die Infrastrukturprobleme in der Region sind nicht zu leugnen, eine zusätzliche Autobahn ist aber
6 die falsche Lösung. Die Ursache liegt nicht an fehlenden Straßen, sondern im Straßengüterverkehr,
7 der eigentlich auf der Schiene stattfinden müsste. Wer sich in der Region öfter mit dem Auto bewegt
8 weiß, dass das Problem nicht in der Abwesenheit der Straßen liegt, sondern vielmehr an der Anwe-
9 senheit zahlloser LKW. Diese verlangsamen den Verkehr und machen gleichzeitig Überholmanöver
10 besonders gefährlich; ein Phänomen, das im Übrigen auch im Gebiet des geplanten Ausbaus der A39
11 zu beobachten ist. Daraus den Schluss zu ziehen, man brauche mehr Straßen, ist ökonomisch wie
12 ökologisch zu kurz gedacht. Die Lösung liegt vielmehr in der Schieneninfrastruktur. Diese ist sowohl
13 im Bau als auch im Betrieb umweltfreundlicher und kostengünstiger. Je näher die Ware ihrem Zielort
14 per Schiene kommt, desto besser ist dies auch für die Fahrsicherheit und -geschwindigkeit auf den
15 Straßen.

16 In den meisten größeren Ortschaften fahren viele Autos. In Bremervörde sind z. B. 86 Prozent des
17 Verkehrs Ziel- und Quellverkehr. Der meiste Verkehr in Orten wie Bremervörde entsteht, weil Men-
18 schen in diese Orte hinein- oder aus ihnen hinausfahren wollen. Sie fahren zur Arbeit, zum Einkaufen
19 oder nach Hause. Deshalb heißt der Verkehr, den sie erzeugen, „Ziel- und Quellverkehr“. Die Menschen
20 würden trotz der A 20 nach Bremervörde hinein- oder aus Bremervörde hinausfahren. Die A 20 wird
21 Bremervörde daher kaum entlasten. Die vorhandenen Straßen im Planungsraum der A 20 können
22 den Autoverkehr jetzt und in Zukunft aufnehmen. Auch aus wirtschaftlicher Sicht ist der Bau der A20
23 als Fehler zu benennen. Eine Autobahn rechnet sich erst ab 18.000 Fahrzeugen am Tag. So viele Fahr-
24 zeuge werden sicherlich aber auch in Zukunft auf den vorhandenen Straßen im Planungsraum der
25 A20 nicht unterwegs sein. Das hat das Bundesverkehrsministerium in den Berechnungen für den
26 Bundesverkehrswegeplan 2030 festgestellt. Mit der A 28 und der ausgebauten A 1 gibt es bereits eine
27 leistungsfähige Ost-West-Verbindung, welche durch zahlreiche Bundesstraßen ergänzt wird.

28 Wir fordern daher

- 29 • vielmehr lokale Lösungen zu bauen, wo sie nötig sind, wie beispielsweise kleinräumige Ortsum-
30 gehungen

31 Wir wollen ein Niedersachsen des Fortschritts. Schon heute aber auch in Zukunft bietet die Nord-
32 seeküste mit ihrem Potential an OffShore-Energie und dem perspektivisch für den Import von grün-
33 em Wasserstoff genutzten LNG-Terminal in Wilhelmshaven einen idealen Standort für die klima-
34 neutrale Industrie. Klimaneutrale Produktion funktioniert jedoch nur mit einem schlüssigen Ge-
35 samtkonzept. Dazu gehört ganz zentral auch klimaneutrale Güterlogistik und die wird es mittelfristig
36 schlichtweg nicht auf der Straße geben. Wir als Sozialdemokrat*innen denken Verkehrspolitik
37 mit Maß und Vernunft. Wir wollen eine sozialgerechte und klimaneutrale Verkehrsinfrastruktur, die
38 den Bedürfnissen der Region und der Menschen gerecht wird. Dort wo es möglich ist, in den urbanen
39 Zentren, aber auch in ländlicher Lage, müssen wir wegkommen vom motorisierten Individualverkehr
40 und öffentliche Mobilität stärken und schaffen. Stichworte sind hier: Fahrradstraßen, zuverlässiger
41 ÖPNV mit enger Taktung, Car-Sharing Konzepte und der Ausbau von Park&Ride Parkplätzen.

42 Die Inbetriebnahme nahezu fertiggestellter Bauabschnitte, wie etwa der Autobahn 26, bekräftigen
43 wir aufgrund des Baufortschrittes hingegen.

44 Eine starke Schiene bringt die Menschen zusammen. Die Bahninfrastruktur muss massiv gestärkt
45 werden, denn nur so kann die Verkehrswende gelingen. Die Bundesregierung hat sich das Ziel ge-
46 setzt, die Fahrgastzahlen der Bahninfrastruktur bis 2030, gegenüber 2018, zu verdoppeln. Dies kann
47 nur geschehen, wenn die Infrastruktur massiv ausgebaut wird. Gerade Personen im ländlichen Raum
48 werden von einer Reaktivierung der stillgelegten Strecken und Bahnhöfe profitieren und einen
49 schnellen und zuverlässigen Anschluss an die Ballungszentren bekommen. Auch für die Wirtschaft

1 unseres Landes ist die Reaktivierung sinnvoll. Eine Bahnstrecke erhöht die Qualität eines Wirt-
2 schäftsstandortes und schafft wirtschaftlichen Aufschwung für die Region. An einigen Stellen des
3 Niedersächsischen Bahnnetzes gibt es Ausbaubedarf. Hierzu wollen wir einen neuen Standard etab-
4 lieren: Hauptstrecken müssen elektrifiziert und mindestens zweigleisig sein. Besonders stark fre-
5 quentierete Hauptstrecken müssen dementsprechend mehrgleisig sein. Hier ist als Beispiel die Stre-
6 cke Hamburg-Bremen zu nennen. Der Ausbau von Hauptstrecken betrifft in besonderem Maße die
7 Bahnstrecke Osnabrück-Oldenburg zu einer zweigleisigen, elektrifizierten Fernverkehrsstrecke, so-
8 wie den Ausbau der Bahnstrecke Oldenburg-Leer zu einer zweigleisigen Fernverkehrsstrecke.

9 Lasst uns gemeinsam die sozialökologische Verkehrswende anpacken!

10

11

12

13 **VP 5 - Besteuerung hochklimaschädlicher Privatflüge**

14

15 **Antragsteller:** OV Hannover Oststadt/Zoo

16 **Beschluss:** Weiterleitung an den Landesparteirat

17

18 Privatflüge mit unter 10 mitfliegenden Personen werden mit einer hohen Sondersteuer belegt, die
19 den Umstieg auf den Schienenverkehr erleichtert.

20 **Begründung:**

21 Dem Vernehmen nach fanden in Deutschland im Jahr 2022 rund 94.000 Privatflüge statt, von denen
22 über 80 % eine Entfernung von unter 500 km zurücklegten und sich alle deutlich klimaschädlicher
23 auswirkten als die Nutzung der Bahn oder des Autos. Ein Privatflug soll einen so hohen CO²-Fußab-
24 druck haben wie eine durchschnittliche Privatperson in einem halben Jahr.

25

26

27

28 **VP 6 - Kommunales Förderprogramm für den Ausbau der schnellen** 29 **Ladeinfrastruktur im kommunalen Bereich**

30

31 **Antragsteller:** OV Georgsmarienhütte

32 **Beschluss:** Weiterleitung an den Landesparteirat

33

34 Für den Ausbau der schnellen Ladeinfrastruktur für e-Fahrzeuge im kommunalen Bereich soll ein
35 kommunales Förderprogramm geschaffen werden.

36 **Begründung:**

37 Für die Mobilitätswende hin zu klimafreundlichem Individualverkehr ist eine gut ausgebaute Lad-
38 eininfrastruktur eine Grundvoraussetzung.

1 Die Zulassungszahlen der rein batteriebetriebenen Fahrzeuge (BEV) seit 2020 sprechen eine deutliche Sprache, dass die Elektromobilität immer mehr Fahrt aufnimmt (2020: 194.163; 2021: 355.961
2 und in 2022: 366.267 Neuzulassungen in Deutschland).
3

4 Bislang ist die E-Mobilität hauptsächlich auf Eigenheimbesitzer ausgerichtet, da diese die Möglichkeit haben, selbst zu entscheiden, ob sie an ihrem Haus eine Wallbox installieren.
5

6 Der Großteil der Bevölkerung wohnt jedoch in Mietshäusern zur Miete, wovon sehr viele vor 1990 gebaut wurden und deren Elektroinstallationen nicht dafür geeignet sind, Wallboxen zu installieren (dezentrale Stromzähler und Schaltkästen) und z. T. steht nicht jeder Mietpartei ein eigener Pkw-Stellplatz zur Verfügung.
7
8
9

10 Damit also der Großteil der Bevölkerung bei der Mobilitätswende hin zur Elektromobilität mitgenommen werden kann, müssen öffentliche Schnellladepunkte (sog. DC-Ladesäulen) in den einzelnen Städten und Stadtteilen in ausreichender Anzahl zur Verfügung stehen.
11
12

13 Da die Kommunen und Städte bei dieser Aufgabe nicht allein gelassen werden dürfen, soll die nds. Landesregierung ein entsprechendes Förderprogramm auflegen.
14
15

16

17

18 **VP 7– Kommunale Selbstverwaltung - Das Recht auf Anordnung von** 19 **Verkehrsregelungen**

20

21 **Antragsteller:** OV Gleichen

22 **Beschluss:** Weiterleitung an den Landesparteirat

23

24 Das Recht auf Anordnung von Verkehrsregelungen (z.B. Tempo 30, Fußgängerüberweg, Radwegführung) für innerörtliche Durchgangsstraßen ins besonders im ländlichen Raum ist Teil der kommunalen Selbstverwaltung (§ 1 NKomVG).
25
26

27 **Begründung:**

28 Bürgerinnen und Bürger engagieren sich außerhalb der Kommunalparlamente immer stärker für ihren Lebensraum. Dabei gibt es sehr häufig inhaltlichen Konsens mit der örtlichen Kommunalpolitik, aber die Umsetzung scheitert an übergeordneten Regeln und Entscheidungen. Das widerspricht einer modernen Entwicklung der kommunalen Selbstverwaltung, deren Spielraum heutigen Ansprüchen angemessen erweitert werden muss.
29
30
31
32

33 Ein hochgradig aktuelles Thema in diesen Komplex ist die innerörtliche Verkehrsregelung, die unbedingt Teil der kommunalen Selbstverwaltung sein muss. Kommunale Politik ist näher am Bürger als jede andere Form verfasster politischer Arbeit. Dazu gehört heute auch die bürgernahe Entscheidungsebene. Verkehrsschauen sind in der bisherigen Form nicht mehr das zeitgemäße Instrument Entscheidungen zu treffen.
34
35
36
37

38 Temporeduzierungen im Innerortsbereich zum Lärmschutz und für die Sicherheit von Fußgängern, Radfahrern und spielenden Kindern sind Gegenstand müssen auf die kommunale Entscheidungsebene. Kommunen sind in der Lage die überörtliche Gesetzeslage, StVO etc., in eigener Kompetenz einzubinden.
39
40
41

1 Verkehrsminister Olaf Lies hat angekündigt, dass es mehr Möglichkeiten für die Festsetzung von
2 Tempo 30 geben soll, wenn diese Anordnung auch für den Autofahrer nachvollziehbar ist. Dies ist ein
3 wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

4 Wir bitten die rechtlichen Rahmenbedingungen entsprechend zu ändern. Dies stärkt die Kommunen
5 und damit die Interessenwahrnehmung Vor-Ort, übergeordnete Entscheidungswege werden redu-
6 ziert und die Gestaltungsmöglichkeit zur Entwicklung zu mehr Lebendigkeit, Lebensqualität und
7 Nachhaltigkeit gefördert.

8

9

10

